

Einzelverkaufspreis:
1,50 Dm incl. 6% MWSt.

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 220 11. MÄRZ 1978
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX



frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089 / 280 95 22

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf postscheckkonto 52 52 28 - 602 postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60) bitte stichwörter angeben ,,neuabo'', ,,verlängerung'' ,,adresswechsel'', außerdem die genaue adresse noch besser: die abonnummer

TÄGLICHER ID WÄHREND DES RUSSEL-TRIBUNALS

FRANKFURT
9. März

Wir haben ein Postscheckkonto eröffnet, über das wir die Finanzierung des Russel-ID abwickeln wollen. Auf dieses Konto können selbstverständlich auch Spenden überwiesen werden. Die Kosten für die tägliche Herausgabe des IDs belaufen sich auf etwa 30.000 DM.
Die Kontonummer lautet:

**Frankfurter Informationsdienst e.V.
Sonderkonto
Postscheckamt Frankfurt
Nr. 447 47–608**

Nicht nur Geld wird benötigt, um während des Tribunals eine aktuelle Berichterstattung zu gewährleisten. Wir brauchen Angaben aus den Städten, in denen es noch keine Kontaktzentren gibt, von denen die örtliche Verteilung des ID organisiert werden soll. Wir wollen wissen, wieviele IDs ihr täglich verteilen könnt, wieviele IDs ihr täglich an festen Plätzen aushängen könnt und wir wollen wissen, welche Verantstaltungen bei euch in den Städten während des Tribunals geplant sind.

Also: alle die, die sich bisher noch nicht gerührt haben, sollten das noch im Laufe der Woche tun. Denn: Das Tribunal fängt am 28. März an und bis dahin ist nicht mehr viel Zeit.

Die Internationalismusgruppe im ID sucht für die Zeit des Russel-tribunals auch noch Mitarbeiter. Hier ihr Aufruf:

Während des Russell-Tribunals wird täglich eine Ausgabe des ID erscheinen. Genaueres darüber steht im ID 219. Darin wird es auch einen Auslandsteil geben. Wir wollen Interviews mit Mitgliedern der internationalen Jury machen, Kontakte aufnehmen mit Vertretern ausländischer Gruppen und Zeitungen und täglich über die Reaktionen in ausländischen Zeitungen auf das Tribunal berichten. Dafür suchen wir für diese Zeit Mitarbeiter, vor allem Genossen/innen, die täglich ausländische Zeitungen lesen.

Ruft bitte im ID an (die Irma), um dann näheres zu besprechen.

NEUES IM BILDERDIENST

Wir haben diese Woche jede Menge neuer Bilder

1. Von der Demonstration in Almelo gibt es außer den abgedruckten Fotos noch ne ganze Menge anderer
2. Der Max Watts hat nen Haufen Bilder von Streikaktionen/Veranstaltungen/Demos zum Druckerstreik gemacht.
3. Bilder brasilianischer Indianer
4. Von der Räumung des Collegium Academicum in Heidelberg

NEUE STADTZEITUNG IN NIEDERSÄCHSISCHER KLEINSTADT

NORDHORN
6. März

Aus der Provinz für die Provinz berichtet das Nordhorner Blatt seit dem Dezember 1977 einmal im Monat. Also: Wer was aus Nordhorn wissen will, der schreibt an das Nordhorner Blatt.

**Kontaktadresse:
Silvia Langner, Hauptstr. 7, 446 Nordhorn**

GROHNDE–PROZESSE

HANNOVER
9.März

Zur Verhandlung gegen Andreas am 17. März ist der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht als Zeuge geladen.
Geht aber nicht nur zu diesem Prozeß – alle Grohnde Angeklagten brauchen Öffentlichkeit!
Prozeßtermine und Informationen bei:
**Anti-Atom-Zentrum Hannover, Kornstr. 30
3000 Hannover, Tel. 0511 / 71 50 33**

BUBACK-PROZESS

GÖTTINGEN
9. März

Seit 6. März findet vor der zweiten großen Strafkammer des Landgerichts Göttingen der sogenannte Buback-Prozeß gegen vier Studenten statt. Unser Telefonaufzeichnungsgerät hat versagt, so daß wir keine Berichterstattung der ersten beiden Tage bringen können. Der nächste Prozeßtermin ist am 15. März um 8.30 h. Kontakt über: **J. Ahrens/ B. Staib, Eisenacherstr. 11, 3400 Göttingen, Tel. 0551/ 79 35 15.**

Anläßlich des derzeitigen Göttinger Buback-Prozesses hat die Göttinger Russell-Initiative ein Info erstellt, das die wesentlichen Aussagen aller bisher in Sachen Buback ergangenen Urteile bzw. Beschlüsse dokumentiert:
Russell-Initiative c/o Buchladen Rote Straße, Rote Str. 10, 3400 Göttingen.

BEGEGNUNGSSTÄTTE BAHNHOF AHRDORF

AHRDORF/Hohe Eifel
8. März

Eine neue Tagungsstätte, Treffpunkt, und gleichzeitig ein Projekt politischer Arbeit sind die „Internationalen Kultur- und Bildungswerkstätten" im ehemaligen Bahnhof Ahrdorf.
Ahrdorf liegt bei Blankenheim in der hohen Eifel, zählt 150 Einwohner und garantiert von der Lage gute Erholung für Stadtgeschädigte. Im Bahnhofboten Nr. 1 schreibt das Kollektiv: „Wir hoffen, daß sich der Bahnhof zu einem Zentrum der Dezentralen, des Austauschs, der Diskussion entwickelt."
Wer das Projekt unterstützen will, Fragen hat oder ab dem 1. Mai hinfahren möchte:
Bahnhof Ahrdorf, 5378 Ahrdorf, Tel. 02697/456

PROJEKT 'SCHUBLADENLITERATUR'

BREMEN
23. Februar

Wir suchen Gedichte, Kurzgeschichten und ähnliche Prosa. Liegt das bei Dir in der Schublade? Kreisen die Arbeiten etwa um das Thema 'Selbstveränderung – Veränderung der Umwelt? Wir sind auf der Suche nach 'Schubladenliteratur' und wollen demnächst einen Band damit herausgeben. Unsere Themenvorstellung: Zur Dialektik von Selbstveränderung und täglicher politischer Praxis (also aus den Bereichen: Wohn- und Arbeitszusammenhängen, Männer-, Frauenbewegung, Knast- und Stadtteilarbeit, Beziehungen in der Linken, Schwierigkeiten mit Organisierung, Alternativen, Sprache, Sexualität etc. etc.).
Wenn Du an diesem Versuch interessiert bist, schreib bitte an:
Fritz Bonin, Schwachhauser Herrstr. 8, 28 Bremen 1
(Manuskripte werden garantiert zurückgeschickt).

CHRISTIANIA-RUNDREISE

DARMSTADT
8. März

Eine Gruppe Christianiter plant, ab April eine Rundreise durch Westdeutschland zu machen, mit Film, Dias usw. (Über die Lage im „Freistaat Christiania", Kopenhaben, s. ID 217). Wer Interesse hat, eine Versammlung vorzubereiten, soll bitte bis spätestens 20. März in Kontakt treten mit:

Community Action Info, c/o Schupo, Frankfurter Str. 10, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/21203.

Bisher steht eine Veranstaltung fest, nämlich am 1. April in Darmstadt. Interessenten aus der Rhein/Main/Neckar-Ecke sind herzlich eingeladen, am 31.3. und 1.4. dorthin zu kommen um mit den Christianitern zu reden.

REGRESS

HEIDELBERG
8. März

„Schutzverband gegen staatliche Mißhandlungen und Freiheitsberaubung" soll gegründet werden.

Hans Kupsch schrieb uns einen Brief, in dem er mitteilt,daß er unter dieser Bezeichnung eine Sammlungsbewegung aller jemals von der Justiz oder Obrigkeit und deren Schergen Verfolgten, Mißhandelten oder Gedemütigten ins Leben rufen will."

Hans Kupsch, Postfach 10 1863, 6900 Heidelberg 1, Tel. 06221/31776

AN ALLE AUSGESCHLOSSENEN GEWERKSCHAFTER

KÖLN
9.März

Zur Erstellung einer umfassenden Dokumentation bittet die Kölner Initiative für ein Russell-Tribunal alle seit 1969 ausgeschlossenen Gewerkschafter, ihr die dokumentarischen Unterlagen ihres Ausschlußverfahrens mit kurzer Darstellung des Hintergrundes zu schicken.

Kontaktadresse: Kölner Initiative für ein Russell-Tribunal, c/o Kurt Holl, Werderstr. 21, 5ooo Köln 1, Tel. 0221/ 52 38 42

ALLES KLAR, KEINER BLICKT DURCH

— Einige Situationsberichte vom Arbeitskampf in der Druckindustrie

FRANKFURT
9. März

Im Tarifkonflikt der Drucker geht es hauptsächlich darum, daß neue Satztechniken, deren allgemeine Einführung in drei bis fünf Jahren zu erwarten ist, viele Arbeitsplätze wegfallen lassen, viele Qualifikationen nutzlos werden lassen und viele neue Arbeitsbelastungen schaffen. Dagegen hat sich die Gewerkschaft einen sogenannten Rastertarifvertrag ausgedacht, der vorsieht, daß qualifizierte Setzer auch die neuen Geräte bedienen sollen. In der Gewerkschaft wird sehr intensiv darüber diskutiert, ob dieser Vertragsentwurf überhaupt ausreicht, um das Aussterben eines ganzen Berufs, der Maschinensetzer nämlich, zu verhindern.

Die Streiktaktik der Gewerkschaft und die „Aussperrung" der Unternehmer sind verwirrend. Manchmal sieht es aus, als solle vor allem eines vermieden werden: ein geschlossener, halbwegs erfolgreicher Streik wie 1976.

SIE HABEN EIN EIGENTOR GESCHOSSEN, DIE UNTERNEHMER

Frankfurt

Aus einem Gespräch mit einem Drucker im Raum Frankfurt:

Bereits 1974 war bekannt, daß technische Umstellungen stattfinden, die Kämpfe dagegen haben erst 76/77 begonnen. Bei Gruner und Jahr (Hamburg) und beim Druckzentrum in Stuttgart-Möhringen. Da gabs Auseinandersetzungen unter den Kollegen darüber, daß beispielsweise die Schreibkräfte, die eingesetzt worden sind für Setzerarbeit, weitaus niedriger bezahlt worden sind, so zwei, drei Mark weniger die Stunde für die gleiche Arbeit bekamen.

Erst zu diesem Zeitpunkt hat sich die Gewerkschaftsführung mit den technischen Umwälzungen befaßt. Bei Gruner und Jahr ist die neue Technik in immer stärkerem Maße eingeführt worden - die haben da sogar eine eigene Versuchsabteilung für diese neuen Elektronikgeräte, Bildherstellung über Computer, Repronik heißt das. Das sind Sachen, die über den STand der Druckerfachmesse 77 schon wieder hinausgehen.

Bei Gruner und Jahr war das dann so, daß die Belegschaft ihre Forderungen durch 24 Warnstreiks deutlich gemacht hat und dabei war, einen Vertrag mit der Geschäftsleitung abzuschliessen, der Arbeitsplatzsicherheit garantiert hätte, weitestgehend auch Qualifikationssicherheit (Fachkräfte bedienen die neuen GEräte) und Lohnsicherheit. Im letzten VErhandlungsabschnitt hat die Geschäftsleitung dann erklärt, die Verhandlungen hätten nur informativen Charakter, es sei nicht mehr nötig, mit der Belegschaft zu verhandeln, denn die IG Druck und Papier habe einen Rastervertrag vorgelegt, der für sie, die Unternehmer, günstiger sei.

Die Gewerkschaft ist nur ungenügend auf den STand der Belegschaftsverhandlungen bei Gruner und Jahr eingegangen, und auch später noch gabs Pannen zwischen der Gewerkschaftsführung und der Basis: So sollte das Vorstandsmitglied Hensche vor dem Arbeitskreis Technik ein Referat halten. Aber er hat dann in Bremen vor 1.200 Studenten an der Uni über das Problem „Recht auf Arbeit" gesprochen. Da wo's konkret um das Reht auf Arbeit ging, da hatte er keine Zeit. Da sind die Kollegen aus Hamburg nach Bremen gefahren und haben Rambazamba gemacht.

Von den 5.000 Arbeitern bei Gruner und Jahr haben nur die 2.000 Kollegen im Druckereiwerk in Itzehoe an den Proteststreiks teilgenommen. Die 3.000 in Hamburg, die im Verlag der Bildherstellung usw. beschäftigt sind, die haben nicht gestreikt, obwohl die Vertrauensleute dazu aufgefordert hatten. Aber die Prämie von 250 Mark, die der Gruner und Jahr-Verlag denen bezahlt hat, die nicht gestreikt haben, haben die Hamburger voll an die Streikkasse der IG Druck weitergegeben.

Bei den Urabstimmungen zu längerfristigen Streiks gibts Probleme: da müssen auch die Angestellten mit abstimmen, Leute, die keinen unmittelbaren Bezug zu dieser Problematik haben. Aber bei der Frankfurter Societäts-Druckerei war's sogar so bei den ersten Proteststreiks, daß die Maschinensetzer, die als erste von dieser ganzen Sache betroffen sind, teilweise weitergeschafft haben, die Drucker aber gestreikt haben.

Zunächst liefen auch so Diskussionen: Was sollen die Drucker und all die anderen ihren Kopf hinhalten für die 120prozentigen, das sind die Maschinensetzer, die haben immer 120 Prozent vom Tarif gehabt, für die Bestverdiener, für die Elite in der Druck und Papier. So ein STandesdenken hat erstmal als Spaltungsargument hergehalten. Man muß aber auch wissen, daß die Kollegen, gerade auch die Hilfskräfte, die für die Maschinensetzer gestreikt haben, daß die schon Hunderte von Mark verloren haben an Prämien. Am Monatsende haben die immer zw zweihundert/dreihundert Mark draufgelegt.

Das Ganze zeigt, wie schwierig es war und eigentlich noch ist, vielerorts Urabstimmungen durchzubringen: beim Kölner Stadtanzeiger ist die Urabstimmung mit 65 Prozent an der beschissenen 75-Prozent-Klausel gescheitert.

Hier in Frankfurt, bei der Societäts-Druckerei,ist die Betriebsstruktur schon immer ein bißchen konservativ gewesen, es gibt da beispielsweise auch eine Gruppe der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Dort eine Urabstimmung, das schien besonders problematisch. Die Unternehmer wußten darum Bescheid und kalkulierten mit dieser Schwäche. Genau die Arbeiter der Societäts-Druckerei sperrten sie aus. Anscheinend in der Hoffnung, daß sie die noch mehr runterzwingen. Doch genau das Gegenteil ist eingetreten: jetzt haben sie auch die ängstlicheren Kollegen gegen sich aufgebracht.

Nach Ende der Aussperrung gabs eine Urabstimmung. Da haben 80 Prozent für Streik gestimmt. Die Sache, daß der schwächste, aber auch gleichzeitig der größte Betrieb im Frankfurter Raum die Urabstimmung für den Streik nicht besteht, die Sache ist gelutscht, da haben sie ein Eigentor geschossen, die Unternehmer.

Es gab Versammlungen in Frankfurt. Am Montag (6.März) war eine DGB-Solidaritätsveranstaltung. Da ist erst morgens mobilisiert worden. Trotzdem war der große Saal im Gewerkschaftshaus voll. Die Veranstaltung war auch von anderen Gewerkschaftskollegen gut besucht. Der hessische DGB-Vorsitzende Richert hat gesagt, daß die Druck und Papier auf Monat e streiken kann. Die anderen Gewerkschaften würden voll hinter dem Arbeitskampf stehen. Die Unternehmer sollten nicht meinen, ausreizen zu müssen. Die Gewerkschaft habe noch Dampf drauf und würde das Stück für Stück beweisen mit Demonstrationen und Protestaktionen.

Es gab viel Solidarität und viele Spenden. Auch wurde eine Versammlung für den folgenden Tag, den Dienstag, einberufen, wo die Leute der Societätsdruckerei unterstützt werden sollten. Das ist dann auch geschehen: es gab eine Demonstration vom Gewerkschaftshaus zur Societätsdruckerei, es wurden Zeitungen und Flugblätter verteilt.

Mit der Urabstimmung hat die Societät der Rundschau und den anderen Druckereien ein positives Ergebnis vorserviert. Das wird sicher mobilisierende Wirkung haben. Wenn diese beiden Betriebe die Urabstimmung hintersich haben, dann haben eigentlich die zentralen Zeitungsbetriebe im Frankfurter Raum die Voraussetzungen zu einem längerfristigen Kampf geschaffen.

Kontakt: über ID, Stichwort B E T R I E B

SPRINGER SPERRTE NUR GEWERKSCHAFTER AUS

Darmstadt *Schilderung eines Darmstädter Druckers:*

In Darmstadt ist nicht allzuviel gelaufen. Es ist ja nur der Springer bestrikt worden, und in Besnheim, das gehört zum Organisationsbereich, der Bensheimer Anzeiger. Der Springer ist in der Phase bestreikt worden, als der ganze Konzern bestreikt wurde. Die haben Urabstimmungsergebnisse von 92,5 Prozent gehabt für den Streik, das ist ziemlich hoch.

Dann ist rund um die Uhr Streikposten gemacht worden, und dann kam, als der Streik rum war, die Aussperrung — der Streik ist aber sofort fortgesetzt worden. Der besondere Gag bei der Aussperrung war der, daß die Unternehmungsleitung von Springer einerseits dem Aufurf des Unternehmerverbandes nach Aussperrung gefolgt ist, andererseits aber — was so gegen ziemlich alle Gesetze verstößt — nur Gewerkschaftsmitglieder ausgesperrt hat. Von der Aussperrung wurden auch noch ausgenommen, die Leute, die am Spiegel arbeiten. Die ganze Schicht am Montagfrüh war die Spiegelschicht. Die IG Druck am Ort hat daraufhin sofort den Streik erklärt, sodaß der Spiegel in Darmstadt nicht mehr gemacht worden ist.

Das Interessante ist, daß bei einer Aussperrung erstmals nur Gewerkschaftsmitglieder getroffen werden sollten. Das Argument der Arbeitgeber, daß durch den Streik die Presse- und Meinungsfreiheit gefährdet werde, hat schlagartig aufgehört, als die Zeitungen nicht mehr erschienen sind, weil ausgesperrt worden ist. Das war das, was die Kollegen ziemlich erregt hat bei der ganzen Angelegenheit; und dann auch die Berichterstattung im Fernsehen. Da ist dieser Sprecher des Zeitungsverlegerverbandes, so ein junger smarter, diese Wortwahl von dem, die ist — und das zeigt auch, wo er herkommt, von Springer nämlich — das Niveau der Bildzeitung: da betreibt die IG Druck durch Schwerpunktstreiks eine Geiselnahme, sei es ihr gelegen, sämtliche Verlags-Häuser in Brand zu setzen und so Sachen im Fernsehen vor acht Millionen Zuschauer. Das ist so das Niveau der Bildzeitung, das da über den Bildschirm offiziell weitergeführt wird.

DIE SOZIALEN ARBEITGEBER

Heidelberg *Bis zu den jetzigen Arbeitsauseinandersetzungen haben die deutschen Arbeitgeber sehr auf ihrem sozialen Charakter herumgestanden. Dies scheint ihnen heutzutage schnuppe zu werden.*

Nachdem die Arbeiter der Heidelberger Verlagsanstalt (HVA) in der letzten Woche in einer gemeinsamen Aktion die Herausgabe einer Gegendarstellung zu einer Anzeige des Unternehmerverbandes erhandelt hatten (siehe ID 219), wurden sie am letzten Wochenende von der Geschäftsleitung schön reingelegt.

Trotz der deutlichen Streikbereitschaft der Arbeiter wurde auch am Donnerstag/Freitag (2./3.März) nach dem Willen der Gewerkschaft weitergearbeitet. Die gewinnträchtige Wochenendausgabe wurde hergestellt. Auf Anfragen der Arbeiter versicherte die Geschäftsleitung der Heidelberger Verlagsanstalt/Rhein-Neckar-Zeitung, daß sie nicht aussperren werde. Sonntagmittag aber kam die Überraschung: als die zum Sondertarif arbeitende Sonntagsschicht antreten wollte, stand sie vor verschlossener Tür. Ausgesperrt....

Die Montagsausgabe — anzeigendünn — bringt ja viel weniger Gewinn. Die Aussperrungsbezahlung der Gewerkschaft richtet sich nicht nach Sonntagsprämien. Der Schlag der Verleger ging direkt gegen die Arbeiter — nicht gegen die Gewerkschaften. IG Druck-Bezirksvorsitzender Scheffler: „Die lieben Kollegen sollten persönlich getroffen werden."

Auf einer der während der Aussperrung täglichen Belegschaftsversammlungen der HVA sprach Scheffler von den verzweifelten Versuchen der Unternehmer, eine bundesweite Aussperrung im ganzen Druckbetrieb zu organisieren. In Heidelberg haben sich nur drei Akzidenzdruckereien unmittelbar an die Anweisungen des Unternehmerverbandes gehalten. In allen dreien sind die Besitzer Aktivisten des Unternehmerverbandes. Viele der Unternehmer haben sich in persönlichen Urlaub begeben, um den Forderungen ihres Verbandes auszuweichen.

Am Dienstag haben die Gewerkschaft Druck und Papier und die Metallergewerkschaft zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz von Pfaffengrund bei Heidelberg aufgerufen. Am Dienstag um 14 Uhr (zwei Stunden nach dem Ende der Drucker-Aussperrung) verließen die Arbeiter die Fabriken, um nach Pfaffengrund zu gehen. Siebentausend kamen hin. Die dreihundert Arbeiter der HVA konnten nur mit großen Schwierigkeiten überredet werden, nach der Veranstaltung wieder an die Arbeit zu gehen. Sie lehnen während des Arbeitskampfes Überstunden ab und prophezeien sehr dünne Ausgaben.

Für die IG-Metall hat sich der Vorsitzende des nicht sehr linken Heidelberger Bezirks, Rudolf Bock, ungewöhnlich militant geäußert. Auffällig oft sprach er von Unternehmern, nicht mehr von Arbeitgebern. Bock erinnerte an

die Sozialistengesetze Bismarcks (die die SPD im 19.Jahrhundert für Jahrzehnte in die Illegalität brachten) und an 1933, als die Nazis die Gewerkschaftshäuser stürmten. „Der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit ist kein Spaß. Wir Gewerkschafter lassen uns nicht ins Abseits drängen." ... „Es geht nicht mehr um Prozente – es geht um eine Machtprobe zwischen den Unternehmern und den Arbeitern.... Was die Unternehmer wollen, ist die Alleinherrschaft des Kapitals im Unternehmerstaat."

DREI RANDGESCHICHTEN

Die Heidelberger Drucker und Setzer arbeiten im Westen der Stadt. Die tägliche Versammlung der ausgesperrten Drukker und Setzer findet im Zentrum Heidelbergs statt. Im Osten, in der Altstadt, liegt die Universität und das inzwischen geräumte Collegium Academicum.
Am Montag, dem 6.März, tagten die ausgesperrten Arbeiter bis zum Mittag im Ziegler-Bräu. Niemand wußte, daß im Osten Heidelbergs zur gleichen Zeit 1000 Polizisten die Altstadt besetzten und um sechs Uhr früh mit einer Spezialeinheit das Collegium Academicum räumten.

Während einer Sitzung der ausgesperrten HVA-Belegschaft fragt ein Drucker, zum ersten Mal den ID lesend : „Was ist eigentlich dieses Russell-Tribunal? " Ich versuchte es ihm zu erklären. Er sagte: „Aha, ich hatte nur in der RNZ gelesen, daß dieses Tribunal irgendwelche DGB-Mitgliederlisten geklaut hatte."

In Heidelberg wird es im Laufe des Jahres 1978 ca. 250 politische Verfahren vor den Gerichten geben. Alle von der Art Menschenrechtsverletzungen, die das Tribunal untersuchen wird. 2.500 Menschen trafen sich zu einer Tribunal-Vorbereitungsveranstaltung im Februar. Dies wurde von der RNZ natürlich nicht erwähnt.

Auf der Gewerkschaftskundgebung in Pfaffengrund trafen sich 7.000 Arbeiter. Ein Jungsozialist schwenkte eine rote Fahne mit der Aufschrift: Jusos in der Universität Heidelberg" Angeblich waren auch einige KBWler in der Masse. Sonst war von der Heidelberger Studentenschaft nichts zu sehen. Semesterferien?

Kontakt über: **Heidelberger Rundschau, Postfach 102860, Hauptstr. 65,69 Heidelberg; Tel. 06221 / 220 17**

DAS ARBEITSGERICHT UND DIE AUSSPERRUNG

Wiesbaden Die Geschichte einer einstweiligen Verfügung ging am 6. März vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden zuende. Die von fünf ausgesperrten Arbeitern des Wiesbadener Kuriers am 5.3. erwirkte einstweilige Verfügung gegen die Aussperrung wurde, gleich nach dem sie erlassen war, auf Druck der Unternehmer wieder ausgesetzt – bis zum nächsten Tag, 18 Uhr . Zwischengeschoben war eine mündliche Verhandlung, gut besucht von Kollegen der Wiesbadener Zeitungen und den Ausgesperrten auf der Rechtsanwalt Helmig noch einmal den Antrag der fünf wiederholte. Die Aussperrung „aus heiterem Himmel", also ohne vorhergehenden Streik, bedeute einen nicht wiedergutzumachenden Schaden für die Arbeiter, sagte Helmig, wagte es außerdem auf die Hessische Verfassung Artikel 29 zu verweisen, in dem „ergreifend einfach" stände, das Aussperrung unrechtmäßig sei. Aber wie dem so ist: Bundesrechtssprechung bricht Landesrecht, das Arbeitsgericht ist kein Verfassungsgericht und vors Verfassungsgericht zu gehen hat die Gewerkschaft sich noch nie getraut. Also schloß sich der Richter der Meinung der Anwälte der Unternehmerseite an, es sei nicht glaubhaft gemacht worden, daß Aussperrung einen Schaden für die Arbeiter bedeute und außerdem handele es sich bei dem zur Debatte stehenden Tarifvertrag um einen bundesweiten, was eben eine Aussperrung überall im Bundesgebiet rechtfertigen könne. Die besondere Situation in Wiesbaden berücksichtigte er lediglich, indem er den Brief der IG Druck vom 14.2.78 an die Unternehmensleitung zitierte. Da habe doch die Drupa mit einem möglichen Streik gedroht, also sei auch die Aussperrung nicht ganz aus dem „heiteren Himmel" gefallen.

Den Brief erhielten viele Unternehmen, eben auch der Wiesbadener Kurier, der drei Wochen später reagierte – mit Aussperrung aller mit der Zeitungsherstellung befaßter Kollegen, 120 von ca. 300. Die Kollegen druckten an beiden Aussperrungstagen eine „Notzeitung der Ausgesperrten" jeweils in 40000er Auflage und verteilten sie im Stadtgebiet. Wo sie gedruckt haben, wollen sie natürlich nicht sagen, jetzt, wo sie wieder im Betrieb sind, haben sie sich in ihrer Urabstimmung erst einmal für einen Streik entschieden.
Näheres beim Betriebsrat des Wiesbadener Kurier, Tel. 06121/355-1

SCHNAPS IST DIENST UND DIENST IST SCHNAPS

Aalen *Eine außergewöhnliche Situation in der Tarifauseinandersetzung im Druckgewerbe gibt es im Süddeutschen Zeitungsdienst in Aalen in Ostwürttemberg. (1976 hatten Aalener und Ellwanger Drucker die Auslieferung einer ‚Notzeitung' verhindert. – siehe ID Nr. 133) Außergewöhnlich deshalb, weil der Betrieb, der u.a. zwei Zeitungen herstellt, bereits 1973 auf Fotosatz umgestellt hat und auch deshalb, weil der Präsident des Zeitungsverlegerverbandes Mitgesellschafter ist. Dazu ein Beschäftigter beim Süddeutschen Zeitungsdienst:*

„Schon im Dezember 77 beispielsweise hat der Betriebsrat die Kollegen aufgefordert, keine Überstunden mehr zu machen während dieser Tarifrunde. Das war in Aalen ein Schlag ins Wasser – die Kollegen haben gesagt, das würde sie nicht kümmern. Es war schwer, die Kollegen in Aalen davon zu überzeugen, daß sie nicht unbeteiligt sind. Die Kollegen aus der Druckerei und der Buchbinderei vertraten den Standpunkt: das geht mich doch nichts an; die Kollegen aus der Setzerei: wir haben ja schon umgestellt.

Das änderte sich, als die Gewerkschaftler, die im Betrieb aktiv waren, im Februar Informationsmaterial verteilten und als feststand, wie der Entwurf der Redaktionskommission ausgefallen ist. Da haben die Kollegen ganz schnell nachgerechnet und bemerkt, daß es nicht gut aussieht für sie, finanziell. Da war die Situation für die Gewerkschaftler besser.

Der Arbeitgeber hat seinen Betriebsleiter überwiegend in der Nachtschicht eingesetzt und der hat sich dann intensiv mit einzelnen Kollegen unterhalten, hat versucht, sie zu beeinflussen, ihnen weiszumachen, daß uns das nichts angehe. Daß die Gewerkschaft ihre Vorstellung nie durchkriege, daß wir das (die Umstellung) hier doch schon hinter uns hätten. Das hat wohl auch Früchte getragen, denn zu einer IG Druck und Papier-Mitgliederversammlung im Februar kamen nur zehn Kollegen aus dem betroffenen Bereich.

Mit den Urabstimmungen hat sich die Situation dann zugespitzt und auch, als etliche Warnstreiks – doch nicht bei uns in Aalen – stattfanden, das war so Ende Februar. Wir haben mal eine Spätschicht in der Pause aus dem Betrieb rausgekriegt, und da hat sich gezeigt, daß diese Schicht zu einem Warnstreik bereit gewesen wäre. Zwar nicht mit großer Begeisterung, doch die Notwendigkeit ist anerkannt worden. Wir haben uns aber entschieden, etwas zu warten.

In dieser Zeit ist in unserer Zeitung die Arbeitgeberanzeige veröffentlicht worden – „Zwingen Sie uns nicht zur Aussperrung!" Wir haben unverzüglich vom IG-Druck-Ortsverein aus darüber diskutiert und haben dann am gleichen Abend noch vom Geschäftsführer verlangt, daß wir eine Anzeige in gleicher Größe zu den gleichen Konditionen wie die vom Arbeitgeberverband veröffentlichen können. Nach einigem hin und her hat man sich geeinigt; die Anzeige hat nichts gekostet. Darin kam das Bemühen des Arbeitgebers zum Ausdruck, hier in Aalen den Konflikt unter Kontrolle zu halten.

Er hat dann noch angeboten, eine redaktionelle Seite zu machen, die aus drei Teilen besteht: Einführung durch den Redakteur, Darstellung der Verleger durch den Geschäftsführer, Darstellung aus der Sicht der Gewerkschaften, durch den Betriebsratsvorsitzenden. Das ist dann auch gemacht worden.

Dann kam ja ab Sonntag (4.März) um 12 Uhr die Aussperrung durch die Arbeitgeber. Die lief bei uns auf ganz eigenartige Weise: der Süddeutsche Zeitungsdienst, der zwei Zeitungen macht, hat nicht ausgesperrt, hat den Kollegen den Lohn bezahlt, auch das Antrittsgeld, hat sie aber nicht produzieren lassen. Die haben also am Sonntagabend zu den üblichen Zeiten begonnen, haben bis acht Uhr im Betrieb gesessen und durften dann nach Hause, haben aber alles bezahlt bekommen. Da hat irgend jemand, die Geschäftsführung wahrscheinlich, Schnaps hingestellt und so und die Kollegen waren da recht zufrieden. Das ging dann auch noch am Montag, bis Dienstagmittag den Leuten von der Zeitung so; die von der Akzidentabteilung, da durfte die Hälfte zu Hause bleiben, die andere Hälfte mußte ins Geschäft, aber nichts produzieren. Das ist umso bemerkenswerter, als der Präsident des Zeitungsverlegerverbandes, Binkowski, Mitgesellschafter ist beim Süddeutschen Zeitungsdienst; der fordert auf der einen Seite die Verbandsmitglieder zur Aussperrung auf, aber in seinem eigenen Betrieb sperrt er nicht aus, gibt nur aus 'Solidarität' mit den anderen Verlegern keine Zeitung heraus. Das hat natürlich auch dazu geführt, daß die Bereitschaft der Kollegen zu Kampfmaßnahmen eingeschränkt ist.

Man hat die Kollegen noch um Verständnis gebeten für die Aussperrung der Unternehmer und gesagt, man würde hier im Süddeutschen Zeitungsdienst nicht aussperren in Anerkennung der geleisteten Arbeit in letzter Zeit. Trotzdem sind von Kollegen in der Nacht zum Montag noch Flugblätter gemacht worden, die die Bevölkerung darauf hinweisen sollten, warum keine Zeitung erschienen ist, daß die Kollegen gern eine gemacht hätten, es von den Unternehmern aber nicht zugelassen worden wäre. Die Flugblätter sind dann am Montag auf einer Kundgebung der IG Metall verteilt worden.

Einige Kollegen beteiligen sich an Aktivitäten; die haben am Samstag für die Kundgebung der Metaller ein Transparent hergestellt – aber die Situation hier in Aalen ist nicht vergleichbar mit München oder so.

Nähere Informationen:
IG Druck und Papier, Ortsverein Aalen,Bahnhofstraße 70
7080 Aalen

ZUM VERLAUF DES RUSSELL-TRIBUNALS

FRANKFURT
8. MÄRZ

Auf der ersten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals in Frankfurt-Harheim wird die Frage untersucht werden, ob Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt wird, ihrern Beruf auszuüben.

Die öffentlichen Sitzungen des Tribunals sind vom 29. März bis zum 2. April jeweils von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Das Bürgerhaus Harheim, das im Norden von Frankfurt liegt, bietet Platz für 600 bis 800 Leute; größere Räume waren im Rhein-Main-Gebiet für das Russell-Tribunal nicht zu haben. Man wird sich jetzt so behelfen, daß neben dem Bürgerhaus ein Zelt (3000 bis 4000 Plätze) aufgebaut und gut beheizt wird, in das über exzellente Lautsprecher der Verlauf des Tribunals übertragen wird (eine Fernsehübertragung ins Zelt scheiterte an technischen Problemen und an zu hohen Kosten). Am Wochenende (1. und 2. April) findet das Tribunal direkt im Zelt statt.

Das Tribunal wird sich auf dieser Sitzungsperiode mit 12 bis 15 exemplarischen Berufsverbotsfälle aus verschiedenen Berufsbereichen (Lehrer, Sozialarbeiter, Juristen etc.) befassen. Zu jedem Fall wird ein Berichterstatter die politische und juristische Bedeutung aufzeigen und Zusammenhänge darund herstellen. Die Betroffenen und Zeugen (deren Anwälte etc.) werden gehört und von der Jury befragt werden.

Auf die einzelnen Tage verteilt werden Gutachten verlesen und diskutiert werden zu übergreifenden Themen wie zur historischen und aktuellen Entwicklung der BRD, zur Geschichte der Gesinnungsverfolgung, insbesondere der Berufsverbote in Deutschland, zur rechtspolitischen Bedeutung der Berufsverbotsverfahren und zu den sozialpsychologischen Bedingungen und Auswirkungen der Feinderklärungen. Gutachter werden u. a. sein: Peter Brückner, Ulrich K. Preuß und Peter Schneider.

Überall im ganzen Land wird es Rahmenveranstaltungen zum Tribunal geben (nur wenn ihr sie macht!).

Die Jury wird die Beurteilung der Berufsverbotsproblematik vorraussichtlich am 4. April auf einer Pressekonferenz bekanntgeben. Über die Bereiche Zensur und Prozeß wird in einer zweiten Sitzungsperiode im Herbst verhandelt werden.

Eine detaillierte Tagesordnung veröffentlichen wir, sobald es sie gibt.

RUSSELL–TRIBUNAL VERANSTALTUNGSKALENDER

FRANKFURT
8.März

Der Veranstaltungsplan gibt eine vorläufige Übersicht über den Verlauf des Tribunals in Frankfurt-Harheim sowie über Veranstaltungen, die anläßlich des Tribunals stattfinden. – Vorläufig heißt: es werden sicher noch mehr Veranstaltungen stattfinden, eventuell werden einige zeitlich verlegt, eventuell fällt einiges aus, alles das läßt sich jedoch jetzt nicht absehen.
Ergänzungen, Änderungen etc. werden im nächsten ID veröffentlicht:

Dienstag, 28.3.
Abends Veranstaltung 'Gewerkschaftsausschlüsse vor's Russell Tribunal; mit Russell Initiative Köln, Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe Bochum, GEW-Westberlin u.a.
20.00 Uhr im Bürgerhaus Nordweststadt
Bedauerlicherweise gleichzeitig „Ein deutscher Herbst" neuer Film in der Pupille/Universität.

Mittwoch, 29.3.
„Zensur in den Medien"-Veranstaltung
19.30 Uhr in der Stadthalle Offenbach

Donnerstag, 30.3.
Veranstaltung: Modell Deutschland - Bedeutung für Europa
20.00 Uhr in der Universität, Hörsaal VI (berüchtigt!)
Theater Collage: „Deutsche Tradition / die Verfolgung Andersdenkender
20.00 Uhr im Club Voltaire

Freitag, 31.3.
Karl Napp's Chaos Theater und das linksradikale Blasorchester ab Nachmittag in den Abend hinein im Studentenhaus/Universität
Veranstaltung: „Solidarität mit der DDR-Opposition" - Veranstalter: Komitee gegen politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands
19.30 Uhr im Haus Dornbusch

Samstag, 1.4.
„Internationaler Frühschoppen" - Treffen Ausländischer Gruppen; Diskussion
10.00 – 13.00 Uhr im Volksbildungsheim
1 Jahr Harmonie-Jubiläumsfest des bekannten Stadtteilkinos - Film und Fest und Diskussionen;
am Nachmittag in der Harmonie
Große Veranstaltung des deutschen Beirats
20.00 Uhr im Zelt in Harheim
Großes Solidaritätsfest,- Liga gegen Imperialismus
20.00 Uhr in der Stadthalle Offenbach

Sonntag, 2.4.
Veranstaltung des Schauspiels Frankfurt „Die Himmelsstürmer"
11.00 Uhr Schauspielhaus
Theater am Turm- Ensemble: Die Bauernoper
20.00 Uhr Haus Dornbusch
Schauspiel Frankfurt: Die Tage der Commune
18.45 Uhr im Schauspiel

Montag, 3.4.
Veranstaltung der Russell-Initiative Frankfurt über die neuen Polizeigesetze
20.00 Uhr im Volksbildungsheim
Karl Napp's Chaos Theater spielt
um 20.00 Uhr in der Harmonie

Dienstag, 4.4.
„Die Linke und das Russell-Tribunal" - Veranstaltung
20.00 Uhr im Volksbildungsheim

WEITER AUSEINANDERSETZUNGEN ÜBER DIE BEHANDLUNG DER UNVEREINBARKEITSBE–SCHLÜSSE

FRANKFURT, 8. März 78 *Wir veröffentlichen einen Brief des Delegiertenrates des Sozialistischen Büros und eine Stellungnahme anläßlich der Wuppertaler Arbeitsgruppentagung des SB die uns zuging. Vorauszuschicken ist, daß es sich hier nicht um eine Problematik des Sozialistischen Büros allein handelt und die Veröffentlichungen hier auch nicht so gesehen werden dürfen. Vielmehr werden Positionen in der Auseinandersetzung um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse deutlich, die mit Sicherheit auch außerhalb des SB zu finden sind.*

BETRIFFT: RUSSELLTRIBUNAL & SOZIALISTISCHES BÜRO

Stellungnahme der Wuppertaler Arbeitsgruppentagung:

WUPPERTAL 7. MÄRZ Nachdem sich vor kurzem der Delegiertenrat des Sozialistischen Büros (SB) dafür ausgesprochen hatte im RUSSELL-TRIBUNAL auch die viele in Betrieben arbeitenden Menschen unterdrückenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu behandeln, kam es auf der Arbeitsgruppentagung des SB's in Wuppertal – die Arbeitsgruppentagung ist seit dem neuesten Organisationsirrweg des SB's das wichtigste Beschlußgremium – wo man über ein Aktionsprogramm gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit diskutieren wollte zu politpornographischen Ausschreitungen.

Nicht nur, daß man am 4./5.3. in Wuppertal nicht in der Lage war, sich deutlich zur kapitalistischen Arbeitsplatzvernichtung und der lebenszerstörenden Arbeitslosigkeit zu artikulieren – das verhinderte erfolgreich der im SB gegründete fraktionell aufgezogene "Erckenschwick-Kreis", man konnte dort auch eine Anzeigenaktion unterzeichnen, die von einigen TUIS oder Intellektuellen im SB getragen wird und die in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht werden soll. Aus dem Text der Anzeige:

"In Übereinstimmung mit dem deutschen Beirat und dem Sekretariat des III. Russell-Tribunals (Erklärung vom 10.1.78) sind wir der Meinung
1. daß sich die Verhandlungen des Tribunals nicht auf die Mitgliedsbedingungen der Gewerkschaften erstrecken können, weil diese keine Menschenrechtsverletzungen sind und Gegenstand der innergewerkschaftlichen Meinungsbildung sind.
2. Politische Gruppen, die ein taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten haben und die das Russell-Tribunal für ihre Politik benutzen wollen, schaden der Arbeit des Tribunals und der öffentlichen Diskussion der Ergebnisse."

Die Erstunterzeichner dieser Arschkriecheraktion, die nicht begreifen wollen, daß der durch den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB mögliche Gewerkschaftsausschluß in vielen Fällen gleichzeitige Berufsverbotsmaßnahmen des Staates einleiten hilft, sind u.a. Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Fuchs und Jan Kuhnert, Wiss. Angestellter – alle aus Marburg – was ja auf einiges schließen läßt – bis auf Alexander Schubart – Jurist, auch ein Ausstellungsschmuckstück des SB's ist.

Ein gewerkschaftlich organisierter Kollege hat dem Beirat zu der Verschaukelungspolitik einen Brief geschrieben, auf den er nie Antwort bekam, er sei hier auszugsweise zitiert:

"Es ist ein himmelschreiender Skandal, daß die Gewerkschaftsausschlüsse und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit den dazugehörigen undemokratischen Verfahren nicht im RUSSELL-Tribunal verhandelt werden. Es ist ein Skandal, daß die ständige Entwürdigung des Menschen in den bundesrepublikanischen Betrieben (1. Halbjahr 1976 – 2 247 tödliche Unfälle und 880 802 Arbeitsunfälle und 20 458 "Berufs"Kranke) nicht Gegenstand der Erörterungen dieses Tribunals sein werden.

Auf dem Altar einer nur erträumten Bündniseinheit dem schon längst alle großmäuligen Organisationen, die den Sozialismus nur im Mund herumführen oder scheinliberal sind, ihm abgeschworen haben, werden die geopfert, die seit Menschengedenken die Geprügelten, Beleidigten und Opfer der Gesellschaft sind – die Ausgebeuteten, die Klasse der abhängig beschäftigten. In diesem illustren Kreis von Jury Mitgliedern und dem deutschen Beirat fehlen all jene, die dieser Klasse angehören und ihre Interessen versucht haben zu artikulieren, wenn sie nicht schon längst mundtot gemacht wurden. Die aber drin sind, die haben das Muffensausen auch das zu kritisieren was not tut, nämlich die Gewerkschaften, die brutalst hingehen und den politisiertesten Teil der Mitgliedschaft zum Schweigen verurteilt."

Das SB– schweigt sich aus, was mit denen geschieht, die völlig SB-unverbindlich das tun, was nie beschlossen wurde. Aber der Opportunismus war ja schon immer ein Zeichen für diejenigen, die mit bärenstarken Formulierungen ihre Angst überspielt und versteckt haben.

Russell-Tribunal Unvereinbarkeitsbeschlüsse

„Liebe Freunde!
Wir sind besorgt! Der deutsche Beirat und das Sekretariat haben am 10. Januar 1978 eine Erklärung verfaßt und damit der Jury des 3. Interna-

tionalen Russell-Tribunals eine Empfehlung unterbreitet, die darauf hinauslaufen könnte, die Inhalte der Fragestellungen, die in der Gründungserklärung der Jury zum Ausdruck kommen, erheblich einzuschränken. Auch die bisherigen Verlautbarungen (von Foundation und Sekretariat), daß alle Materialien zu den drei Fragenkomplexen dem Tribunal durch das Sekretariat vorgelegt werden, scheinen uns nach dieser Erklärung infrage gestellt.

Unsere Befürchtungen entspringen vor allem der offensichtlichen Einschränkung, die wir — in bezug auf die Behandlung bzw. Nichtbehandlung von Gewerkschaftsausschlüssen aus der Erklärung von 10. Januar entnehmen.

In der Gründungserklärung der Jury wurde als erste Frage formuliert: „Wird Bürgern der Bundesrepublik auf Grund politischer Überzeugungen das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben? " Im Rundbrief 8 des Sekretariats heißt es dazu: „1. Anlässe solcher Maßnahmen wie z.B. die Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen, Meinungsäußerungen, Teilnahme an Demonstrationen, Sippenhaft, Kontaktschuld etc. 2.Wirkungsbereiche dieser Maßnahmen: Öffentlicher Dienst; freie Berufe; Medien; Privatwirtschaft; Amtshilfe auch durch nicht-staatliche Stellen; Ablauf der Anhörungsverfahren."

Es kann u.E. überhaupt keinen Zweifel darüber geben, daß in einer großen Zahl von Berufsverbotsfällen ein direkter — ja oft bestimmender — Zusammenhang von Ausschlüssen aus der Gewerkschaft und praktiziertem Berufsverbot besteht. Und noch wichtiger: wegen der Anerkenntnis der Koalitionsfreiheit wie sie als Grundrecht im Grundgesetz der BRD verankert ist und der daraus resultierenden besonderen Stellung der westdeutschen Gewerkschaften ist der Verdacht nicht auszuschließen, daß — in Form der Drittwirkung — politisch begründete Gewerkschaftsausschlüsse einer Grundrechtsverletzung gleichkommen könnten. Gerade weil die Befürchtung, in der laut Grundgesetz rechtsstaatlichen Bundesrepublik seien die republikanischen Freiheiten und Menschenrechte in Gefahr, sich nicht nur auf den staatlichen Bereich beschränken darf, kommt der Drittwirkungsproblematik — und dies gerade wegen der weitgehenden Monopolstellung in bezug auf die Gewerkschaften — eine wichtige Bedeutung in dem Russell-Tribunal zu.



Wenn nun in der Erklärung vom 10. Januar gesagt wird, „Zeugen, die einen Zusammenhang zwischen ihrem Berufsverbot und ihrem Gewerkschaftsausschluß darstellen, sollen sie nicht daran gehindert werden", und wenn die Jury diese Empfehlung übernehmen würde dann stellte dies — so befürchten wir — eine Einschränkung dar, die dem Anspruch des Tribunals, die Situation der Grund- und Menschenrechte in der BRD zu untersuchen, in einem in der politischen Realität sehr wichtigen Punkt nicht mehr entspräche. **U.E. müßte die Behandlung auch von Gewerkschaftsausschlüssen in ihrem Zusammenhang mit Berufsverboten und als Problem der Drittwirkung von Grundrechten im ersten Fragenkomplex des Tribunals offensiv und nicht nur als unwesentlicher, gelegentlich geduldeter Nebenaspekt („Zeugen ... sollen ... nicht gehindert werden") angegangen werden.** Es wäre zudem eine erhebliche Entmutigung in der aktiven Unterstützungsbewegung zu befürchten, denn Gewerkschaftsausschlüsse — und die Drohung, die von der Ausschlußpraxis ausgeht — treffen viele Kolleginnen und Kollegen und sind seit einigen Jahren ein entscheidendes Disziplinierungsinstrument im Kontext der Berufsverbote und der Einschränkung der Meinungs- und Koalitionsfreiheit ...

Noch einige Sätze zur Rolle, die die Frage Gewerkschaftsausschlüsse in der bisherigen Diskussion um das Russell-Tribunal spielte. Nach unserer Einschätzung hat sich diese Diskussion in problematischer Weise polarisiert. Auf der einen Seite gibt es eine Tendenz (etwa um den Kommunistischen Bund), die darauf hinausläuft, daß man am liebsten ein Tribunal haben möchte, das vor allem die Gewerkschaften auf die Anklagebank setzt und möglichst als Handlanger eines faschistoiden Staates BRD verurteilt; diese Position hat sich die Jury völlig zu Recht **nicht** zu eigen gemacht. Auf der anderen Seite gibt es eine Tendenz (etwa um die Hamburger Initiative gegen Berufsverbote, die das Tribunal bisher nicht unterstützt, aber öffentlich kritisiert hat), die aus bündnistaktischen Erwägungen eine strikte Nichtbehandlung von Gewerkschaftsausschlüssen fordert und davon eine eventuelle Unterstützung abhängig macht.

Beide Positionen sind u.E. falsch. Im ersten Fall wird die spezifische Funktion eines Russell-Tribunals über die Situation der Grund- und Menschenrechte in der BRD ignoriert und wird letztlich von dem Tribunal erwartet, daß dieses sich in eine vorgegebne und — zudem sektiererische — politische Strategie einordnet. Im anderen Fall wird von dem Tribunal erwartet, daß es sich — wiederum im Widerspruch zu seinem eigenen Selbstverständnis — opportunistisch einer taktischen Option unterwirft und sich in einem politisch zentralen Punkt abstinent verhält. Wir meinen, es wäre gemessen am selbst gestellten Anspruch des Tribunals ebenso unzulässig, die Frage der Gewerkschaftsausschlüsse im Tribunal weitestgehend zu tabuisieren wie es angesichts der enormen staatlichen Repressionsmaßnahmen falsch wäre, diese Frage sozusagen zum Hauptgegenstand des Tribunals zu machen.

Das Sozialistische Büro — als eine Organisation, die das Russell-Tribunal mit großer Aktivität (politisch, materiell und organisatorisch) unterstützt und dabei selbstverständlich auch für sich selbst die Unabhängigkeit des Tribunals von den unterstützenden Kräften respektiert —, bittet den deutschen Beirat und das Sekretariat, die Erklärung vom 10. Januar 1978 zu revidieren. Gleichzeitig schlagen wir der Jury vor, im Rahmen der ersten Sitzung des Tribunals die Frage der Gewerkschaftsausschlüsse im Sinne der ursprünglichen Konzeption (siehe Gründungserklärung der Jury und die vorstehend zitierte Aussage aus Rundbrief 8) zu behandeln.

Dieser Brief basiert auf einem Beschluß des Delegiertenrats des SB. Er geht an das Sekretariat und die Foundation mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder der Jury und des deutschen Beirats."

ANTI-REPRESSIONS-INFO DER RUSSELL-UNTERSTÜTZUNGSGRUPPE MÜNSTER

MÜNSTER
8. März

Seit kurzem gibt es in Münster ein Anti-Repressions-Info. Wir haben diese Zeitung deshalb gemacht, weil wir der Ansicht waren, daß mal über die Repressionsfälle in Münster umfassend berichtet werden müßte. Deshalb schon wird das Info auch in Zukunft erscheinen, d.h., Nummer 2 kommt bestimmt.

Dieses hervorragende Info mit seinem atemberaubenden Bericht insbesondere aus der Polizeiführungsakademie Hiltrup ist zu bestellen bei: **Jens Renner, Hornstr. 30, 4400 Münster. Preis pro Stück: 1,50 DM.**

Der Böse-Prozeß

DAS MEDIZINER-SYNDIKAT HÄLT DICHT

FREIBURG
7. Februar

Der Prozessbericht ist der Märzausgabe der „Stadtzeitung für Freiburg" (Eschholzstr. 65, 7800 Freiburg) entnommen. Mit der Abkürzung BZ ist die in Freiburg erscheinende „Badische Zeitung" gemeint.

Vor dem Freiburger Schwurgericht findet seit Dezember 77 der Prozeß gegen den Krankenpfleger Reinhard Böse statt. Ihm wird vorgeworfen, im Dezember 75 den Tod von vier Patienten der Intensivstation des Kreiskrankenhauses Rheinfelden verschuldet zu haben. Die Anklage lautet auf heimtückischen Mord aus niedrigen Beweggründen. Dabei machen die vom Gericht bestellten zehn Gutachter unter sich aus, was die Vorgänge im Krankenhaus Rheinfelden erhellen kann. Die von der Verteidigung beantragten Gutachter wurden abgelehnt. Zur Halbzeit des Prozesses nach zwanzig Verhandlungstagen kann die Staatsanwaltschaft lediglich vorbringen, daß diesen Patienten eine Überdosis eines Herzmedikaments gegeben worden ist und Böse das Medikament in der Apotheke bestellt hatte sowie bei den fraglichen Patienten Dienst hatte. Bis heute ist nicht einmal geklärt, ob die gefundene Dosis überhaupt tödlich war (Stern Nr. 52/77).

Jedoch für die Verantwortlichen war seit Beginn der Ermittlungen klar, daß für den Tod der vier Patienten nur der Krankenpfleger Böse verantwortlich war. Oberstaatsanwalt Hilbert, Landrat Leible, als Vertreter des Krankenhausträgers, und der ärztliche Direktor Boos waren mit belastenden Presseerklärungen schnell bei der Hand. Die Lokalpresse, Oberbadisches Volksblatt und Badische Zeitung Ausgabe Rheinfelden berichteten ausführlich über die einseitigen Ermittlungen.

Bereits drei Tage nach Ermittlungsbeginn veröffentlicht die Badische Zeitung (24.12.75) den vollen Namen des verdächtigen damals 25-jährigen Krankenpflegers Reinhard Böse aus Rheinfelden. Durch diese Tatsache war der Krankenpfleger schon zu diesem Zeitpunkt unabhängig von der Schuldfrage persönlich und beruflich ruiniert. Die Badische Zeitung (BZ) ging noch weiter und sprach später sogar vom „ehemaligen Krankenpfleger". (Diese Praxis der unnötigen vorzeitigen Namensnennung kann auch derzeit bei der Berichterstattung zum verdächtigen „Monsieur X" festgestellt werden (BZ vom 20.2.78).)

Hier nun einige Zitate zur Berichterstattung: Landrat Leible: „Der Ruf des neuen Krankenhauses steht auf dem Spiel. Deshalb ist eine schnelle und rückhaltslose Aufklärung zwingend nötig." Chefarzt Boos schließt sogar schon die Möglichkeit eines ärztlichen Kunstfehlers ebenso wie ein technisches Versagen der Apparaturen aus (Oberbadisches Volksblatt, 23. 12.75). Am selben Tag erklärt der Lörracher Oberstaatsanwalt Hilbert, es sei „keine Spur einer Abweichung vom medizinisch Gebotenen zu verzeichnen." (BZ, 23.12.75). Am 25.12.75 äußerte sich eine Ärztin des Krankenhauses: „Böse ist schizophren." Chefarzt Boos in einem Interview: „Ich halte den Pfleger für einen Einzelgänger... , muß man sicher prüfen, ob er geistesgestört ist." (BZ, 29.12.75) Oberstaatsanwalt Hilbert: „Die derzeitigen Ermittlungen konzentrieren sich auf den Krankenpfleger, weil es keinen Anlaß zu anderen Vermutungen gibt." (BZ, 8.1.76).

Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß die Organisation des neu errichteten Krankenhauses „optimal" war, „daß man gerade durch das vorhandene Kontrollsystem (der Medikamentenbestellung) so rasch auf die bedauerlichen Vorfälle aufmerksam wurde und reagieren konnte." (so eine gemeinsame Erklärung der Fraktionssprecher des Rheinfelder Gemeinderates (BZ, 12.1.76). Außerdem, „Es gibt keinerlei Hinweise auf organisatorische Mängel und auch keine auf ärztliches Versagen, es hat sich auch kein Hauch eines Anhalts ergeben für die Vermutung, daß irgendjemand anderes sich strafbar in der Intensiv-Station betätigt habe.", so Landrat Leible und Chefarzt Boos (BZ 4.2.76). Weiter wird die psychiatrische Untersuchung von Böse angeordnet (BZ, 4.2.76).

Es scheint alles klar gewesen zu sein, so daß das Oberbadische Volksblatt am 17.12.77 Böse vorverurteilt: „Unerklärlich für viele ist noch immer die Frage, wie es möglich sein konnte, daß Böse ungehindert drei Tage lang mehrere Menschen umbringen konnte." Vor Gericht stellt sich dann doch einiges anders dar. So sprach z.B. der für den Bau verantwortliche Architekt Aures von einem konfusen, schlecht koordinierten Krankenhausträger. Von einer optimalen Vorbereitung der Inbetriebnahme des Kreiskrankenhauses kann keine Rede sein. Die Chefärzte wurden erst ein halbes Jahr vor der angenommenen Inbetriebnahme gewählt und erscheinen sehr selten zu den Vorbesprechungen. Der Krankenhausträger hatte bis zum angenommenen Eröffnungstermin keine Ahnung über die Personalplanung. Erst im April 75 wird das diesbezügliche Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt Karlsruhe zum Planstellenstufenplan vorgelegt. Tatsächlich wird das Kreiskrankenhaus erst am 15.10.75 eröffnet. Drei Monate vor der Eröffnung waren erst 23 Pflegekräfte eingestellt, die das Kreiskrankenhaus einrichten sollten. Der ärztliche Direktor Boos erschien erst einen Monat vor Eröffnung. Das Personal hielt es nicht lange auf der Intensivstation des Kreiskrankenhauses. Bereits einen Monat nach Eröffnung kündigte die Leiterin. Nach zwei Jahren ist niemand mehr von den 10 Pflegekräften in Rheinfelden beschäftigt. Entgegen den Behauptungen des Landrats Leible hatte nur eine Schwester Intensivfachausbildung. Eine regelmäßige Schulung des unerfahrenen Personals



wurde nicht durchgeführt. Das Personal war überfordert.

Bei der Medikamentenbestellung wurde auf das sichere „ABDA"-System, das geliefert und bezahlt war, verzichtet. Bei Anwendung dieses Systems hätte eine überhöhte Medikamentenbestellung, wie sie Böse zur Last gelegt wird, mit Sicherheit auffallen müssen. Dieses System wurde aber von Landrat Leible als für das Krankenhauspersonal ungeeignet abgelehnt. Dieses „ABDA"-System wird in jeder modernen Apotheke angewandt. Außerdem wurden Infusionsflaschen unverschlossen und unbewacht im Verladebereich gelagert.

Ein anderer Vorgang gewinnt hier in diesem Zusammenhang an Bedeutung. Schon ein Jahr nach Eröffnung des Kreiskrankenhauses wird das lukrative Dienstverhältnis des Chirurgiechefs Behrens gelöst. Nach außen wird von „gegenseitigem Einvernehmen" gesprochen. „Dazu gehört, daß Behrens 160000 DM bekommt, die sich zusammensetzen aus einer „Abfindung" von 100000 DM und mehreren weiterbezahlten Monatsgehältern" (BZ, 18.11.76).

Über die wahren Hintergründe erfährt die Öffentlichkeit nichts. Damit nicht genug, auch alle vier Assistenten der Chirurgie kündigen gemeinsam. Die Veröffentlichung einer namentlich unterzeichneten Presseerklärung wird von Landrat Leible verhindert. Vor Gericht will dann der Landrat hierzu nichts aussagen. Erst soll der Regierungspräsident von Freiburg zur Aussagegenehmigung befragt werde, dann soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden und schließlich fühlt er sich an einen Vertrag mit Behrens gebunden, der ihn zum Stillschweigen über die Kündigungsgründe verpflichtet. Der, wenn es um die Beschuldigungen und Herabwürdigungen des Angeklagten geht, sonst so redsame Landrat schweigt. Erst dem ärztlichen Direktor des Kreiskrankenhauses Boos entweichen dann zaghafte Äußerungen über seinen Kollegen Behrens: In der Zeit

kam es zu einer Anhäufung unglücklichr Verläufe nach Bauchoperationen (z.B. Aufgehen der Naht und anschließender Bauchfellentzündung). Das Vertrauensverhältnis war derart gestört, daß Zweifel an seinen fachlichen Fähigkeiten auftauchten, so daß „ich meine Patienten nicht mehr zu Operationen überweisen konnte. Außerdem gab es Spannungen zwischen dem Kollegen Behrens und dem OP-Personal". Jedoch der Direktor der Chirurgischen Uniklinik Freiburg, Prof. Schwaiger, selbst in Kunstfehlern erfahren, kann dem Kollegen Behrens keine Kunstfehler bescheinigen. „Man will es erst gar nicht auf einen langwierigen Gutachterprozeß ankommen lassen." (BZ, 18.11.76).

Bis heute sind zahlreiche Angehörige von Patienten, die nicht Gegenstand der Anklage sind, noch nicht über die eigentlichen Todesursachen informiert worden, so z.B. eine rüstige Rentnerin, die nach einer Bauchoperation an einem Transfusionszwischenfall stirbt, oder ein 19-jähriger kerngesunder Patient, der nach einem einfachen Oberschenkelbruch plötzlich stirbt. Kunstfehler sind hier aber nicht Gegenstand der Verhandlung, denn es soll hier nicht geklärt werden, was sich alles im Kreiskrankenhaus zugetragen hat, sondern nur der „Dunstkreis des Einzelgängers Böse". Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird ärztliches Versagen ausgeklammert. Die BZ räumt dann auch am 1.12.76 in der Rheinfeldener Ausgabe dem Chefarzt Boos eine Spalte mit dicken Lettern ein: „Schluß mit allen Gerüchten und ungerechtfertigten Angriffen gegen unser Krankenhaus!Wir wollen endlich in Ruhe unsere Arbeit tun."

Das Syndikat hält dicht, und opfert zur Entlastung einen untergeordneten Außenseiter: Alles wird systematisch durchforstet, ob nicht noch etwas dem Angeklagten angelastet werden kann. Sogar elf Patienten werden exhumiert. Diese Gelegenheit halten die ehemaligen Dienstherren Böses aus der Tübinger Hautklinik für günstig, in der Böse von 1970 -74 beschäftigt war. Auch sie haben noch einige unklare Todesfälle parat. Die Professoren Schneider, Adam und Lüders haben damals die offizielle Untersuchung durch die Kriminalpolizei gescheut, man kann ja nicht wissen. Heute blähen sie sich als selbstherrliche Kläger auf. Als Sachverständigen für die damaligen Vorfälle lädt das Gericht den damals verantwortlichen Oberarzt Lüders. Bewiesen wird nichts, nicht einmal der Verdacht wird bestätigt, daß Böse mit den fraglichen Fällen in Zusammenhang steht.

Einen anderen Schwerpunkt der bisherigen Verhandlung stellte die Verwertbarkeit des sogenannten Teilgeständnisses dar, daß Böse in der Nacht vom 22. auf den 23.12.75 unter zweifelhaften Umständen abgelegt und Tags darauf widerrufen hatte. Böse bestreitet bis heute jeden Tatzusammenhang.

WIE SAH NUN DIE FESTNAHME UND DIE VERNEHMUNG AUS:

Am Sonntag, den 21.12.75, dringen zwei Polizisten mit vorgehaltener und entsicherter Waffe in die Wohnung des Angeklagten ein. Einen von ihnen kennt er aus der Schule, und er sieht dann „keine angenehme Situation für uns beide." Der ehemalige Klassenkamerad aber sagt, bei einem Fluchtversuch werde sofort geschossen, und fügt hinzu: „Da kennen wir nichts.' Wann Böse über seine Rechte belehrt wurde, verrät das Protokoll nicht, jedenfalls nicht bei Beginn der ersten Vernehmung, wie es die Strafprozeßordnung verlangt.

Man täuschte ihn, denn die gerichtsmedizinischen Gutachten, die angeblich schon zu diesem Zeitpunkt seine Schuld zweifelsfrei bewiesen, gab es nicht. Man täuschte ihn auch, wenn man behauptete, der Mordvorwurf habe seine Mutter nicht überrascht, als die Polizei sie ins Bild setzte (Die Zeit, 30.12.77). „Die Polizisten bestritten nicht, daß sie Böse mit der Aussicht auf ein mildes Urteil und auf psychiatrische Behandlung lockten, daß sie ihn mehrmals als „eiskalten Mörder" beschimpften und daß sie drohten, „ältere, weniger verständnisvolle Beamte würden mit härten Methoden" das Verhör fortsetzen, wenn er nicht endlich gestehe. Nach 30 Stunden ohne Schlaf und Nahrungsaufnahme wird dem Angeklagten in einem siebenstündigen Nachtverhör ein Teilgeständnis regelrecht abgepresst, daß er schon anderntags widerruft (Spiegel, 1/78).

Der 29-jährige Staatsanwalt Schweizer beurteilt vor Gericht diese Vernehmungsmethoden denn auch: „Die vernehmenden Kripobeamten hätten ‚unter Ausnützung aller taktischen Möglichkeiten die Schuldgefühle zu verstärken versucht", bei der Vernehmung sei es „völlig sauber zugegangen", die Ausnützung psychischer Schwäche sei nicht illegal." (BZ, 31.12.77) – ja geradezu notwendig um überhaupt zu Geständnissen zu gelangen. Zur schwachen Beweislage der Staatsanwaltschaft kommt hinzu, daß jedes für die Mordanklage notwendige Motiv fehlt. Um diese Lücke auszufüllen sitzen zwei Psychiater, Prof. Degwitz von der Psychiatrischen Universitätsklinik Freiburg und Prof. Haddenbrok, ehemaliger Leiter des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Emmendingen, und eine Psychologin während des GANZEN Prozesses dem Angeklagten gegenüber und beobachten ihn, um später die Falle zur Psychiatrisierung konstruieren zu können und bei Bedarf die Tür zur Psychiatrischen Anstalt zu öffnen.

Prof. Degwitz nimmt dabei eine besondere Stellung ein. Nachdem er seine Verständnislosigkeit darüber zum Ausdruck gebracht hatte, warum Böse denn in der ersten Nacht in der Untersuchungshaft nicht schlafen konnte, nimmt er zur Gutachterfrage Stellung, ob Böse bei den geschilderten Vernehmungsmethoden in seinem „freien Willen" erheblich eingeschränkt war, und damit der Widerruf des abgepressten Teilgeständnisses seine prozessuale Gültigkeit hat. In einer allem Hohn sprechenden Perversion würdigt er dann die „stimulierende Wirkung des Haftvollzugs". Dazu wörtlich:

„Es ist ja auch eine Leistung, sich soweit zu konzentrieren und diese Fassade dann aufrechtzuerhalten. Dabei würde ich sagen, daß aus eigener Erfahrung sich nicht nur die Müdigkeit und der Hunger, und auch andere negative Faktoren sondern sicher auch das, was dann anregend wirkt, stimulierend wirkt, wenn man davon ausgeht, daß wenn man in eine solche Situation kommt, daß man sich der irgendwie stellen muß und dann auch von den Beamten dann bedrängt wird und denen dann Widerstand entgegensetzen muß."

Demzufolge bestreitet Degwitz im weiteren als einziger psychiatrischer Gutachter, daß in der besagten Nacht die Vernehmungstüchtigkeit des Angeklagten erheblich eingeschränkt war. Zu Böse hat er selbst einmal gesagt: „Ja, ja, wer einmal etwas zugegeben hat, kommt davon nicht mehr los."

Die beiden anderen Gutachter, die sich zur Vernehmungstüchtigkeit des Angeklagten im Hinblick auf dieses Geständnis äußern sollten, sprachen sich für eine möglicherweise erhebliche Beeinträchtigung des freien Willens des Angeklagten zum damaligen Zeitpunkt aus. (BZ, 30.12.77). Doch der Haken liegt im Detail, denn die beiden berücksichtigten in ihrer Begründung nicht die objektiven Vernehmungsmethoden, sondern zeichneten das Bild einer Persönlichkeitsstruktur im Vorfeld der Geisteskrankheit und legten damit den Grundstein für eine spätere Psychiatrisierung. Das Schwurgericht hatte dann auch erhebliche Bedenken, das Teilgeständnis weiter zu verwerten.

Noch nebenbei bemerkt: Der dem ÖTV-Mitglied Böse vorläufig gewährte Rechtsschutz wurde aus dem formalen Anlaß des Verteidigerwechsels Böses von der ÖTV zurückgezogen.



Die neuen Cäsaren rücken mit „Sieg heil" begrüßt gegen das CA vor.

DAS COLLEGIUM ACADEMICUM IST GERÄUMT

HEIDELBERG 8. März *Am Samstag, dem 5. März, hat die Polizei Heidelberg besetzt. 1.500 Polizisten in Begleitung von achtzehn berittenen Kollegen erwarteten eine vom KBW angemeldete und von der Stadt verbotene Demonstration. Die Demonstration fand nicht statt. Allerdings fanden sich überall in der Stadt Diskussionsgruppen zusammen.*

Am Montag morgen um sechs Uhr wurde von Spezialeinheiten und mehreren Hundertschaften das CA geräumt. Während der Räumung war das Heidelberger Altstadtviertel von Polizei umzingelt. Auch am Dienstag war die Polizei noch nicht aus der Innenstadt abgezogen. Man kann die Seminarstraße und die Gegend um das CA nur mit Ausweiskontrolle passieren.

Als Grund für die Räumung wurde von offizieller Seite angegeben, daß Platz für einen Verwaltungstrakt der Universität geschaffen werden müsse.

In der Nachbarschaft des CA (in der Mastallstraße) stand jahrelang ein Riesengebäude der Universität leer und vergammelte, ohne daß eine Notwendigkeit gesehen wurde, den nötigen Verwaltungstrakt dort auszubauen. Der Präsident der Universität begründete jetzt die Räumung des CA mit einer verworrenen Finanzpolitik. Er sagt, daß für die Renovierung des CA als Studentenheim keine Kredite zur Verfügung stehen. Der Ausbau zum Verwaltungsgebäude wird allerdings staatlich bezahlt.

Zum Ablauf der Räumung des CA und der Demonstration zitieren wir ein am Dienstag in Heidelberg herausgegebenes Extra-Blatt:

„Am letzten Wochenende erlebte Heidelberg wieder einmal ein paar „heiße Tage". Die Altstadt wurde in einen Belagerungszustand versetzt, der nur mit den Sommertagen im Jahr 1975 und den dort stattgefundenen Straßenschlachten verglichen werden kann.

So konnte man schon am Samstag über 1.000 gut bewaffnete Polizisten in die Altstadt einrücken sehen, die offensichtlich aus Gründen einer Machtdemonstration sich zu Fuß und zu Pferd zur Schau stellten. Dabei wurde gleich übungshalber eine Straße für den Verkehr gesperrt und anschließend den auf der Straße stehenden Passanten erklärt, sie würden Verkehr behindern und sollten deshalb sofort die Straße verlassen.

Der Höhepunkt der Polizei-Invasion in der Altstadt fand dann am Montagmorgen gegen fünf Uhr statt. Annähernd 2000 Polizisten (Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz) - sie kamen aus Freiburg, Stuttgart und Göppingen - drangen aus verschiedenen Richtungen in die Altstadt ein. Dabei konnte das mitgebrachte Waffenarsenal und der technische Aufwand selbst die heftigsten Kritiker der Polizei überzeugen: Wasserwerfer, Panzerspähwagen, technische Spezialkommandos, Wagen mit Flutlichtmasten usw.. Dem überraschten Beobachter dieses gigantischen Aufmarsches konnte der Gedanke kommen, daß diese bewaffnete Armada einen großen, unsichtbaren Aufstand niederschlagen sollte.

Nicht überrascht über diese Ereignisse waren in Heidelberg allerdings etwa 200 - 300 Personen, die sich seit einer Woche - dem 1. März - im Gebäude des COLLEGIUM ACADEMICUM, Seminarstraße 2, aufhielten. Denn dieses Gebäude und die genannten Leute waren das Ziel dieser generalstabsmäßig geplanten Polizeiaktion.

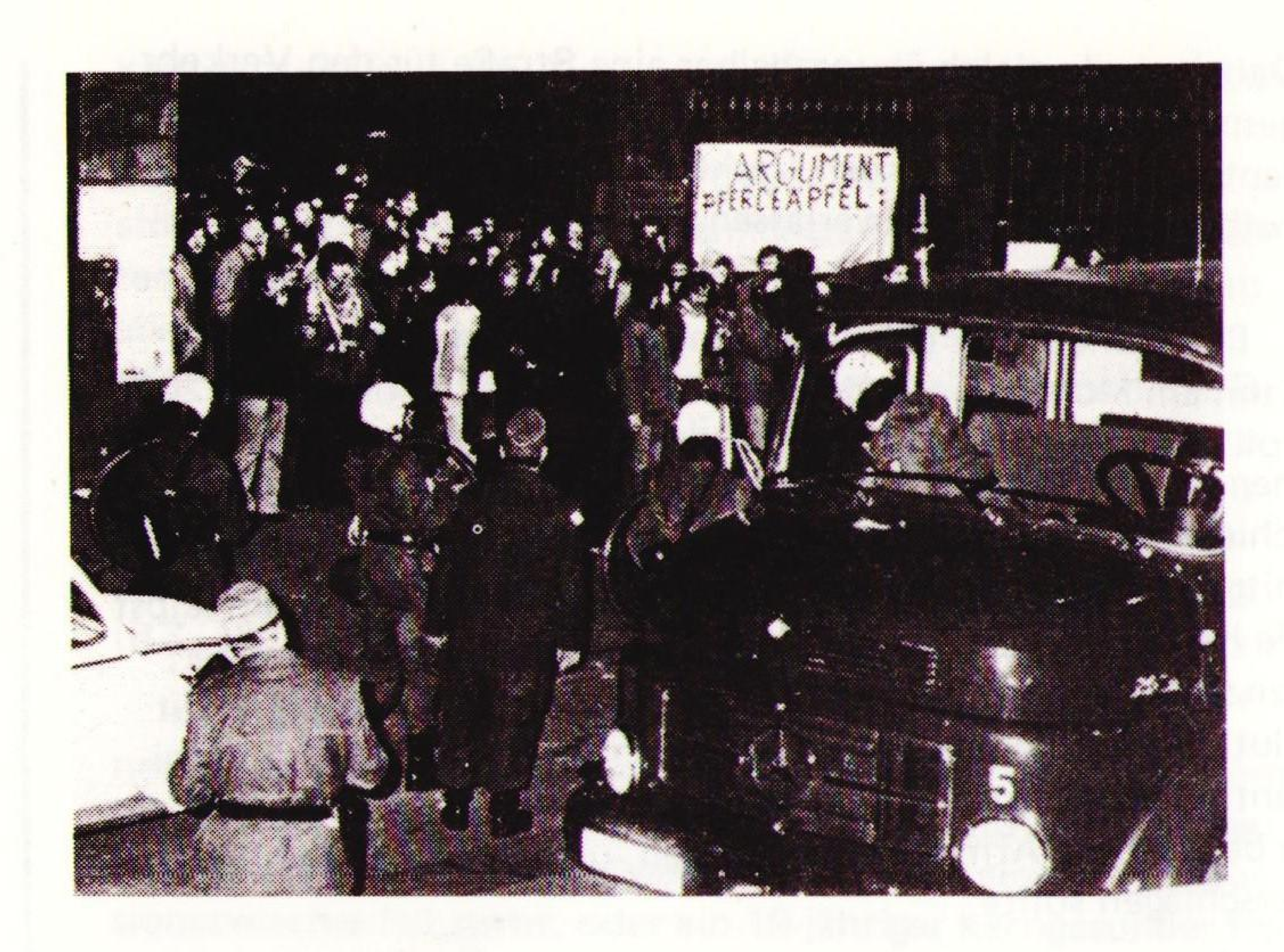
Wie in der Heidelberger Tagespresse schon mehrfach verlautet, war das COLLEGIUM ACADEMICUM (CA) - selbstverwaltetes Studentenwohnheim und politisches und kulturelles Studentenzentrum - zum 28. Februar aufgelöst und den Bewohnern fristlos gekündigt worden. Die Studenten des CA hielten sich zuerst an den Rechtsweg und klagten gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Kündigung. Zweimal wurden die Proteste abgelehnt.

In einer Pressekonferenz ließen die Studenten des CA verlauten, daß sie aus dem CA nicht ausziehen könnten, da anderweitig kein Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt wurde und sie durch die Kündigung obdachlos würden. Die CA-Bewohner stellten mehrfach öffentlich heraus, daß sie keinen gewaltsamen Widerstand gegen die Räumung organisieren würden. Sie wollten und konnten sich die brutale Konfrontationsstrategie des Universitätsrektorats und der Stadt nicht aufzwingen lassen.

Daß trotzdem die Verantwortlichen sich nicht scheuten, ein Haus mit 200 gewaltlos gestimmten Personen von 2.000 bewaffneten Polizisten räumen zu lassen, spricht einmal für den Realitätsblick und zum anderen für die Machtbesessenheit dieser Herren. Denn diese Räumungsaktion wurde zum Anlaß eines großangelegten Bürgerkriegsmanövers genommen.

So war am Montag gegen sechs Uhr morgens das CA von Polizeitruppen total umzingelt. Eine Flutlichtanlage erleuchtete die ganze Umgebung taghell. Die Straßen waren überfüllt von ziviler und uniformierter Polizei. Daß zu diesem ganzen Spektakel nicht auch noch die Bundeswehr mit tieffliegenden Jagdgeschwadern hinzustieß, mutet wie ein Wunder an. Aber Universität, Stadtverwaltung und Polizei hatten offensichtlich auf Krieg gesetzt. Und die ganze Szenerie mutete auch an wie auf einem Kriegsschauplatz.

Dabei waren die im CA anwesenden 200 - 300 Personen auf jeden Fall gewillt, das Gebäude freiwillig zu verlassen. Man wollte den Polizeitruppen nicht die Gelegenheit geben, ihrer durch Vorgesetzte aufgeputschten Meinung „schlagkräftige" Argumente zu liefern. So verlief die Räumungsaktion ziemlich friedlich und schnell und das Spektakel war nach 20 Minuten zu Ende. Etliche graumelierte Herren konnten sich zufrieden die Hände reichen und den Polizisten und Bauarbeitern das Kommando zur endgültigen Zerstörung des CA geben. Die hinausgeworfenen Bewohner samt Freunde formierten sich zu einer kleinen Demonstration Richtung Bismarckplatz, die sich dann langsam gegen sieben Uhr auflöste.



Auf einen Hetzartikel in der RNZ: „Argument Pflastersteine" antworten die Besetzer mit einer Presseerklärung: „Argument Pferdeäpfel"

Mit dem Rausschmiß aus dem CA sind zunächst einmal 100 Studenten obdachlos. Man hatte zwar mit dem Studentenwerk um Wohnungen auf dem Emmertsgrund verhandelt, aber daß die „Neue Heimat" sich geweigert hatte, Studenten als Mieter aufzunehmen, das wurde erst am Montagmorgen, also nach der Räumung bekannt. Diese Wohnungen stehen seit Jahren leer und sollen nach Auskunft der „Neuen Heimat" an zahlungskräftige Mieter vermittelt werden. Die Stadt Heidelberg ist auch nicht bereit, Notquartiere zuzuweisen, da nach ihrer Auffassung Einzelpersonen – etwa im Gegensatz zu Ehepaaren oder Familien – garnicht obdachlos werden können – so ein Sachbearbeiter des Amts für öffentliche Ordnung.

Daß nun 100 Leute auf der Straße stehen, ist aber beileibe kein Zufall, der durch ein unglückliches Zusammentreffen von widrigen Umständen entstanden wäre. Waren zwar in den verschiedenen Auflösungsbeschlüssen der Universität immer wieder die Erstellung eines Sozialplans, ja sogar die Weiterführung des Wohnheims beschlossen worden, so hat jedoch das Rektorat keinerlei konkrete Schritte unternommen, um seiner Fürsorgepflicht nachzukommen. Ja, es wurde sogar sofortiger Vollzug verfügt, wodurch die Studenten sämtlicher Rechte beraubt wurden, die einem Mieter normalerweise zustehen. Die endgültige Entscheidung fiel einen Tag vor dem geplanten Auflösungstermin durch das Verwaltungsgericht.

Als sich die Studenten des CA daraufhin an das Rektorat wandten, wurden sie mit dem zynischen Ratschlag beschieden, sie sollten sich doch an das Studentenwerk wenden, dort würden sie bevorzugt behandelt. Aber auch das Studentenwerk zeigte keine richtige Initiative. Das Scheitern der Verhandlungen mit der ‚Neuen Heimat' bedeutete das Startsignal für die Räumung. Dies bekräftigte auch Rektor Niederländer in einer Presseerklärung, wo von den üblichen‚Sachzwängen' die Rede war. In keinem Wort wurde die politische Gegnerschaft als wirklicher Grund und die sozialen Argumente der Studenten berücksichtigt.

Man sieht: weder dem Rektorat noch der Stadt ging es jemals darum, die aus der CA-Auflösung entstehenden sozialen Probleme gütlich zu lösen. Vielmehr sollte hier einer kleinen Minderheit gezeigt werden, wie sehr sie in der Macht ihrer Herren stehen, sei es nun die Universität oder die Staatsgewalt in Person etlicher Hundertschaften Polizei.

MILITÄRISCHE ESKALATION

Ab 17 Uhr weitete sich das Bürgerkriegsmanöver um das CA auf die gesamte Altstadt aus. Anlaß war eine für diesen Zeitpunkt angemeldete, jedoch nicht genehmigte Demonstration, die sich gegen die Räumung des CA am frühen Morgen wenden sollte. Wiederum wurde gegen eine vergleichsweise geringe Anzahl von Demonstranten (70 - 100) die gesamte Polizeiarmada aufgeboten – wurde jeder Verhältnismäßigkeit der Mittel Hohn gesprochen. 10 - 15 Einheiten der Polizei teilten die Hauptstraße in verschiedene Abschnitte ein – der Universitätsplatz glich einem Polizeikasernenhof.

Ein Teil des Demonstrationszuges wurde in mehrere kleine Gruppen zersplittert, die sich um den Uni-Platz herum mit dem um diese Zeit regen Passantenstrom und Schaulustigen vermengten und das Bild einer nicht-aggressiven Ansammlung boten.

Spezialeinheiten des Mobilen Einsatzkommandos (MEK), die zusammen mit der GSG 9 ausgebildet werden, postierten sich im Kampfanzug mit langen Holzknüppeln von Zeit zu Zeit in bedrohlicher Haltung vor dem Uni-Platz.
Es herrschte eine anspannte Atomosphäre, offensichtlich auch auf Seiten der Polizei, die des langen Wartens und der Langeweile überdrüssig war. Diese entlud sich plötzlich in einem unvermittelten Schlagstockeinsatz. Ohne ersichtlichen Grund, ohne Vorwarnung stürmte die Polizei auf die Umherstehenden ein und trieb sie auseinander. Später praktizierte die Polizei eine neue Variante des Kriegsspiels. Die MEK-Spezialisten riegelten von unter die Hauptstraße Richtung Uni-Platz ab und trieben die Passanten zu einem Haufen zusammen, um dann den Grund zu haben, auf die von beiden Seiten umzingelte Menge wahllos einschlagen zu können. Es gab acht, zum Teil schwerverletzte Personen. Im Eifer des Gefechts und gerade in der richtigen Schlaglust wurden sogar ‚normale' Polizisten von dem MEK nicht verschont.

Bleibt zu fragen, ob diese Erprobung des Bürgerkriegs wikrlich nur auf die Studenten des CA gemünzt war. Wo doch gerade im Bereich Heidelberg/Mannheim die Streiks der Drucker und Metallarbeiter ihre starken Stützpunkte haben. Vielleicht soll den Streikenden durch diese Aktionen auch gezeigt werden, welche Truppen im ‚Not'fall aufgeboten werden können."



BESUCHSVERBOT FÜR EINEN PRÄSIDENTEN DER MENSCHENRECHTSLIGA

STUTTGART 8.März Henri Noguers, Präsident der französischen Menschenrechtsliga sowie des Comite de Vigilance für die Asylrechte und die Rechte der Verteidigung (das ist ein Komitee, das 12 Rechtsanwaltsorganisationen aller Tendenzen repräsentiert), hat vor drei Wochen vom Gerichtspräsidenten Schiebel eine Besuchserlaubnis bei Klaus Croissant erhalten. Der Besuch sollte am 8.März stattfinden und 90 Minuten dauern.

Heute, nach seiner Ankunft in Stuttgart, wurde ihm offiziell erklärt, daß die Staatsanwaltschaft Berufung gegen die Besuchserlaubnis eingereicht hatte, und daß dieser Berufung vom Landgericht zugestimmt wurde. Eine der Begründungen war, daß Noguers Sprachrohr einer deutschfeindlichen ausländischen Öffentlichkeit sei. Befragt, was er davon hält, sagte der Rechtsanwalt Noguers: *„Ich wünschte, ich könnte sagen, daß es mich überrascht. Leider überrascht es mich gar nicht mehr."*

Befragt, was er bei Croissant wolle, sagte Noguers:*„Ich wollte sehen, wie ein aus Frankreich ausgewiesener in Haft gehalten wird."* Noguers und 15 andere Rechtsanwälte werden den Prozeß beobachten.

DIE VERTEIDIGUNG SOLL VERHINDERT WERDEN

Prozeß gegen Irmgard Möller

STAMMHEIM 3. März *Presseerklärung der Verteidiger Jutta Bahr-Jendges (Bremen), Rainer Frommann (Berlin), Alexandra Goy (Berlin), und Hans Heinz Heldmann (Darmstadt) zum Prozeß gegen Irmgard Möller (vom 3. März):*

Am 6. März 1978 wird in Stuttgart-Stammheim eine neue Hauptverhandlung gegen Irmgard Möller beginnen. Sie soll voraussichtlich 6 Monate dauern.

Das Landgericht Hamburg hat am 16. März Irmgard Möller wegen Mitlgiedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu 4 1/2 Jahren Freiheitstrafe verurteilt. Diese Freiheitsstrafe war im Januar 1977 ausgelaufen. Seitdem erleidet Irmgard Möller neue Untersuahungshaft: Dem RAF-Kronzeugen Gerhard Müller ist Neues zu ihr eingefallen worden. Alsdann hat die Staatsanwaltschaft Heidelberg sie angeklagt wegen Mordes mittels Sprengstoffanschlages auf das US-Hauptquartier in Heidelberg und wegen Mordversuchen mittels Sprengstoffanschlägen in Augsburg und Karlsruhe. Hierfür genügt der Staatsanwaltschaft das Vielzweck-Instrument der Bundesanwaltschaft: Gerhard Müller. Im Dezember 1974 hatte die Staatsanwaltschaft Hamburg ihre Ermittlungen gegen Irmgard Möller wegen ebendieses Tatverdachts eingestellt.

Irmgard Möller soll lebenslänglich ins Gefängnis.
Die Frage, ob wir überhaupt die vorverurteilte Irmgard Möller noch mit dem Anspruch, gehört zu werden, verteidigen können, beantwortet sie selbst: sie will verteidigt werden.

Doch soll Verteidigung in diesem Verfahren verhindert werden:

1. Der Gerichtsvorsitzende, Herr Bähr, hatte zunächst auf Anstiftung der Staatsanwaltschaft die Verteidiger Bahr-Jendges und Heldmann ausgeschlossen. Auf die Beschwerdeentscheidung des Oberlandesgerichts Karlsruhe sind nach 2 1/2 Monaten Bahr-Jendges und Heldmann zur Verteidigung wieder zugelassen.
2. Um erneut Irmgard Möllers Verteidigung zu behindern, hat jetzt der Herr Vorsitzende Richter verfügt: Verteidiger haben sich nach dem Ermessen von Durchsuchungsangestellten zu entkleiden, sich durchsuchen zu lassen, nach dem Ermessen der Durchsucher sich auch untersuchen zu lassen (notfalls durch einen von der Justiz herbeigezogenen Arzt), haben ihre Verteidigungsunterlagen offenzulegen und alsdann dieselben (Aktenordner, Leitz-Ordner, Mappen, sonstige Hefter) zum Umordnen in justizeigene Behältnisse freizugeben – andernfalls sie nicht eingelassen werden.

Der Vorsitzende Richter, der dieses Schikane-Programm als sitzungspolizeiliche Maßnahme ausgibt, verkennt wohl nicht, daß die Verteidiger dieses Unmaß von täglicher Entwürdigung nicht hinnehmen können.

Eine Gesetzesgrundlage für solche Eingriffe in die körperliche Integrität und in die freie Berufsausübung gibt es nicht.

So zielt dieser Maßnahmenkatalog auf ungesetzliche Ausschließung der Verteidiger Irmgard Möllers.
Irmgard Möller soll in diesem Verfahren demnach ohne Verteidigung sein.

ERSTER VERHANDLUNGSTAG GEGEN GÜNTER SONNENBERG

STUTTGART 7. MÄRZ *Von Beobachtern des Prozesses ging uns anonym ein Bericht zu, aus dem wir auszugsweise zitieren. Günter Sonnenberg ist wegen versuchten Mordes an zwei Polizeibeamten angeklagt.*

Günter erklärte, daß
– er verhandlungsunfähig und nicht in der Lage ist, dem Prozeß zu folgen. Er ist seit zehn Monaten isoliert.
– die Anklage sich auf die erste Schießerei beschränkt, d. h. der Kopfschuß: Mordversuch an ihm, herausgehalten werden soll.
– das Gericht für ihn nicht zuständig ist. Er ist Kriegsgefangener und muß nach der Genfer Konvention freigelassen werden.
– in Stammheim Kriegsgefangene ermordet wurden, Andreas, Gudrun und Jan und Ingrid in Stadelheim, und daß ihm klar ist, daß der Staat weitermordet. Ein Bulle der Abt. T hat ihm beim Verhör gesagt: „Wenn du nicht mit mir redest, wird dir das leid tun.". Günter rechnet damit, daß er auch als einer der nächsten umgebracht werden kann.
– aus der Tatsache, daß der Prozeß gegen ihn stattfindet, klar wird, daß Fischer in der Tradition von Freissler *(Freissler war Vorsitzender des Volksgerichtshofes während des dritten Reiches und für politische Prozesse zuständig.)* steht.

An dieser Stelle unterbrach ihn Richter Fischer. Er würde Günter zugutehalten, daß er gar nicht weiß, wer Freißler war. Bisher hätte Günter sachlich argumentiert, wenn er jetzt aber Wertungen bringe, müsse ihm das Wort entzogen werden. Günter erwiderte, daß er eh fertig sei und nichts weiter zu sagen habe und jetzt ausgeschlossen werden will.

In diesem Moment sind wir aufgesprungen, drei haben Transparente mit der Aufschrift „Freilassung von Günter nach Genfer Konvention" hochgehalten. Von etwa 30 Leuten wurden die Parolen „Solidarität mit der RAF", „Freilassung von Günter nach Genfer Konvention" und „Gegen Geiselstatus und Mord - Zusammenlegung sofort" gerufen. Die Bullen waren ziemlich überrascht. Sie hatten damit nicht gerechnet, weil

es in Stammheim auf den Zuschauerplätzen bisher immer ruhig war. Es dauerte eine Weile, bis dann geräumt wurde.

Im Anschluß wurde Günter ausgeschlossen, weil er zu Fischer sagte: „Halt die Schnauze, Folterknecht, weißt doch genau, daß du das Urteil schon in der Tasche hast."

Von der Verteidigung Günter Sonnenbergs liegt eine Presseerklärung vor, aus der wir auszugsweise zitieren.

Ich habe ausdrücklich den Antrag gestellt, Günter Sonnenberg am 3. 3. 1978 in seinem jetzigen Zustand auf seine Verhandlungsfähigkeit durch einen Facharzt für Neurologie untersuchen zu lassen. Das Gericht hat diesen Antrag abgelehnt und bezog sich dabei auf die Gutachten, deren Grundlage Untersuchungen sind, die bereits zwei, zum Teil sogar vier Monate zurückliegen. Keine Untersuchung fand unter den Bedingungen eines laufenden Prozesses und der damit verbundenen Spannung statt. Das Gericht folgerte aus seinem persönlichen Eindruck die Tatsache der teilweisen Verhandlungsfähigkeit.

Die Durchführung der beantragten Computer-Tomographie lehnt das Gericht unter Hinweis auf telefonische Auskünfte von Fachärzten ab, die der Auffassung waren, die Computer-Tomographie werde bei Günter Sonnenberg nur zu zweifelhaften Ergebnissen führen. Nähere Angaben, warum die Ergebnisse zweifelhaft sein sollten, enthalten die in der Akte vermerkten Telefonate nicht.

Kontrolle der Verteidigung: Die Verteidigung unterliegt unzumutbaren Kontrollen, die, wie folgt, gehandhabt werden: Der Verteidiger muß sich nach Betreten des Gerichtsgebäudes in einen besonderen Raum begeben, in dem er seinen gesamten Tascheninhalt ausleeren muß und alle Aktenstücke zur Kontrolle freigeben muß. Zunächst werden alle persönlichen Gegenstände durchsucht, d. h. Portemonnaie und Brieftasche werden genauestens durchsucht, die Streichholzschachtel wird geöffnet, die Zigarettenpackung genau durchgesehen. Sodann wird der Verteidiger durch einen Kontrollbeamten sorgfältigst abgetastet und dann des weiteren mit einem Metallsondegerät überprüft. Ferner wird der Verteidiger gezwungen, seine Akten umzuordnen:

Ihm wird vom Gericht eine völlig unpraktikable Plastikmappe ausgehändigt, in der er seine Unterlagen einordnen muß. Die Kontrollbeamten durchblättern die auf dem Kopf liegenden Akten. Bei zwei mitgebrachten Leitz-Ordnern dauert dieses Verfahren etwa 10 bis 15 Minuten.

Bei Rücksprachen mit dem Mandanten in der nahegelegenden Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim wird der Verteidiger sogar gezwungen, seine Hose zu öffnen, wenn die Metallsonde auf den Metallreißverschluß anspricht.

Die Verteidigung von Günter Sonnenberg ist der Auffassung, daß unter derart unwürdigen Bedingungen, die in der Bundesrepublik und Westberlin einzigartig sind, kein Verteidiger verteidigen kann. Sie hat daher beantragt, die Vertreter der Bundesanwaltschaft und des Oberlandesgerichts Stuttgart den selben Kontrollen zu unterwerfen; über den Antrag ist bis dato noch nicht entschieden worden.

Kontakt: Rechtsanwälte Faensen, Häusler, Heinisch; Magdeburger Platz 8, 1000 Berlin 30, Tel. 030/ 262 20 24

BERLINER GEFANGENER SCHLUCKTE EINE RASIERKLINGE

BERLIN 9.März

Der Gefangene Gert Brall, der wegen der Besetzung des Tegeler Gefängnisdaches vor Gericht steht (ID 219), hat am Montag, den 6.3.78, eine zerbrochene Rasierklinge geschluckt, weil ihm trotz mehrerer Zusagen die Teilnahme an einer therapeutischen Gruppe verweigert wurde.
Nachdem zwei Hausleiter ihm die Möglichkeit der Teilnahme mündlich zugesichert hatten, fehlte noch der formale schriftliche Antrag. Dieser wurde von einem Vollzugsbeamten verschlampt. Als Gert sich darüber aufregte, wurde die Teilnehmerzusage wieder rückgängig gemacht. Daraufhin drohte Gert, den schlampigen Beamten aufzumischen, der sich dann aber nicht mehr blicken ließ. (Stattdessen 15 andere). Aus Enttäuschung und Verbitterung über diese Behandlung, auch weil er keinen anderen Weg mehr wußte, schluckte er die Rasierklinge, die sich heute, 9.3., noch in seinem Körper befindet. Der Knast hat Gert dahin gebracht, daß ihm sein Leben unter diesen Bedingungen nichts mehr wert ist.

Knastgruppe Wedding, Bellermannstr. 1, 1 Berlin 65

NOTWENDIGE MEDIZINISCHE VERSORGUNG VERSCHLEPPT

WESTBERLIN 8. März

Eberhard Dreher befindet sich seit zwei Jahren wegen des Verdachts der Unterstützung der Bewegung 2. Juni in Untersuchungshaft, seit einem halben Jahr läuft die Verhandlung.

Seit dem 20.1.1978 hat er stechende und sich ständig verstärkende Schmerzen im Unterbauch. Am 6.3.1978 erklärte er in der Hauptverhandlung, daß seine Schmerzen im Unterleib immer stärker geworden sind. Am Dienstag, den 14. Februar 1978 wurde er erstmalig untersucht: Der Arzt tastete den Bauch ab, stellte nichts fest. Am selben Tag bemerkte Eberhard Dreher zum ersten Mal eine Darmblutung.

In der Hauptverhandlung am 23. Februar erklärte Dr. Zeller, ärztlicher Direktor des Städtischen Krankenhauses Spandau-Süd, daß die Ursachen der Blutungen sofort durch einen Facharzt, nämlich einem Chirurgen oder einem Proktologen (Facharzt für Darmerkrankungen) geklärt werden müsse. Die von Eberhard Dreher beschriebenen Symptome können u.a. auf Hämorrhoiden oder auf Darmkrebs hindeuten. Eine frühzeitige Diagnose ist anerkanntermaßen notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung.

Entgegen dem dringenden Anraten von Ärzten, Eberhard Dreher sofort gründlich zu untersuchen, führten die verantwortlichen Ärzte in der Untersuchungshaftanstalt Moabit bis heute nur zwei Untersuchen durch, die von Eberhard Dreher am 6.3. in der Hauptverhandlung als „Bauchabtasten und Blutdruckmessen" qualifiziert worden waren. Eine Blutuntersuchung wurde gerade in der Zeit vorgenommen, als die Blutungen nicht aufgetreten waren.

Zwei medizinische Gutachten, die eine sofortige Behandlung Eberhard Drehers belegen, sind dem vorsitzenden Richter Kubsch der 2. Strafkammer zugeleitet worden, nach dessen Aussagen haben sie ihn nicht erreicht.

Sofortige Untersuchung durch einen externen Facharzt !, ist die Forderung einer Unterschriftenliste, die von Zuschauern der Verhandlung am 6. März initiiert wurde.

Briefe an: **Eberhard Dreher, Alt Moabit 12a, 1 Berlin 21.**

Richter Kubsch, Staatsanwalt Kienbaum, Turmstr. 91, 1 Berlin 21

CROISSANT-PROZESS: DIE MENSCHENWÜRDE DES STAATSANWALTS

STUTTGART 9.März *Tagtraum eines linken Anwalts: Donnerstag, der 9.3.78, war für viele Anwälte in der BRD ein besonderer Tag. Ihr Büro blieb leer, weil sie nach Stuttgart reisten zum Prozeß gegen ihren Kollegen Croissant. An der Spitze der deutschen Anwälte protestierten lautstark und entrüstet die Stammheimer Verteidiger Schily, Heldmann, Groenewold und von Plottnitz.*
Die Wahrheit war natürlich ganz anders. Zur Prozeßeröffnung war ein einziger deutscher Anwalt erschienen, aber 40 ausländische Anwälte. Es ist traurig aber wahr.

EIN BERICHT VOM ERSTEN PROZESSTAG:
Der vorsitzende Richter, Helmut Schiebel, macht einen völlig anderen Eindruck als damals Prinzing im Stammheimer RAF-Prozeß; er ist weitaus gelassener. Zum ersten Mal in der deutschen Prozeßgeschichte wurde beantragt: wenn die Verteidiger untersucht werden, müssen auch Staatsanwälte und Richter untersucht werden! Und diese Chancengleichheit heißt auch Hosenschlitz-Gleichheit.
Als einziger Verteidiger Croissants war Eberhard Kempf aus Frankfurt gekommen, um zu erklären, daß sich die Anwälte den Hosenschlitzerlaß nicht gefallen lassen; die anderen Anwälte weigerten sich, unter diesen Bedingungen zu kommen. Der Richter forderte daraufhin den Vorstand der Stuttgarter Rechtsanwaltskammer auf zu klären, ob der Hosenschlitzerlaß „standeswürdig" ist.

Die Begründung fürs Hosenrunterlassen ist nach wie vor, daß ein Anwalt in Akten und Unterhose drei Pistolen und Sprengstoff in den Knast geschmuggelt haben soll. Dazu Kempf: "Wir wissen, was wir in unseren Unterhosen haben." Allgemeines Gelächter.
Der Staatsanwalt, Udo Heissler, war außer sich vor Aufregung. Ausgerechnet er versuchte das Gericht zu belehren, daß das Einstimmen in den Hosenschlitzerlaß (jetzt, wo er nicht mehr nur für die Verteidiger galt) "unter der Würde eines deutschen Gerichts " sei. Aber der Vorsitzende ließ ihn abblitzen.
Lutz Eisel aus Bochum, der einzige deutsche Anwalt unter den Zuschauern, wollte in seiner Robe der Verhandlung folgen. Sie wurde ihm ausgezogen, ebenso wie vielen der 40 ausländischen Anwälte (darunter der französische Anwalt de Felice und drei italienische Richter), die ebenfalls dagegen protestierten. Das Robenverbot wurde damit begründet, daß Anwälte nur dann ihre Berufskleidung tragen dürften, wenn sie in Ausübung ihres Berufs auftreten. Wie fadenscheinig diese Begründung ist, davon kann man sich in jedem deutschen Gerichtsgebäude täglich überzeugen.
Nächster Prozeßtag ist der 14. März.

Croissant wird von den Anwält(inn)en Baier, Kempf und Tiltner verteidigt. Anwaltsbüro Tiltner: Alexanderstr. 104, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 23 47 95

PROZESS GEGEN FORTSCHRITTLICHE SOLDATEN

REGENSBURG 8. März SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG !!
Am 29. März stehen in Regensburg fünf Teilnehmer der Demonstration des DGB am 1. Mai 1977 vor Gericht: die zu diesem Zeitpunkt Wehrpflichtigen Hartmut Killer und Hans Plank, sowie die drei Gewerkschaftskollegen Christa Eggerdinger, Guggi Eggerdinger und Johann Rötzer. Die Vorwürfe der Staatsanwalt-



STABHOCHSPRUNG

schaft reichen von Beleidigung, vorsätzlicher schwerer Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, versuchter Gefangenenbefreiung bis hin zu Gehorsamsverweigerung durch die Soldaten. Eine Verurteilung in den Anklagepunkten wurde für mindestens drei der fünf Angeklagten eine Freiheitsstrafe bedeuten.

Als sich die 1.Mai-Kundgebung des DGB auflöste, forderten zwei Männer, Feldjäger in Zivil, die Wehrpflichtigen, die in Uniform an der Kundgebung teilgenommen hatten, auf, sich auszuweisen. Als diese verlangten, daß Feldjäger in Uniform geholt würden, schalteten die Feldjäger in Zivil sogleich die schon bereitstehenden Beamten des ersten Polizeireviers ein. Obwohl die Soldaten nach Aussage vieler Augenzeugen keinerlei Gegenwehr leisteten, wurden sie unter Anwendung von Fausthieben im Polizeigriff abgeführt. Viele der Kundgebungsteilnehmer, die noch am Platz waren, empörten sich über den Einsatz der Feldjäger und der Polizei. Sie versuchten die Soldaten zu schützen, indem sie die Polizisten aufforderten, ihr unrechtmäßiges Handeln einzustellen und die Dienstnummer verlangten. Die Polizisten drägten diese Personen unter Anwendung teilweise brutaler Gewalt ab.

Wir solidarisieren uns mit den Soldaten, die in Uniform ihre Zugehörigkeit zu den Arbeitern demonstrierten, und fordern: Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung bei der Bundeswehr!

Wir sehen im Einsatz von Feldjägern und Polizei gegen die Kollegen einen Angriff auf die Versammlungsfreiheit. Wir sehen im Vorgehen der Polizei, ausgerechnet gegen die Teilnehmer an einer Kundgebung des DGB am 1. Mai die Absicht der Einschüchterung der Arbeiter, mit der erreicht wird, sie von Veranstaltungen der Gewerkschaft fernzuhalten und sie daran zu hindern, ihre berechtigten Interessen aktiv zu vertreten.

Durch die Anklage von fünf Kollegen(innen) wird jetzt der Versuch unternommen, die Gewaltanwendung der Polizei, die auf breite Kritik gestoßen ist, im Nachhinein als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Wir protestieren gegen die Überwachung von Gewerkschaftsveranstaltungen durch Feldjäger und Polizei. Wir verurteilen den Einsatz der Polizei am 1. Mai 1977 in Regensburg! Wir fordern : FREISPRUCH FÜR DIE FÜNF ANGEKLAGTEN!

Kolleginnen und Kollegen, Freunde, unterstützt bitte diese Solidaritätserklärung. Tragt sie in Versammlungen und Veranstaltungen und meldet jeden Erfolg an u.a. Anschrift. Selbstverständlich freuen wir uns auch über jede andere Art der Solidarität. Spenden bitte an: **Bank für Gemeinwirtschaft, Regensburg, Konto-Nr. 2 003312 600, Johann Rötzer, Kennwort „1. Mai 1977". Kontaktadresse: Johann Rötzer, Badstr. 2, 8400 Regensburg.**

ÜBER DAS UNTERIRDISCHE ATOMMÜLLHAUS

BRAUNSCHWEIG *Von der Arbeitsgruppe "Asse":*
3. März

Die Endlagerung radiokativer Abfallstoffe ist auch heute immer noch ein ungelöstes Problem. Doch schon seit 1967 existiert in der Nähe von Wolfenbüttel im Großraum Braunschweig die sogenanr „ "Versuchsendlagerstätte" für Atommüll, Asse II.

Bisher wurden mehr als 90.000 Fässer schwachaktiver und 1.400 Fässer mittelaktiver Müll in den 120 Kammern dieses ehemaligen Salzbergwerks in mehreren hundert Metern Tiefe beerdigt.

Geplant ist:
– die Einlagerung von 100.000 hochradioaktiven Brennelementkugeln aus dem Forschungsreaktor Jülich (vorläufig aufgrund eines Widerspruchsverfahrens gestoppt).
– Direkter Gleisanschluß an das Netz der Deutschen Bundesbahn. Die Bauarbeiten stehen kurz vor dem Abschluß.
– 1978 Betriebsbeginn einer künstlichen 10.000 Kubikmeter-Kaverne für mittelradioaktive Abfälle, als Vorläufer einer eventuell zehnmal so großen Kammer.
– Anfang der achtziger Jahre Einlagerung hochradiokativer Glasblöcke. Ausbauarbeiten und Vorversuche haben begonner

Die Arbeitsgruppe "Asse" im Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie hat einen 40-minütigen Diavortrag erarbeitet, der als Kernstück eine kritische Überprüfung des offiziellen Berichtes zur Standsicherheit des unterirdischen Atommüllhauses enthält.
Dabei stellten wir folgendes fest:
Möglich ist
– die radioaktive Verseuchung der Umwelt durch Grubenabluft.
– ein sogenannter "Gebirgsmechanischer Störfall".
– ein Zusammenbruch des gesamten Grubengebäudes.
– radioaktive Verseuchung des Grundwassers.
– ein radioaktiv strahlender oberirdischer See, um nur einige der Gefahren zu nennen.

Wir haben den Vortrag mono auf Kasette aufgenommen und verschicken sie, versehen mit 50 Dias und einem Manuskript des Textes, per Post an alle interessierten Umweltschutzgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Um unsere Kosten zu decken, erheben wir eine Leihgebühr von 10 DM, inclusive Portogebühren und erwarten vertrauensvoll die Rücksendung des Bild- und Tonmaterials. In die nicht zu weit entfernten Städte im nordeutschen Raum kommen wir auch gern mit zwei oder drei Mitarbeitern, um den Vortrag selbst vor interessiertem Publikum zu halten.
Ein geologisches Modell des Assenhöhenzuges und einige Stellwände bringen wir mit. Wir bitten allerdings darum, mindestens drei Wochen vor eurem Veranstaltungstermin Kontakt mit uns aufzunehmen, damit wir euch Plakate und Flugblätter zum Vortrag zuschicken können.

Kontaktadresse:
Hubert Mania, Bahnhofstr. 3, 3301 Lucklum, Tel. 05305/1700

UNFALL IM ATOMKRAFTWERK OHU

NÜRNBERG *Die Nürnberger Anti-AKW-Initiative informiert mit einem Flugblatt über den jüngsten*
7. März *Unfall im Atomkraftwerk Ohu:*

Seit Anfang des Jahres 78 ereigneten sich wieder zahlreiche schwere Unfälle in Atomkraftwerken. So z.B. in Connecticut und Denver (USA) und in Tihange (Belgien). Dazu kommt jetzt ein Unfall gleich in unserer Nähe.

Im AKW Ohu bei Landshut ereignete sich am Aschermittwoch (8.2.78) ein Unfall. Die ungenügenden und widersprüchlichen Meldungen die bis jetzt veröffentlicht wurden, ergeben folgendes Bild: Durch den Bruch einer Meßleitung, die zum Primärkreislauf und zu der entsprechenden Speisepumpe führte, trat radioaktiver Dampf aus.

Das bayerische Umweltministerium, das von den Betreibern sofort benachrichtigt wurde (SZ 14.2.78), verschwieg den Unfall 5 Tage lang. Erst am Montag wurde zum ersten Mal die Öffentlichkeit unterrichtet. Dabei wurde der Vorfall als eine harmlose Panne dargestellt. Als Grund dafür, daß die Öffentlichkeit nicht unterrichtet wurde, wurde angegeben, daß man die Bevölkerung nicht unnötig beunruhigen wollte, bevor man keine genaueren Angaben habe – dies ist ein zynischer Ausdruck dessen, was einer Nachrichtensperre gleichkommt: Aber selbst nachdem das Schweigen 5 Tage andauerte, konnten nicht alle Ungereimtheiten und Widersprüche beseitigt werden. Was ab 13.2.78 an Informationspolitik von seiten des Umweltministeriums und der Betreiber des AKWs geleistet wurde, kann nur als gezielte Verschleierung der tatsächlichen Vorkommnisse gewertet werden:

DIE LÜGEN DES UMWELTMINISTERIUMS

Am 13.2.78 verlautete, daß durch den Bruch einer provisorischen Meßleitung nur wenige Kubikmeter radioaktiv verseuchten Dampfes ausgetreten seien, die sich allerdings nur im Innern des Reaktorgebäudes niedergeschlagen haben sollen. Die Umwelt sei zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen (SZ 14.2.78). Am gleichen Tag teilte das Umweltministerium ebenfalls mit, daß das Reaktorinnere menschenleer gewesen sei zum Zeitpunkt des Unfalles (NZ 15.2.78). Am darauffolgenden Tag konnte man in den Zeitungen lesen, daß sich entgegen der ersten Meldungen nun doch Menschen im Reaktorgebäude aufgehalten haben, die sich, als sie das Zischen des gefährlichen Dampfes und den dadurch ausgelösten Alarm hörten, aus dem Reaktorinneren entfernten. Die Zahl der gefährdeten Personen wurde erst mit 13, dann mit 19 angegeben. Was der Aufenthalt im Reaktorinneren an weiteren Auswirkungen für die betroffenen Personen hatte, ist bis heute noch ungeklärt.

Bei einer Pressekonferenz am 15.2.78 kam durch eine ungeschickte Bemerkung des Präsidenten des Landesamtes für Umweltschutz (?) Josef Vogel, die zweite bedeutende Lüge seitens des Umweltministeriums zutage. Entgegen den ersten Verlautbarungen ist nun doch ein Teil des radioaktiven Dampfes durch den Abluftkamin ins Freie gelangt (SZ 16.2.).

Über die Mengen der an die Umwelt abgegebenen Radioaktivität konnten keine genauen Angaben gemacht werden, da angeblich erst wesentlich später Messungen erfolgten (auch hier sind die Angaben widersprüchlich: einmal hieß es, 16 Stunden nach dem Unfall wäre gemessen worden, und ein andermal wurde behauptet, daß nach einer 2 Tage später erfolgten Messung keine wesentlichen Spuren mehr festgestellt werden konnten.) Auf jeden Fall hätten die verspätet durchgeführten Kontrollen ergeben, daß angeblich der sogenannte "zulässige Wert" nicht überschritten worden sei.

Inzwischen ist kaum noch zu verbergen, daß es sich bei den Vorkommnissen in Ohu um einen schwerwiegenden Unfall handelt, der nur aufgrund einiger Zufälle nicht zu einer Katastrophe führte. So befindet sich das AKW in Ohu derzeit noch im Probelauf mit halber Leistung, wodurch die aus dem Primärkreislauf ausgetretene Radioaktivität noch relativ gering ist.

Die Taktik nach den bekannt gewordenen Widersprüchen und Lügen ist nun folgende: Die Verantwortlichen versuchen sich gegenseitig den "schwarzen Peter" zuzuschieben: Äußerst ungehalten zeigte sich Umweltminister Alfred Dick (CSU) über die zögernde und mangelhafte Unterrichtung durch die Kernkraftwerksbetreiber (SZ 16.2.78). Obwohl er telefonisch angeb-

lich sofort benachrichtigt wurde, wie es noch zwei Tage vorher hieß (SZ 14.2.).

Diese ganzen Lügen, Vertuschungskampagnen und Widersprüche geben einen Hinweis darauf, wie weit man den offiziellen Verlautbarungen trauen kann: nämlich überhaupt nicht!

Mit bemerkenswerter Offenheit erklärte Dick, warum die wirklichen Ausmaße des Unfalls vertuscht werden: "Er begründete dies mit dem Hinweis, daß die amerikanische Atomenergiebehörde alle Pressemeldungen über derlei Vorfälle sammle, was Auswirkungen auf den Wettbewerb im internationalen Atomkraftwerksgeschäft habe (SZ 16.2.). Angst ums Geschäft der Bayernwerk AG (50% in Staatsbesitz) müßte er also haben, wenn er genauer über die Vorfälle in Ohu berichten würde. Da kann man schon verstehen, daß er bei dieser oder jener kleineren radioaktiven Verseuchung mal ein Auge zudrückt!

Kontaktadresse:
Klaus Mayer, Keßlerplatz 15, 85 Nürnberg



AUFRUF ZUM MASSENHUNGERSTREIK AN OSTERN

KAISERAUGST/SCHWEIZ
8. März

Anfang Februar unterbreitete die Gewaltfreie Aktion gegen das A-Werk Kaiseraugst (GAGAK) der schweizerischen A-Werk-Gegnerbewegung den Vorschlag eines Massenhungerstreiks an Ostern. Dies im Anschluß an eine lange Diskussion, wie man breite Kreise der Bevölkerung im Jahre 1978 für direkte Aktionen gegen den Bau von A-Werken gewinnen kann. Am 18. Februar gründete sich in Olten ein Komitee „Massenhungerstreik gegen a-Werke", in dem A-Werk-Gegner aus der ganzen Schweiz zusammenarbeiten und die Aktion vorbereiten. Die Erfahrungen des Hungerstreiks in Roggenhouse (gegen AKW Fessenheim) sowie des letztjährigen Hungerstreiks gegen das AKW Gösgen zeigen, daß mit diesem Mittel die Entschlossenheit unserer Bewegung eindrücklich gezeigt werden kann.

Kontaktadresse:
Komitee "Massenhungerstreik gegen A-Werke", Postfach 66
4123 Allschwil 1, PC 40 578

Wie ist die Lage? Entscheidet dank unseres langen Kampfes die betroffene Bevölkerung, der Arbeiter, der Angestellte über die Bewilligung von Atomanlagen, die Lösung des Atommüllproblems, die Inbetriebnahme, die Katastrophenpläne?
Nein. Bundesrat und Energiekonzerne entscheiden. Und so sieht das Resultat dieser Farce einer Demokratie aus:
Das AKW Gösgen steht vor der Inbetriebnahme. Der Bau in Leibstadt wird vorangetrieben.
In Lucens ist ein grosses Zwischenlagerbecken für hochradioaktiven Abfall geplant. Auf die AKWs Kaiseraugst, Graben, Inwil, Verbois, Rüthi ist nicht verzichtet worden. Der Bundesrat will sie mit der Teilrevision des Atomgesetzes, einer Scheindemokratisierung des Bewilligungsverfahrens, und einem Volksnein zur Atominitiative legitimieren.

1978 — Das Jahr weiterer vollendeter Tatsachen, das Jahr wichtiger Entscheidungen für die Durchsetzung des AKW-Bauprogramms!
Wird 1978 auch das Jahr der Resignation der Anti-AKW-Bewegung?

Akzeptieren wir die Macht des Stärkeren — stärker durch Kapital, Polizei, Kontrolle der Massenmedien?
Nein. Die Wahrheit über die Gefahren der Atomenergie kann auf die Dauer nicht unter den Tisch gewischt werden. Die Gegnerschaft nimmt täglich zu. Aber nicht von alleine! Nicht indem wir zu Hause bleiben, verstärken wir den politischen und moralischen Druck. Nicht indem wir auf die «Vernunft» der Behörden, des Staates hoffen: eine «Vernunft», die nur Ohren hat für die Profitinteressen der Energiekonzerne und keine für den immer mehr geforderten Bau- und Bewilligungsstopp.
Neben der täglichen Aufklärungsarbeit sind es vor allem die grossen Mobilisierungen gewesen (Kaiseraugst, Gösgen), welche neue Teile der Bevölkerung und erstmals auch der Arbeiterschaft für unsere Sache gewonnen haben.

Verkriechen wir uns also nicht, bleiben wir aktiv, setzen wir den Widerstand fort!

Im Jahre 1978 soll es zur Abstimmung über die eidgenössische Atominitiative kommen: ein wichtiges Datum! Alle unsere Aktionen sollen zu einem massiven Ja beitragen, auch der Hungerstreik an Ostern. Aber wir wissen, dass wir nicht alles auf die Karte Initiative und die Abstimmung setzen dürfen. Die Entscheidungen laufen. Wir müssen den Kampf für den sofortigen Bau- und Bewilligungsstopp HEUTE fortsetzen und uns darauf vorbereiten, ihn auch nach dem Abstimmungstag weiterführen zu können. Denn wir werden das AKW-Bauprogramm niemals akzeptieren!

Auf dieses dramatische Jahr 1978 bildet der Massenhungerstreik eine mögliche eindrückliche Antwort. Er soll zu weiteren Widerstandsaktionen anregen.

Wir rufen alle auf, sich ab Karfreitag, 10 Uhr, in Aarau am Hungerstreik zu beteiligen. Wenn Ihr nicht kommen könnt, nehmt die Aktion in Eurer Stadt, Eurem Dorf, auf Plätzen, in Kirchen auf! Tragt Euch in die Bereitschaftslisten ein! Ein Massenhungerstreik wird nicht Verzweiflung, sondern Stärke demonstrieren!
Wer sich in die Bereitschaftslisten einträgt, verpflichtet sich, den Hungerstreik einzuhalten. Die Schweizer Bevölkerung muss wissen, dass wir es mit unserem Widerstand, unserer Entschlossenheit ernst meinen.

Mit dem Hungerstreik verleihen wir folgenden Forderungen Nachdruck:

1. Totale Öffentlichkeit aller Informationen und Beschlüsse zur Atomenergie! Keine geheimen Sitzungen der Parlamentskommissionen! Keine geheimen Probeläufe und Katastrophenpläne! Schluss mit den vollendeten Tatsachen!
2. Vierjähriger Bau- und Bewilligungsstopp für alle Atomanlagen! Sofortiger Bau- und Bewilligungsstopp für die AKWs Gösgen und Leibstadt!
3. Keine Atommülldeponien, solange Atommüll produziert wird! Kein nationales Zwischenlager für Brennelemente in Lucens (mit dem das Nichtfunktionieren der Wiederaufbereitung überbrückt und verdeckt werden soll)!
4. Nein zu jeder Repression gegen AKW-Gegner! Nein zur nationalen Repressionspolizei (die sogenannte Sicherheitspolizei)!

DIE NIEDERLANDE SIND NOCH EINE REISE WERT

ALMELO 9.März *Am Samstag, den 4.März fand in Almelo (Holland) eine internationale Demonstration gegen die Erweiterung der Urananreicherungsanlage statt. Diese Anlage bildet eine Voraussetzung für das europäische Kernenergieprogramm, und das Brasiliengeschäft der deutschen Atomlobby. Dazu folgender Bericht zweier Frankfurter:*

„An der Grenze freundliche Niederländer, die das ‚Gepäck' trotzdem gründlich kontrollierten.
Nach der Grenze war die Luft sofort besser. Die Straßen in gutem Zustand (2-spurig reicht auch), natürlich Radwege. Oft waren Radfahrergruppen unterwegs. 2-stöckige Spitzdachhäuser aus rotem Ziegel in Reihe oder einzeln mit schönen Vorgärten waren ein wahrer Kontrast zu „Drüben".
Auf der Strecke auch in den größeren Städten nur vereinzelt höhere Häuser.

Diesmal kam es bei der Anreise nicht zu Verspätungen durch Polizeikontrollen und Absperrungen. Die geringe Zahl von Polizisten, die ich zu Gesicht bekam, beschränkten ihre Tätigkeit auf die Regelung des Verkehrs. Dieser Mangel an Absperrungen, Durchsuchungen, Maschinenpistolen und Hubschrauberüberfällen, war verantwortlich für eine ‚stressfreie' Demonstration, die in einem starken Kontrast zu dem





stand, was man so in Deutschland gewohnt ist. Die Gemeende Almelo ließ Zettel verteilen mit der Demonstrationsstrecke und anderen brauchbaren Hinweisen. Die Riesenmenge Busse wurde von der Polizei mit Nummern versehen und zum Ende der Demonstrationsstrecke geschickt, wo sich nachher ein ganzer Buswald wiederfand.
Aus den Hinweiszetteln zwei Beispiele:

6. Verlieren Sie sich unterwegs aus den Augen, gehen Sie dann ruhig weiter, Sie finden sich bei Ihrem Bus wieder.
9. Almelo ist auch an einem normalen Samstagnachmittag sehr gemütlich. Markt - Geschäfte - Gaststätten. Kommen Sie noch mal wieder, wenn es keine Demonstration gibt!

Die Leute hatten nichts anderes erwartet und sich phantasievoll verkleidet. Überhaupt ähnelte diese Kundgebung vielmehr einem Anti-AKW-Jahrmarkt oder einem open-air-Festival.

Zu diesem Bild trugen die vielen Buden auf dem Marktplatz von Almelo noch bei, wo die verschiedenen Gruppen sich sich breit machen konnten um Infos, Bücher, Suppen, Früchtebrot, -kuchen etc. anzubieten, genauso wie die Musikanten, die an jeder Ecke spielten. Das offizielle Kundgebungsprogramm begann um 11 Uhr und bot neben den Reden auch ein Frauenkabarett, holländische und deutsche Musikgruppen, wie die Fiestel, die Druckknöpfe oder die Bots, die mit fetzigem Rock ne prima Stimmung aufkommen ließen. Mit ein bissel Verspätung, wir hatten uns schon die Beine in den Bauch gestanden, ging dann endlich die Demo loß und dann gleich an einer Fabrik vorbei, aus deren Fenster ein Haufen türkischer Arbeiter mit ihren Fahnen schauten und uns mit erhobener Faust grüßten. Auch jetzt noch während des Marsches wurde Musik gemacht, unter anderem von Bläsern des Beeldener Konservatoriums. Einwohner des Städtchens säumten die Straße, oder standen an den Fenstern und schauten neugierig. Gerufen wurde immer wieder: Hopp-Hopp-Hopp UC (Ultrazentrifuge) Stop! oder UC — Nee! Aber auch so alte Sprüche wie: „Hoch die Internationale Solidarität!", von denen die es nicht lassen konnten.



Die Strecke war 7 Kilometer lang und führte an der Anlage vorbei. Am Ende war ebenfalls eine überdachte Tribüne für die Abschlußkundgebung. Auf den letzten 1 – 2 Kilometern, waren an jeder Laterne Lautsprecher von Radio Twente montiert, die die Kundgebung übertrugen. Gekommen waren ungefähr 40000 Menschen aus Holland, Deutschland, Belgien und Dänemark. Im Übrigen hatten alle Geschäfte auf und glaubten sich vor Plünderungen sicher, was bestimmt daran liegt, daß nicht vorher so 'ne Hetze betrieben wurde.

Bleibt nur die Frage, warum in der deutschen Presse so wenig darüber berichtet wurde. Der Druckerstreik wird nicht daran Schuld gewesen sein, wohl eher, daß nichts sensationelles zu melden war, weder „Waffenfunde" noch „Zusammenstöße" mit der Polizei. Und es liegt wohl auch nicht im Interesse der „Meinungsmacher", publik zu machen, daß Atomkraftwerksgegner nicht die Terroristen sind, für die man sie ausgibt.

JUGENDZENTRUM BAD SCHUSSENRIED

MOBILISIERUNG IM KAMPF GEGEN DIE SCHLIESSUNG MACHT FORTSCHRITTE

BAD SCHUSSENRIED 7. März — *Vom selbstverwalteten Jugendzentrum ist folgender Bericht:*

„Die Mobilisierung im Kampf gegen die zum 30.4. von der Stadt angekündigte Schließung des Jugendzentrums Schussenried (siehe ID 215, 218) macht Fortschritte:

1. Zur Zeit laufen zahlreiche, hervorragend besuchte Veranstaltungen (Filme, Konzerte, Diskussionen) im Jugendzentrum.

2. Es wurden inszwischen rund 1.000 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt.

3. Am 16.3. statten wir mit Transparenten und fröhlich singend der Gemeinderatssitzung einen „Besuch" ab. Dabei werden auch die bis dahin gesammelten Unterschriften an einen sicherlich tobenden Bürgermeister überreicht. Am Abend dieses Tages findet im Jugendzentrum ein „Bürgerabend" statt, zu dem die Bevölkerung eingeladen ist. Es geht natürlich um die Schließung.

4. Die geplante regionale Demonstration gegen die Schließung des Schussenrieder JUZ und für die Unterstützung von Jugendzentren und -initiativen durch Städte und Kreise in Oberschwaben findet am **Samstag, dem 8. April, 11 Uhr in Bad Schussenried** statt. Anschließend ist ein großes Solidaritätsfest in der Stadthalle. Zur Demonstration mit aufgerufen haben bereits der Dachverband der freien Jugendhäuser im Kreis Biberach und weitere Initiativen und Jugendzentren aus der Region.

Übrigens: Ein von einem SPD-Stadtrat (als selbsternanntem Schlichter) und Bürgermeister Kohler ausgehandelter „fauler Kompromiß" zum Mietvertrag wurde inszwischen von uns einstimmig zurückgewiesen. Wir fordern in einem Gegenvorschlag, das Jugendzentrum wie bisher allen interessierten Gruppen zu Veranstaltungen, Tagungen etc. kostenlos überlassen zu können. Eine inhaltliche Verantwortung für solche Veranstaltungen übernimmt das Jugendzentrum nicht. Das JUZE soll Forum für freie politische Betätigung und für alle nur denkbaren Initiativen und Aktivitäten von Jugendlichen sein. Wir wehren uns gegen eine Selektion zwischen „unanstößigen" Konsumveranstaltungen und mißliebigen politischen Aktionen. Wir schließen niemanden aus.

Kontakt: Selbstverwaltetes Jugendzentrum, c/o Ulli v.d.Berge, Wuhrstr. 29, 7953 Bad Schussenried.

CHEMISCHE KEULE ZUM SCHUTZ VON ALFRED DREGGER

FRANKFURT 9. März *Gegen den Willen des Lehrerkollegiums fand am 8. März in der Frankfurter Ziehenschule eine Veranstaltung mit dem hessischen CDU-Vorsitzenden Alfred Dregger und dem Frankfurter CDU-Oberbürgermeister Wallmann statt. Dreiundvierzig der etwa 70 Lehrer stimmten gegen die Veranstaltung, die unter dem Motto „Schüler fragen - Politiker antworten" stand. Es war von Schülern und von Lehrern kritisiert worden, daß sie an der Vorbereitung der Veranstaltung nicht beteiligt wurden. Der Schulleiter Dr. Mann entgegnete zu den Kritiken: „Die Form der Veranstaltung bestimme ich. Das ist meine Veranstaltung."*

Am 8. März war die Polizei in großer Zahl vor der Ziehenschule erschienen, um den Schulfrieden zu erhalten und um den Vorsitzenden zu schützen. Nach der Veranstaltung kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. In einem Bericht von beteiligten Schülern heißt es:

„Den Beifall, den Dregger und Co. in der Aula ernten konnten, hatten sie den Sicherheitsvorkehrungen (Gesichtkontrolle und vereinzelte Personalienkontrollen vor der Aula) zu verdanken. Ein Lehrer sagte, daß schon seit 8 Uhr früh Zivilpolizei durch die Gänge patroullierte und später den Aufgang zur Aula bewachte.

Schüler, denen der Einlaß verwehrt wurde, warteten vor der Schule auf das Erscheinen von Dregger und Wallmann, um sie gebührend zu empfangen. Mit uns Schülern (etwa 30) warteten doppelt so viele Polizisten und ungefähr 50 Zivile. Kurz nach 12 stürzten sich einige Polizisten auf einen fotografierenden Schüler und entrissen ihm gewaltsam den Film aus seiner Kamera. Die umstehenden Schüler wurden brutal aus dem Weg geräumt. Als Wallmann unter Geleitschutz zum Auto geführt wurde, ertönten Buh-Rufe und Pfiffe. Als Dregger erschien, flogen zwei Eier, die ihn jedoch nicht trafen. Sofort wurde auf die Schüler eingeknüppelt und die Chemische Keule wurde eingesetzt. Eine Frau wurde aus der Menge gegriffen und in ein Polizeiauto geschleppt. Wir forderten die Freilassung der Frau und versuchten, die Abfahrt des Wagens zu verhindern, indem wir uns auf die Straße setzten. Daraufhin wurden wir an den Haaren gepackt und von der Straße gezerrt."

Zum Polizeieinsatz und zum Einsatz der chemischen Keule heißt es in der Frankfurter Rundschau vom 9. März:

„... Eine Journalistin berichtet, daß ihre Kollegin, die FAZ-Fotografin Barbara Klemm, sich nur dadurch vor dem Gas schützen konnte, daß sie die Kamera vor die Augen hielt. Mindestens bei zwei Kindern „weit unter 14 Jahren", die eine Lehrerin ihr gegenüber als Schüler der Unterstufe dieses Frankfurter Gymnasiums bezeichnet habe, hätten die chemische Keule „voll abgekriegt". Der Journalist und Fotograf Wolfgang Seibert berichtet von „zwei bis drei" mit Gas sprühenden Polizisten, die ihren Einsatz begonnen hätten, als gegen Alfred Dregger (nach Auskunft von Schülern: drei) Eier flogen, von denen keines getroffen habe.

Wolfgang Seibert selbst hat das Tränengas im scharfen Strahl in Auge und Mund bekommen. Er beobachtete einige Kinder, die „heulend abgezogen" waren, und sah den Vater eines etwa Fünfjährigen, der fassungslos die Polizeibeamten befragt habe, wie sie denn „so etwas tun" könnten: Das Kind soll ebenfalls Gas abbekommen haben.

Der stellvertretende Stadtschulsprecher, Jörg Cezanne, informierte darüber, daß insgesamt vier Kinder zum Arzt gefahren worden seien. Bei einem Mädchen, so die Schilderung eines Ziehenschülers, handele es sich um „schlimmere" Augenverletzungen: Sie sei im Bürgerhospital aufgefordert worden, sich heute wieder vorzustellen. Den ganzen Nachmittag haben sich Mitschüler gestern vom Büro des STadtschülerrats aus um den Verbleib eines 11jährigen Kindes gekümmert das angeblich mit dem Krankenwagen nach der Auseinandersetzung abgefahren worden sei. Dieses Kind, dessen Namen sie nicht erfahren hätten, liege jetzt in der Augenklinik der Universität, dort sei es vom Nordwestkrankenhaus aus hingefahren worden.

"

INITIATIVGRUPPE HOMOSEXUALITÄT BIELEFELD (IHB) ZUM KOMMENTAR DER AAO IM ID NR. 218

BIELEFELD 4. März „In seiner Ausgabe Nr. 218 vom 25.2.78 druckt der "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID) unter der Rubrik "Internationales" eine Erklärung der sogenannten "Aktionsanalytische Organisation bewußter Lebenspraxis" (AAO) zum Selbstmord des Hamburger Schwulen Rainer Rüstig kommentarlos ab.

Der "Pluralismus" der ID-Redaktion ist erstaunlich: Nicht schon genug, daß überhaupt eine Erklärung der AAO abgedruckt wird, sie wird sogar kommentarlos, und, obwohl es sich um einen Hamburger "Fall" handelt, unter der Rubrik "Internationales" veröffentlicht, wohl, weil Otto Mühl seine höchste Instanz ordern mußte, um eine "kleine Panne" zu rechtfertigen.

Es ist unerträglich, daß die AAO jetzt schon im ID antischwule Propaganda so unverblümt verbreiten kann und die ach so linke Linke dies kommentarlos unterstützt und verbreitet. Wir fordern die Redaktion des ID auf, eine Stellungnahme ihrerseits zur AAO-Erklärung sowie diesen Brief zu veröffentlichen.

Zum Inhalt: Plötzlich macht sich die AAO zum Sprecher eines Toten, an dessen Tod sie eine Menge Schuld hat. Plötzlich "schätzte" und "unterstützte" sie denjenigen, dem sie vorher, zu Lebzeiten, seine "Krankheit", sprich sein Schwulsein, austreiben wollte. Zitat: "Wir bekämpfen nicht die Homosexualität, wir verachten sie auch nicht, wie draußen, sondern wir versuchen, ihren emotionellen Hintergrund aufzudecken. Um dies zu erreichen, muß die Krankheit – egal ob es sich um Homosexualität oder die deformierte Heterosexualität der Kleinfamilie handelt – erst einmal bewußt akzeptiert und ausgelebt werden." Welch ein Hohn!! Die AAO als Arzt der Schwulen, der Schwulen die Möglichkeit bietet, ihren Trieb auszuleben, bis er weg ist, d.h. bis man endlich den Druck der anderen so sehr verinnerlicht hat, daß man sich nicht mehr traut, schwulen Bedürfnissen nachzugehen. Dazu brauchen wir Schwule keine AAO, das ist Fremd- und Eigenunterdrückung. Das ignoriert die Tatsache, daß grundsätzlich jeder Mensch in der Lage ist, mit jedem Menschen Sexualität zu erfahren, gleichgeschlechtliche ebenso wie andersgeschlechtliche. Das hütet alle davor, sowohl die AAO als auch die Linke, sich mit ihrer eigenen Schwulität auseinanderzusetzen, selbst schwul zu sein. Zitat AAO: "Der Versuch (innerhalb der AAO eine schwule Männergruppe zu bilden; IHB) scheiterte am Mangel manifest homosexueller Teilnehmer." Es war, so die AAO, eben keiner "so richtig schwul". Kein Wunder, bei der Hierarchie, bei dem Heterofickzwang. Die AAO ist auf eine "Bewußtseinshierarchie" aufgebaut. Wer da Zwangsheterosexualität nicht verinnerlicht, wer da nicht als Mann ständig in der Lage ist, Frauen zu "pudern", ist abgeschrieben, leistungsunfähig, Außenseiter. Mann und Frau brauchen wirklich nicht erst in die AAO zu gehen, um das zu erleben. Das spielt sich überall im Lande ab: Sexualität mit der Stopuhr; am Fließband. Da ist es schwer zu sagen "ich bin anders, ich bin schwul." Und wer es sagt, wird ausgegrenzt. Im Modell Deutschland genauso wie im Modell Mühl. Und die AAO-"Lebenspraktiker" finden selbst den sich schließenden Kreis, ihre Gemeinsamkeit mit dem Modell Deutschland: Zitat AAO: "Die Sehnsucht nach echter homosexueller Liebe konnte sich hier (bei der AAO; d.V.) ebensowenig erfüllen wie draußen."

Doch damit nicht genug! Nachdem die AAO nachgewiesen hat, daß Schwulsein gleich Kranksein ist, gibt sie wieder einmal vor, "die" Problemlösung parat zu haben.
Zitat AAO: "Es gibt aber die Möglichkeit, die emotionelle und sexuelle Wirklichkeit hinter den Kulissen zu entlarven und ihr eine neue entgegen zu setzen."

Wir Schwule sagen der AAO und allen, die hören können: Es gibt in der Tat die Möglichkeit, die emotionelle und sexuelle Wirklichkeit zu entlarven! Es gibt auch Wege, die Wirklichkeit zu verändern. Es gibt sie aber nicht hinter den Kulissen und nicht bei der AAO. Es gibt sie da, wo Schwule schon vor Jahren mit der neuen Schwulenbewegung begonnen haben: Entdecke dein Schwulsein und mache dein Schwulsein öffentlich! Mann finde sich selbst und zu anderen Männern! Mann erkenne, daß es nicht geht, mit anderen klarzukommen, wenn man sich selbst ein Rätsel ist, wenn mann sich vor sich selbst ekelt. Und so wird mann mit anderen Männern lernen, daß Revolution auch ist, sich aus dem Panzer Männlichkeit zu lösen, das Funktionieren zu verweigern, unmännlich zu sein, zärtlich, solidarisch, lieb, sexuell ... mit Männern zu sein.

Es ist einfach grauenhaft, daß für das Abdrucken solcher Sätze Menschen erst Selbstmord machen müssen. Wir danken der Linken in der BRD und der Redaktion des ID für die sachliche Auseinandersetzung mit uns Schwulen und wünschen ihnen für die Zukunft wärmere Tage!"

Kontaktadresse:
Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld IHB, c/o AStA Universität Bielefeld, Postfach 8640, 48 Bielefeld 1

EIN GUTES SCHWULES TREFFEN AUF DEM LAND

BIELEFELD
5. März

„Vom 17. bis 19. Februar trafen sich 100 Schwule aus schwulen Emanzipationsgruppen im Bildungs- und Freizeithaus Altenmelle. Die Teilnehmer sprachen über schwule Lebensformen, schwule Projekte, Sado-Masochismus, sahen einen neuen Film der Bochumer Gruppe über die Lebens- und Wohnbedingungen von Schwulen, fühlten sich wohl, gingen spazieren, tanzten, sangen, schminkten sich, und verbrachten einmal ein paar Tage Freizeit miteinander, ohne durch eine feste Tagesordnung eingeengt zu sein. Während sonst viele Treffen daran leiden, daß die Teilnehmer an verschiedenen Orten wohnen, war hier der Vorteil, von morgens bis abends gemeinsam leben zu können, einfach mal pausenlos unter Schwulen sein zu können. Die IHB (Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld) beabsichtigt, solch ein Treffen Ende August/Anfang September zu wiederholen, und zwar dann für mehrere Tage. Ganz Fleißige können dazu schon jetzt Vorschläge machen.

Ein wenig Schwulendiskriminierung erfuhren die (heterosexuellen) Freizeithausbesitzer, in deren Räume das Treffen stattfand, länst vor Beginn: Die Meller Stadtverwaltung und die Osnabrücker Kriminalpolizei hatte anonym Unterlagen über das Treffen bekommen und versuchten, einzuschüchtern. Als es der Stadtverwaltung telefonisch nicht gelang, kam die Osnabrücker Kripo vorgefahren, um auf „Schutzbestimmungen" aufmerksam zu machen. Das Treffen selbst wurde nicht gestört."

Kontaktadresse: INITIATIVGRUPPE HOMOSEXUALITÄT BIELEFELD, c/o ASTA UNIVERSITÄT BIELEFELD, POSTFACH 8640, 4800 BIELEFELD 1

DER BERLINER SPORT AUF DEM BODEN DER EFDEGEO

WESTBERLIN
6. März 78

Aus Radikal Nr. 34, Sozialistische Zeitung für Westberlin (Gustav-Müller-Str. 46, 1 Berlin 62, Tel. 7847887)

Das klingt wie ein blöder Witz eines 150% Linken, ist aber ein schlechter Witz des 'Betriebssportverband Berlin e.V.', gemacht in einem Brief an den Arbeiter-Sport-Verein. Das ist einer von über 100 Berliner Freizeit-Sport-Vereinen. Was ihn aber von den anderen unterscheidet ist, daß er an die Tradition der Weimarer Arbeiter-Sport-Bewegung anknüpft, nicht nur Fußball spielt und Leichtatlethik treibt, sondern auch Politik, besser gesagt, linke Politik macht. Denn Politik machen auch die Filzokraten des BSVB: sie schlossen den ASV aus dem Fachverband Freizeitfußball aus:

Nach Nr. 2 Ihrer Satzung ist es u.a. Zweck und Aufgabe Ihres Vereins, 'einen politischen Kampf um die ausreichende sportliche Ausbildung der Arbeiterjugend' und 'gegen den massenfeindlichen Leistungssport' zu führen. Bereits diese satzungsmäßige Bevorzugung von Sportlern ausschließlich nach ihrer Herkunft und Trennung der Leistungssporttreibenden von den übrigen Sportausübungen legt den Schluß nahe, daß es Ziel Ihres Verbandes ist, einer Differenzierung in verschiedene 'Klassen' von Sporttreibenden nicht nur nicht entgegenzuwirken, sondern eine solche sogar bewußt herbeizuführen.

Damit untergrabe er die 'Einheit des Berliner Sports' und schade dem Ansehen des Vereins.

Aber die Funktionäre hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Viele Freizeit-Vereine protestierten gegen den Ausschluß, eine Unterschriftensammlung wurde veranstaltet. Die Mitgliederversammlung des Verbandes Freizeitfußball beschloß schließlich mit 41 zu 9 Stimmen, daß der ASV im Verband bleibt.

Auch der Senat will bei dieser Repressions-Posse nicht nachstehen: er stellt dem ASV notorisch keine Plätze und Hallen zur Verfügung und verbot anno 76 einen Volkslauf in der Hasenheide. Als dieser trotzdem stattfand, gab's 500 Mark Geldstrafe. 1977 wurde der Volkslauf zwar gestattet, aber mit der Auflage, keinerlei Propaganda dabei zu betreiben. An Transparenten dürfe nur eins 'Start' und eins 'Ziel' angebracht werden.

Der eigentliche Grund all dieser Schikanen und Verfolgungen dürfte in folgender 'Pervertierung' des Sportziels durch den ASV liegen:

Der ASV hat eine Dokumentation zu seiner Verfolgung Kontakt: Arbeitersportverein Solidarität e.V., Postfach 610171, 1000 Berlin 61, Boeckhstr. 39, Montag 18 - 20 Uhr.

Der Volkslauf des ASV findet am Ostersonntag, den 26.3.78 um 10 Uhr in der Hasenheide statt. Wie jedes Mal soll die körperliche Ertüchtigung beim Volkslauf mit einem politischen Aufruf verbunden werden. Der ASV fordert zur zahlreichen Teilnahme und zur Unterstützung im Kampf gegen die politischen Verfolgung auf. Die Startgebühr von 2 Mark soll für Prozeß- und Anwaltskosten verwandt werden.

Strecken: 1000, 3000 und 7000 m für Männer und Frauen, Kinder 1000 m.

KUNDGEBUNG DER NAZIS AM 18. MÄRZ

DELMENHORST
6. März 78

Wie bereits im ID 218 berichtet, wollen sich Mitglieder der NPD am 18. März in Delmenhorst zu einer Großkundgebung treffen. Die Delmenhorster "Inititative gegen Faschismus" veranstaltet am Vorabend des Treffens eine Protestkundgebung. Durch eine Unterschriftensammlung soll ein Verbot der NPD-Kundgebung erreicht werden. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in die Aktivitäten gegen die NPD-Kundgebung eingeschaltet. In einem Aufruf an Mitbürger, Kolleginnen und Kollegen heißt es:

Das ist nicht mehr das Werk von nicht ernstzunehmenden Einzelgängern, wie manche Politiker in unserem Lande glauben. Dahinter steckt mehr. So hat es schon einmal begonnen.

Wir dürfen dieser Entwicklung nicht länger tatenlos zusehen, sondern müssen Ursachen und Erscheinungen entschlossen bekämpfen.
Das ist jedoch nur möglich, wenn sich die demokratische Öffentlichkeit in unserem Lande daran überzeugend beteiligt.
Wir bitten deshalb alle Demokraten um ihre Unterstützung. Wir rufen auf zu engagierten Auseinandersetzung mit den alten und den neuen Nazis! Bitte teilen Sie uns Ihre Beobachtungen über nazistische Umtriebe im Großraum Hannover mit!

Kontakt zur Initiative gegen den Faschismus: Rolf Eisenhauer, Hans Seichter, Heinz-Jürgen Vogel, Lange Straße 7, 2870 Delmenhorst, Tel. 04221/19554

UNGLAUBLICH, WIE SELBSTVERSTÄNDLICH DIE FASCHISTEN AUFTRETEN

DÜSSELDORF 28. Februar Am Samstag, 25. Februar schützte die Polizei und ein Sondereinsatzkommando im Kampfanzug, bewaffnet mit Messern, Pistolen, Chemical Mace, eine faschistische Propagandaveranstaltung in Düsseldorf. Doch weit über 500 Antifaschisten (DGB, DKP, KPD/ML, SDAJ, Falken, Spontis, VVN und andere) machten die Veranstaltung unmöglich.

Die Faschisten befanden sich in einem Sperrgitter, geschützt durch an die 200 Bullen und bauten Rednerpult und Lautsprecherwagen auf. Eine Gruppe von Antifaschisten sprang in die Absperrung rein und riß die Lautsprecher runter. Sofort stürzten sich Faschisten mit Holzlatten auf sie. Mit den Lautsprechern war's allerdings aus. Sie versuchten jetzt, über ein Megaphon eine Rede zu halten. Wir pfiffen, grölten, schrien 1 1/2 Std. und warfen Eier. Allein der Redner konnte was von seinem Keu verstehen.

Die Polizei griff sich immer mehr Antifaschisten raus und 7 von uns wurden festgenommen und erst nach Stunden z.T. nach Mißhandlungen bei der ED-Behandlung (erkennungsdienstliche Behandlung) wieder freigelassen. Alle kriegen ein Verfahren wegen Landfriedensbruch (wegen Eierwerfen? ?).

GESTÖRTE SÜDAFRIKA-VERANSTALTUNG

OSNABRÜCK 7. MÄRZ *Die 'Neue Osnabrücker Zeitung' (NOZ) organisiert von Zeit zu Zeit Leserdienstveranstaltungen. Am 8. Dezember 1976 fand eine solche Veranstaltung zum Thema Südafrika statt. Als Referentin war eine Frau geladen, die dem NOZ-Leser als „mutig und beherzt, mit Liebe zu Land und Leuten" vorgestellt wurde. Eine Gruppe von Osnabrückern war bei der Veranstaltung gewesen und hat sich durch Zwischenrufe während des reaktionären und sachlich falschen Vortrags der Referentin bemerkbar gemacht. Das brachte für acht Leute Strafanzeigen und einen Prozeß, der jetzt über die Gerichtsbühne ging. Wir zitieren Auszüge aus einem Flugblatt der Osnabrücker Gruppe.*

„Nun, die Erwartungen, die man schon aufgrund der NOZ-Ankündigungen hegen konnte, wurden durch den Vortrag übertroffen: Die rassistische Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung durch das Vorster-Regime wurde von der Referentin gerechtfertigt!

„Das Problem ist nicht Weiß gegen Schwarz, sondern vielmehr Weiße gegen Weiße, Schwarze gegen Schwarze, und zwischen all dem stehen dann die eigentlich Betroffenen, die Mischlinge", konnte man danach in der NOZ lesen. Kein Wort von der brutalen Unterdrückung und grenzenlosen Ausbeutung der schwarzen Mehrheit. Sie faselte vielmehr von den „hohen Löhnen" der Goldbergwerksarbeiter und meinte tatsächlich: „Die Geschichte Afrikas war immer eine Tragödie der Weißen"!

Daß aufgrund ihrer Äußerungen Unruhe im Saal entstand und sie nicht ungestört vortragen konnte war nur zu verständlich. Bedenklich nur, daß der Kreis ihrer Gegner sehr klein war und die Mehrheit im Saal den Äußerungen Seerigs offensichtlich zustimmte (der Autopark vor dem Saal hat uns nachher einen Hinweis darauf gegeben, was für Leute hier überwiegend versammelt waren).

Auf die „Störungen" reagierte die Referentin u. a. mit der Äußerung: „Sie erreichen mit ihrem Stören nur, daß wir uns langsam der Schwäche unserer Demokratie schämen." (offensichtlich hat sie Sehnsucht nach südafrikanischen Zuständen). „Unsere Demokratie" konnte dann aber noch mit dem Eintreffen der von der NOZ gerufenen Polizei ihre Stärke demonstrieren. Bevor sie allerdings eingriff, hatten schon einige Reaktionäre im Saal lautstark mit Zwischenrufen kundgetan, wie sie sich die (End)lösung dieses Problems vorstellten: „Rauswerfen!", „Zusammenschlagen!", „Rote Sau!", „Kopf ab!" oder ähnliche Sprüche waren zu hören. Als dann einige von ihnen dies in die Tat umsetzen wollten und auf einen „Störer" einschlugen, bildete sich in der Nähe der Tür eine Menschentraube. Hier ging dann das 10-köpfige Einsatzkommando der Polizei dazwischen und griff sich acht Leute raus. Es folgte dann noch für uns bis zum Ende der Veranstaltung die Besichtigung einer Zelle im 1. Polizeirevier (man kann es wohl auch Vorbeugehaft nennen).

Und jetzt, nach über einem Jahr, hat das Amtsgericht uns zu einer „Hauptverhandlung" zitiert und will beweisen, daß wir „gemeinschaftlich ohne Befugnis in dem befriedeten Besitztum eines anderen verweilt" und uns „auf die Aufforderung des Berechtigten nicht entfernt haben" (aus der Anklage).

Zu dem Prozeß schrieben die Angeklagten:

Man hatte extra ein erweitertes Schöffengericht eingesetzt (bei „Hausfriedensbruch" sonst nur Einzelrichter), 12 Belastungszeugen geladen und eine Hundertschaft zum „Schutz" des Ganzen eingesetzt. Und das kam dabei heraus: Alle 7 Angeklagten mußten freigesprochen werden (das Verfahren gegen einen wurde abgetrennt, da er nicht anwesend war), weil auch nicht die Spur eines „Beweises" beigebracht werden konnte. Keiner der Zeugen konnte (oder wollte) irgendeinen der Täter identifizieren. Und der Richter begründete dann das Urteil damit, daß „in unserem Staat nicht nach Gesinnung, sondern nach Straftatbeständen verurteilt würde". Denn ihrer Gesinnung nach hätten (und hatten!) ja alle Angeklagten sich zu der Tat bekannt. Die Tat selbst wurde von den „Angeklagten" im Prozeß eingehend beleuchtet, sodaß das Thema Südafrika gegen den Willen des Gerichts zum eigentlichen „Gegenstand" des Prozesses wurde. Es wurde klargestellt, daß wir die Verbreitung einer derart rassistischen und faschistischen Propaganda, wie es bei der „gestörten" Veranstaltung geschah, nicht dulden können."

Kontakt: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz, Wörthstr. 70, 4500 Osnabrück

GEISEL–BESUCH

„LIBERALISIERUNG" EINER DIKTATUR ALS POLITISCHER ATOMPREIS

BONN
8. März

Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen und begleitet von einem umfassenden Beraterstab wird der brasilianische Staatspräsident General Geisel vom 6. bis 10. März die Bundesrepublik besuchen. Obwohl es sich der Form nach nur um einen „Höflichkeitsbesuch" handelt, bei dem voraussichtlich keine Verträge oder Abkommen geschlossen werden, hat die Visite doch überragende politische Bedeutung: Brasilien, das im Juni 1975 mit der BRD einen Vertrag über „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie" abschloß, unternimmt seit einiger.Zeit Absatzbewegungen gegenüber den USA, um sich verstärkt mit der Bundesrepublik einzulassen. Dies geschieht offensichtlich im Bemühen, die ökonomische Entwicklung des Landes im Sinne der herrschenden Oligarchie zu stimulieren, ohne dabei Rücksicht auf Washington nehmen zu müssen, das seine Wirtschaftsbeziehungen zu lateinamerikanischen Staaten aus global-strategischen wie Gründen der ökonomischen Konkurrenz bekanntlich gern für politische „Regulierungen" nutzt.

Brasilien, das im ökonomischen Bereich eine expansiven Wachstumskurs auf Kosten der Bevölkerung steuert, ist bemüht, in der Dritten Welt eine Führungsrolle zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund schien es den dort herrschenden Kreisen geraten, mit einer „Mitttelmacht" wie Bonn verstärkt ins Geschäft zu kommen, weil sich auf dieser Ebene aus den Geschäften zum gegenseitigen Vorteil nicht so leicht politische Abhängigkeiten ergeben könnten. Die Skrupel, die in der BRD im Hinblick auf die öffentliche Meinung hinsichtlich des Atomgeschäftes bestanden, glaubte man in Brasilien dadurch ausräumen zu können, daß man eine begrenzte „Liberalisierung" verspricht, was angesichts der stürmischen Wirtschaftsentwicklung ohnehin erforderlich ist.

Um in den BRD-Medien eine entsprechende „sachgerechte" Darstellung zu „ermöglichen", wurde denn auch schon der Presse-Chef des Präsidenten Geisel, Oberst Camargo, initiativ: Er lud TV-Größen und andere Bonner Journalisten-Prominenz zu einem „Arbeitsessen" ein. Man kann sicherlich Medien-Rückkoppelungen erwarten.

BONNER PARTEIGRÜNDUNGEN IN RIO?

Die „Liberalisierung", die vor dem Hintergrund des beschriebenen Zusammenhangs im Gegenzug zu der atomaren Ausstattung Brasiliens durch die BRD erfolgt, ist sowohl für die SPD wie für die CDU von größtem Interesse: Beide Parteien, so hört man in Bonn, wollen bei Gesprächen ihrer Vorsitzenden mit Präsident Geisel den Gesichtspunkt erörtern, welche Chancen sich von der BRD aus unterstützte „Schwesternparteien" im größten Staat Lateinamerikas ausrechenen könnten. Diese Überlegungen sind nicht neu, sondern Ausdruck von älteren Konzeptionen, deren Anliegen und Auswirkungen – siehe Portugal – für sich sprechen. Wie weit entsprechende Pläne zumindest bei der SPD schon gediehen sind illustriert die Tatsache, daß dem Vorsitzenden der verbotenen „Arbeiterpartei" Brasiliens, Leonel Brizola, auf der letzten Tagung der sozialistischen Internationale in Hamburg die Gunst zuteil wurde, von Willy Brand zu einem halbstündigem Gespräch empfangen zu werden. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich über Auslandsprojekte – wie meist – ungern oder gar nicht äußert, sollen bereits fertige Konzepte für eine Unterstützung einer legalisierten sozialdemokratischen Partei in den Schubläden liegen. Es versteht sich, daß mit der Zulassung dieser Parteien die brutale Unterdrückung der Opposition vertuscht werden soll.

DAS BOMBENGESCHÄFT

Dreh- und Angelpunkt dieser Politik, die den prokapitalistischen Entwicklungsweg Brasiliens beschleunigt und vor allem auf dem Land zu einer militärischen Vormachtstellung in der Dritten Welt verhilft, ist das Atomgeschäft mit der BRD aus dem Jahr 1975. Es war ein Bomben-Geschäft für alle, denen es um Profit und Macht geht – und es war ein Beitrag zur Ausbreitung von Atomwaffen. Der Friedensforscher Peter Lock schrieb damals in dem in Bonn erscheinenden „Dritte-Welt-Magazin" u.a.: „Mit dem deutsch-brasilianischen Vertrag ist der Zugang zu Kernwaffen auch für zahlreiche Länder der kapitalistischen Peripherie denkbar geworden, deren industrielle Kapazität zur Eigenentwicklung nicht ausreicht, die sich aber um den Transfer der vollständigen Technologie nunmehr mit Aussicht auf Erfolg bemühen werden."

Was meint: Brasilien, von der BRD in Stand gesetzt, Atomwaffen zu produzieren, könnte zum Weiterverkäufer werden. Und weiter stellte der Wissenschaftler fest: „Der Vertrag ist zu einem einschneidenden Präzedenzfall geworden, denn bislang hatten Staaten, die über die Technologie zur Anreicherung und Wiederaufbereitung des Kernbrennstoffes verfügen, eine Weitergabe strikt abgelehnt." Anders die BRD, die bekanntlich ja auch keine die Geschäftsbeziehungen beeinträchtigenden Skrupel bei der atomaren Aufrüstung Südafrikas hat.

DER GROSSE DEAL DER BANKER

Das Bomben-Geschäft mit dem größten Land Lateinamerikas das von Amnesty International der permanenten Menschenrechtsverletzung angeklagt wird und die breiten Massen von der Prosperität der ökonomischen Entwicklung aussperrt, wird über Jahrzehnte laufen und hat gigantische Ausmaße. Es soll sich um das bisher größte Finanzierungsaufkommen – die Banken werden es danken – der BRD handeln, die bereits jetzt im Bereich der Investitionen und im Handelsverkehr nach den USA an zweiter Stelle rangiert.

Allein die ersten beiden noch im Bau befindlichen Reaktoren (insgesamt sind acht geplant) werden 6,2 Milliarden DM kosten, die u.a. von der Dresdner Bank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und einem westeuropäischen Bankenkonsortium finanziert werden. Insgesamt ging man bei Vertragsabschluß von einem 12-Milliarden-DM-Geschäft aus, dem bisher größten, das bundesdeutsche Konzerne in der Geschichte dieses Landes mit staatlicher Absicherung tätigen konnten. Weiterer Effekt des Abschlusses: Brasilien wird 1990 selbst Reaktoren herstellen können, was unabsehbare Folgen für die internationale Sicherheit heraufbeschwört.

GEISEL SOLL DEM PUBLIKUM FERNBLEIBEN

Brasilianische Manager sind im Vorfeld des Geisel-Besuchs besorgt, daß eine gegenüber der Atompolitik schlechthin sensibilisierte bundesdeutsche Öffentlichkeit zumindest sauer auf das Erscheinen des Generals reagieren könnte. So ist denn auch nicht vorgesehen, daß Geisel händeschüttelnd durch die Bonner City flanieren soll. Stattdessen wurde von seiner Botschaft und einem Voraus-Kommando arrangiert, daß in den fünf Tagen seines Aufenthalts drei Empfänge für führende Wirtschaftsherren und Konzern-Bosse stattfinden, mit denen der General ganz allgemein über geschäftliche Perspektiven plaudern will. Schließlich ist Geisels Visite – protokollarisch gesehen – nichts anderes als ein Höflichkeitsbesuch, in Erwiderung eines der kuriosen Auftritte des damaligen Bundespräsidenten Lübke (1964). Gleichwohl tut Geisel alles, um aus den fünf Tagen in der BRD einen politischen Aufwertungseffekt auf der Basis des Atomgeschäftes zu erzielen. Er hofft in diesem Zusammenhang auf einige wohlmeinende Worte des Bundeskanzlers zu dem Nuklear-Coup, die er dann Ende des Monats in Brasilien seinem Staatsgast Carter unter die Nase reiben könnte.

SPD–MDB HOLTZ: BRASILIEN TRITT MENSCHENRECHTE MIT FÜSSEN

Am Vorabend des Besuchs des brasilianischen Staatspräsidenten General Geisel hat der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Uwe Holtz (SPD), aufs schärfste die Verhältnisse in diesem lateinamerikanischen Land angeprangert. In einem Beitrag für den SPD-Pressedienst vom Dienstag schreibt Holtz u.a.: „Der ‚militärisch-industrielle Komplex' in Brasilien, d.h. die herrschende Militär-Oligarchie im Verbund mit den großen Konzernen, zerstört das kollektive Recht des Volkes, sich sein poliitsches und wirtschaftliches System zu wählen und über seine natürlichen Reichtümer zu verfügen." Zusätzliche „indirekte Unterstützung" erhalte das Militärregime durch die ausländischen Multis, „die häufig auch die Mißachtung der kollektiven Rechte mittragen."

Ein „untrennbares Element" des brasilianischen „Wirtschaftswunders" ist – so Dr. Holtz – die „systematische Verletzung der klassisch-liberalen Menschenrechte: Terror, willkürliche Verhaftung, Zerstörung der Rechtssicherheit, die sich in der allerhöchsten Protektion für die politischen Feierabend-Mörder der ‚Todesschwadronen' ausdrückt, und vor allem eine ausgeklügel te, nach den modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen praktizierte Folter an politischen Gefangenen, für die das Wort ‚mittelalterlich' eine allzu verharmlosende Umschreibeung ist". Nur knapp 20% der Bevölkerung seien Nutznießer dieses Systems zugunsten der übergroßen Mehrheit, die zwischen Armut und Elend angesiedelt sei. Brasilien, so stellt der SPD-Politiker fest, sei freilich kein Einzelfall in Südamerika, sondern stehe für ein sich ausbreitendes „Krebsgeschwür".

AMNESTY WARNT ABGEORDNETE VOR BESUCH GENERAL GEISELS: KEINE ILLUSIONEN ÜBER ‚DEMOKRATISIERUNG'

Angesichts des vom 6. bis 10. März in Bonn stattfindenden Besuchs des brasilianischen Präsidenten Ernesto Geisel hat die BRD-Sektion von amnesty international (ai) die Abgeordneten des Bundestages um Unterstützung im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen gebeten. Zugleich wurden die Abgeordneten gewarnt, dem von Geisel gepflegten Image der „Demokratisierung und Liberalisierung" aufzusitzen.

ai erinnert daran, daß General Geisel allein 1977 zwölf Abgeordneten, darunter dem Führer der legalen Oppositionspartei, Alencar Furtado, nicht nur das Mandat wegnahm, sondern ihnen auch die politischen Rechte für zehn Jahre aberkannte.

(aus: Berliner Extra Dienst Nr. 18, 3.3.78)

BRASILIEN: STAUSEEBAU UND BAUERNVERTREIBUNG

SOBRADINHO/ HEIDELBERG 9. März

In der Kolonialperiode wurde die indianische Bevölkerung vor allem in Lateinamerika zur Ausbeutung von Edelmetallen nahezu vollständig ausgerottet. Heute trifft diese Ausrottungspolitik in Form großangelegter infrastruktureller Maßnahmen, die der Zunahme ausländischer Investoren dient, den ärmsten Teil der Bevölkerung.

In Brasilien mußte die indianische Bevölkerung zu Zeiten der Kolonialisierung den ständig weiter westwärts ziehenden ‚Eroberungskommandos' (Bandeirantes) der portugiesischen Kolonisatoren in den tiefsten und undurchdringlichsten Urwald zurückweichen, wodurch übrigens der Großteil der heutigen brasilianischen Grenzverläufe enstanden ist. Diese ‚Eroberungspolitik', die zu einer Dezimierung der Indianer von ehemals mehreren Millionen (um 1500 n.u.Z.) auf zur Zeit



In dieser Konstruktion werden die Steine gebrannt. Zezinho und Elio verschwitzen bei ihrer schweren Arbeit unter sengender Sonne einige Liter Wasser.

wenige Tausende führte, ist heute noch kennzeichnend für den infrastrukturellen Ausbau des Landes. Das hierzulande bekannteste Beispiel dürfte der Bau der ‚Transamazonica' und dessen Folgeerscheinungen sein. Führte dieses Projekt beinahe zum endgültigen Völkermord an der indianischen Urbevölkerung, so wird bei dem vor 5 Jahren begonnen Großprojekt zur Energieerzeugung, über das hier berichtet wird, auch die überwiegende Mischlingsbevölkerung (die von früheren Negersklaven abstammt) in einer der ärmsten und trockensten Regionen Brasiliens lebensbedrohend getroffen. „Daß der Kampf um Märkte und Rohstoffquellen hart bleiben wird, ist nicht zu vermeiden", kommentiert die ‚Frankfurter Allgemeine' zum Besuch des brasilianischen Präsidenten Geisel die Interessenlage in Bezug auf die deutschen Investitionen in Brasilien.

Es hat was damit zu tun, weshalb wir hier zu einem derartigen materiellen Wohlstand gekommen sind. Weshalb wir hier billig Rindfleisch aus Argentinien und Brasilien essen können und weiter eifrig bundesdeutsche Unternehmen ihre Auto-, Petrochemische- und pharmazeutische Porduktion in diesen Ländern ausdehnen. Es hat was mit Peripherie und Metropole und ungleichem Tausch und den terms of trade zu tun, und natürlich mit dem CIA und der US-Militärakademie.

Ich hatte letztes Jahr ein Stipendium gekriegt und mir vorgenommen, die Magisterarbeit in Soziologie über das im Programm ausgedruckte Thema zu schreiben: die Auswirkungen der Umsiedlung der Bevölkerung von Sobradinho, wo ein Stausee gebaut wird. Ich reiste also in diese Gegend im Nordosten von Brasilien, im Staat Bahia, 500 km von der Küste landeinwärts. Der Stausee wird zur Energieerzeugung an den Fluß Sao Francisco gebaut und wird mit 4500 qkm Ausdehnung einer der größten der Welt sein. Die Gegend von Sobradinho gehört zum Sertao, der zurückgebliebensten und häufig von Dürreperioden befallenen Region Bras liens. Die gewonne-

ne Energie soll die größeren Städte des Nordostens und vor allem ein petrochemisches Industriezentrum in Salvador, der Hauptstadt Bahias an der Küste, versorgen. Dafür werden in Sobradinho mehr als hunderttausend Menschen von ihrem Land vertrieben.

Die Bauarbeiten begannen 1973. Im Jahre 1975, als das voraussehbare Massenelend einige Furore in der Öffentlichkeit bereitet hatte, gab die mit dem Staudammbau beschäftigte Elektrizitätsgesellschaft CHESF (Companhia hidreletrica do Sao Francisco) sogleich ein Umsiedlungsprogramm für die betroffene Bevölkerung heraus. Die Weltbank, so hieß es, habe an ihren Kredit von 168 Mio. Mark (das gesamte Projekt soll 1300 Mio. Mark kosten) die Bedingung geknüpft, daß die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der durch den Staudamm entwurzelten Bevölkerung wieder hergestellt werden. Die Umsiedlungsaktion war von Anfang an ein fauler Kompromiß: man erklärte, die Neuansiedlung der Bevölkerung am zukünftigen Seerand sei zu aufwendig und kostspielig, da der Boden nicht für alle ausreiche und stampfte ein Siedlungsprojekt 1000 km weiter entfernt aus dem Boden, in das 30% der Familien umgesiedelt werden sollten, und in dem es an jeglicher verkehrsmäßiger, medizinischer und schulischer Infrastruktur fehlt. An diesem Programm nahmen dann auch nur 13% der Bevölkerung teil, von denen viele schon wieder zurückkommen, krank, besitz- und rechtlos. Der Stauseebau trifft am stärksten die 60 Prozent der Bevölkerung, die bisher ausschließlich von Subsistenzlandwirtschaft und Fischfang im Flußtal lebten. Insgesamt lebten 98 Prozent der Bauersfamilien ganz oder teilweise von dem Anbau auf den Inseln und den Flußrändern. Fischfang und Schweine-, Ziegen- und Hühnerhaltung lieferten die notwendige Ergänzung zu ihrer ärmlichen Nahrung, die hauptsächlich aus schwarzen Bohnen, Reis, Maniokmehl (ein Wurzelmehl, Grundnahrungsmittel) und Reiskuchen besteht.

Die Region von Sobradinho ist fast dreihundert Jahre lang auf der gleichen Entwicklungsstufe geblieben. Die meisten Kleinbauern sind sogenannte posseiros, die mit nichts weiter als der Hacke herrenloses Land bestellten. Sie haben durchgehend keine Besitztitel auf das Land, auch wenn sie es schon von ihren Vorfahren geerbt und nach dem Bodenstatut Anspruch darauf hätten. Entweder waren sie über ihre Rechte nicht informiert oder die korrupten Institutionen haben entsprechende Anträge nicht bearbeitet.

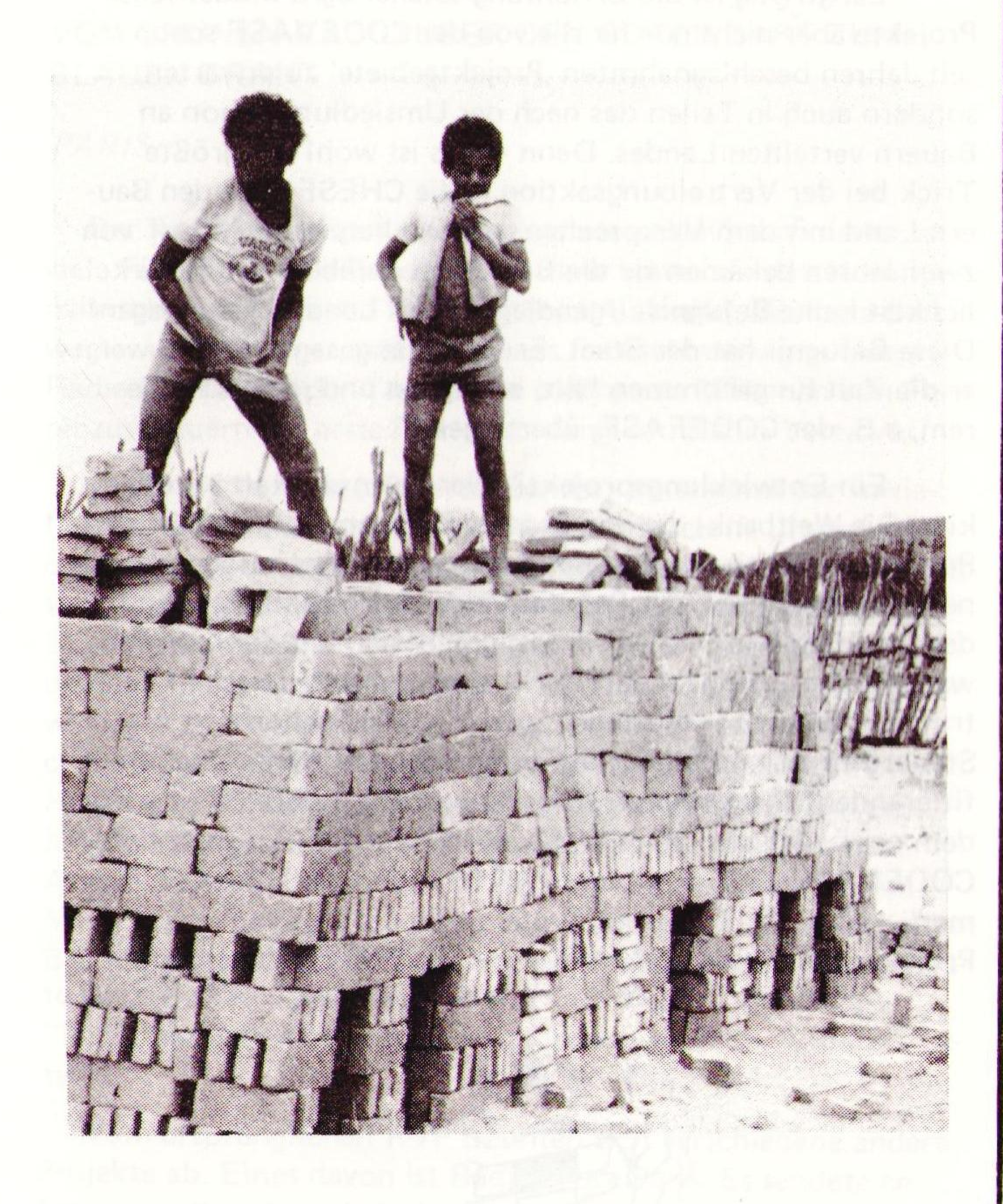
DIE ZERSTÖRUNG DER REGION

Die Region, die jetzt zum Standort eines der größten Stauseen der Welt geworden ist, hat nie von irgendeiner Entwicklung etwas zu spüren bekommen. In den vier Kreisstädten betrug das durchschnittliche Einkommen ein Viertel bis zur Hälfte des regionalen Mindestlohns von 90 Mark, in den ländlichen Gebieten, wo 90 Prozent der Menschen lebten, nur 14 bis 25 Prozent. Zwei Drittel der Bevölkerung sind Analphabeten; die meisten Häuser, besonders auf dem Land, waren aus Lehm. Die Mehrheit der Bauernfamilien gewann das Wasser zum Trinken und Waschen aus dem Fluß. Wasserleitungen gab es nur in den Hauptstädten der vier Kreise und auch nur für die reicheren Grundbesitzer- und Kaufmannsfamilien. Abflüsse waren nirgends vorhanden. Eine durchschnittliche Bauersfamilie lebte mit sechs bis zwölf Kindern in einem Lehmhaus von zwei bis drei kleinen Räumen.

Unter diesen Bedingungen war die Bevölkerung zahlreichen gefährlichen Krankheiten ausgeliefert, darunter die unheilbare Chagaskrankheit (Parasitenkrankheit, die von Wanzen übertragen wird, die in den Lehmwänden sitzen), Lepra, Tuberkulose, Meningitis (die zur Zeit hier in der Presse erwähnt wird) und alle möglichen Wurmkrankheiten. Für die gesamte Bevölkerung der vier Munizipien gab es nur fünf Ärzte in zwei Orten.

Das Vorgehen der Elektrizitätsgesellschaft, stelltvertretend für die gesamte Planung, ist kriminell. Seit die Bauarbeiten 1973 begannen, wurde die Bevölkerung durch kursierende Gerüchte über baldigen Verlust des Landes so in Unsicherheit und Angst versetzt, daß bis heute schon 25% abgewandert sind. Da die Kleinbauern keine Besitztitel über das Land hatten, entschädigte die CHESF nur das, was auf den Feldern gerade angepflanzt wurde, sowie die Häuser. Prinzipiell versuchten die Angestellten der CHESF die Entschädigungen bis aufs äußerste herunterzudrücken – für erfolgreiche niedrige Entschädigungen bekamen sie Prämien, wurde mir erzählt.
Seit der infrastrukturellen Erschließung der Region tauchten auch die Bodenspekulanten auf und nahmen das Land der Kleinbauern in Beschlag: sie behaupteten, es gehöre niemandem, da es ja keine Einzäunung gäbe und vertrieben die posseiros teilweise mit Polizeigewalt. Sie verschafften sich über Beziehungen Besitztitel und rechneten sich aus, von der CHESF hoch entschädigt zu werden, sobald diese das Land für die Umsiedlung bräuchte – oder sie warteten ein, zwei Jahre, um das Land dann an agroindustrielle Großunternehmen zu verscheuern. So kam es, daß die Bauern des Dorfes Itapera, in dem ich die ersten Wochen verbrachte, zwar wußten, daß sie innerhalb von drei Monaten ihr Dorf verlassen mußten, aber noch kein neues Land zugeteilt bekommen hatten.
Aus diesem Dorf hatte sich nur eine Familie entschlossen, an dem weit entfernt gelegenen Kolonisationsprojekt teilzunehmen. Der Platz für den Bauf

men. Der Platz für den Aufbau des neuen Dorfes, 10 km weiter, war noch nicht gerodet worden. Die Entschädigungen waren extrem niedrig gewesen – 800 Mark in einigen Fällen, in anderen nur 80 oder 150 Mark – und aufgrund der Tatsache, daß sie schon zwei Jahre vor der Umsiedlung ausgezahlt worden waren – auch so ein Trick der CHESF, um die Leute zur Ab-



Der Fluß: Trinkwasser und Wasser zum Waschen von Kleidung Geschirr und Leuten. Über ihn wurde der lokale Handel abgewickelt.

wanderung zu bewegen! – von den meisten Familien schon längst aufgebraucht. Das Geld hatten sie spätestens dann nötig gehabt, als nach dem ersten Schließen der Schleusen im Februar 1977 der Schwemmlandanbau auf den Inseln und den Flußrändern nicht möglich war: der Wasserstand des Flusses war wie üblich gestiegen, aber dann nicht zurückgegangen. Deshalb gab es Nahrungsmittelknappheit.

DIE AGRO–INDUSTRIE

Schon im Prozeß der Umsiedlung wird den Bauern also langsam die Lebensbasis entzogen. Es sieht so aus, als setzte die CHESF darauf, möglichst viel Ungewißheit, Chaos und Angst vor Krankheit und Hungertod entstehen zu lassen (unter dem Vorwand fehlender Organisation und Koordination der verschiedenen mit dem Projekt beschäftigten Institutionen), damit die Bauern abwandern. Das ist für die CHESF und für den Staat die billigste Lösung. Und nicht nur eine zufällige Lösung: Seit spätestens 1974 sind die fruchtbarsten Gebiete am zukünftigen Seerand erklärtes Projektgebiet der CODEVASF – Gebiete, die der vertriebenen Bevölkerung vorenthalten wurden. Die CODEVASF ist eine staatliche Entwicklungsinstitution für das Sao Francisco-Tal. Wo sie auftaucht, sieht die ‚Entwicklung' folgendermaßen aus: sie stellt ein Bewässerungssystem zur Verfügung, die Bundesregierung gewährt Steuerfreiheit und Investitionsanreize und schafft die nötige Infrastruktur, und dann errichtet ein privates, meist ausländisches Großunternehmen eine Agro-Industrie, die die meist monokulturell produzierten landwirtschaftlichen Produkte für den Export verarbeitet: Tomaten, Tropenfrüchte, Zuckerrohr. Von den Steueranreizen profitieren auch viele riesige, extensive betriebene Viehzuchtunternehmen. Meist geht die Errichtung solcher Projekte einher mit der Einführung hochspezialisierter Technologie, von der dann auch wieder ausländische Unternehmen wie Massey-Ferguson, der größte Traktorhersteller in Brasilien, den Gewinn absahnen.

Langfristig ist die Errichtung solcher agro-industrieller Projekte aber nicht nur für die von der CODEVASF schon seit Jahren beschlagnahmten ‚Projektgebiete' zu erwarten, sondern auch in Teilen des nach der Umsiedlung schon an Bauern verteilten Landes. Denn – das ist wohl der größte Trick bei der Vertreibungsaktion – die CHESF , die den Bauern Land mit dem Versprechen gegeben hat, nach Ablauf von zwei Jahren bekämen sie die Besitztitel darüber, hat in Wirklichkeit keine Befugnis, irgendjemandem Land zu übertragen! Diese Befugnis hat der Staat. Er kann das gesamte Land, wenn er die Zeit für gekommen hält, enteignen und jemand anderem, z.B. der CODEFASF, übertragen.

Ein Entwicklungsprojekt? Wer da entwickelt wird, ist klar. Die Weltbank, die den Stauseemitfinanziert, ist mit zehn Prozent am Aktienkapital des größten petrochemischen Unternehmens Brasiliens, der Petroquimica Uniao, beteiligt. Und der Staudamm in Sobradinho ist geschaffen worden, um den wachsenden Energiebedarf der in dem petrochemischen Zentrum bei Salvador angesiegelten, oft ausländischen und von Steuerfreiheit und Steuerbegünstigungen der Regierung profitierenden Unternehmen zu decken. Aufschlußreich ist außerdem noch, daß von den 41 Mio. Mark, die den Haushalt der CODEVASF 1975 ausmachten, 6 Mio. von der Weltbank kamen – als erster Teil eines Kredits, den die Weltbank für Projekte am unteren Mittellauf des Sao Francisco vergibt.



DIE PERSER IN OSTBERLIN

DIE DDR IN SCHWIERIGKEITEN MIT ANTI-SCHAH-DEMONSTRANTEN

OST/WESTBERLIN
7. MÄRZ

Wie erregen gegen das Schahregime demonstrierende Perser Aufmerksamkeit im Westen? Indem sie im Osten demonstrieren. Einige in der Bundesrepublik und Westberlin studierende Perser haben diesen Medienmechanismus nicht nur erkannt, sondern am Montag dieser woche in die Praxis umgesetzt: 12 Mitglieder der unter sich zerstrittenen acht (8) Fraktionen der Iranischen Studenten-Föderation CISNU besetzten für eineinhalb Stunden die Kaiserliche Botschaft des Iran in der DDR-Hauptstadt und hatten promt Schlagzeilen in den vom Zeitungsstreik nicht betroffenen Blättern und Spitzenmeldungen in Funk und Fernsehen. Daß zur gleichen Zeit der SFB eine Sendung über die SAVAK absetzte, war hingegen Bundesdeutschlands Medien keine müde Zeile wert.

Teilnehmer an der Aktion berichteten EXTRA-Dienst über den Ablauf der Botschaftsbesetzung und ihre Folgen: Die Besetzung der Botschaftsräume erfolgte ohne Gewalt, Widerstand von den iranischen Diplomaten und ihrem Hauspersonal wurde nicht geleistet. Die 12 Studenten entfernten die überall hängenden Schah-Bilder und schrieben „Nieder mit dem Schahregime" an die Zimmerwände. Die Botschaftsangehörigen wurden in ein Zimmer gesperrt, sie verhielten sich völlig ruhig und „sagten nicht ein Wort". Die CISNU-Studenten machten sich an die Durchsuchung der Botschaft und fanden einige allerdings chiffrierte Akten des Geheimdienstes SAVAK, die sie aus dem Fenster warfen. Der Panzerschrank in dem die meisten Dokumente vermutet wurden, war allerdings nicht zu knacken. Dafür konnte Einsicht in ein über 300 Seiten umfassendes Werk der persischen Botschaft genommen werden, indem schätzungsweise 10 000 Perser verzeichnet sind, denen das Kaiserreich die Einreise in die Heimat verwehrt.

Kurz nach der Botschaftsbesetzung rückte die Volkspolizei an, ließ die Perser freilich rund 90 Minuten unbehelligt. In der Zwischenzeit wurde die persische Vertretung auf noch ungeklärtem Wege im Außenministerium dringlich vorstellig. In der Zwischenzeit war auch ein größeres Aufgebot westdeutscher Journalisten, die in der DDR akkreditiert sind, vor der Botschaft erschienen. Nach Auskunft der CISNU wurden sie von der besetzten Botschaft aus vor Ort gerufen. Auch einige antelefonierte DDR-Journalisten ließen sich blicken.

Die Forderung der Besetzer, eine Pressekonferenz in Ostberlin abhalten zu können, wurde von den am Ort anwesenden Polizisten zuerst zustimmend aufgenommen, später aber offenbar höherenorts abschlägig beschieden. So räumte die Polizei das Botschaftsgebäude nach eineinhalb Stunden unter Anwendung „körperlichen Zwangs", aber ohne Gewalt. Die Volkspolizei hatte nicht einmal Gummiknüppel bei sich.

Offenbar waren die DDR-Behörden nun unsicher, was sie anfangen sollten. Ursprünglich war an eine sofortige Abschiebung gedacht. Inzwischen aber hatte die Botschaft Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung gestellt. Die DDR mußte im Sinne der „Wiener Konvention", die die Botschaften unter den besonderen Schutz des Gastlandes stellt, tätig werden. Bei dieser Gelegenheit versuchte der Staatssicherheitsdienst der DDR offenbar seinen Kenntnisstand über die persischen Angelegenheiten aufzufrischen: Die ganze Nacht zum Dienstag über wurden die Studenten „befragt", wobei die Unterhaltungen teilweise die Form ideologischer Diskussionen annahmen, wie uns die Studenten er-

zählten. Gefragt wurde beispielsweise danach, ob die CISNU mit der SEW zusammenarbeite und wenn nein, warum nicht; ebenfalls gefragt wurde, ob die CISNU mit den Jungsozialisten zusammenarbeite und wenn nein, warum nicht. Schließlich wurden Fragen nach der Beurteilung der sowjetischen und chinesischen Politik gestellt und Einzelheiten über die Zustände in Persien erfragt.

Am Dienstagnachmittag fanden dann die Gerichtsverhandlungen gegen jeweils drei CISNU-Angehörige statt. Der Gerichtsvorsitzende erklärte, daß ein Schnellgericht zusammentreten könne, da der Sachverhalt völlig klar sei und die Beschuldigten ein Geständnis abgelegt hätten. Der DDR-Richter sagte den Angeklagten, daß er ihre Motivation zwar verstehe, sie aber nicht zur Debatte stehe. Es müsse eine Verurteilung stattfinden, da der Tatbestand eindeutig und Strafantrag gestellt worden sei. Die beiden Frauen unter den Beschuldigten wurden zu je 10 Monaten, die 10 Männer zu je 12 Monaten Haft verurteilt. Anschließend erfolgte zur Vermeidung der Verbüßung der Strafe die sofortige Abschiebung zur Grenze.

Die ausgesprochenen Strafen sind für die Delikte Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung Höchststrafen. Offensichtlich aus Abschreckung: Die DDR hat sich bekanntlich mit der Einladung des Schahs von Persien zum Staatsbesuch eine potentielle Demonstrationslaus in den Pelz gesetzt. Die persischen Studenten — und darin sind sie mit der überwältigenden Mehrheit der Linken in Übereinstimmung — sind freilich der Auffassung, daß geregelte staatliche Beziehungen im Sinne der Koexistenz nicht ausschließen können, daß ein nur dank politischem Mord, Folter und permanenter Repression existierendes Regime wie das Persische auch als faschistisches gebrandmarkt werden muß. So wird von den persischen Studenten, und nicht nur von ihnen, die in der DDR geführte Kampagne gegen die Pinochet-Clique und das gleichzeitige Schweigen über das Schah-Regime als doppelzüngig betrachtet.

Andererseits vermerken Westberliner Juristen mit Aufmerksamkeit, daß das DDR-Gericht gegen die Perser nur die Antragsdelikte der Kaiserlichen Botschaft verhandelte: Eigene Ermittlungen wegen Freiheitsberaubung und Geiselnahme wurden nicht gestellt.

(aus Berliner Extradienst, Nr. 18, 3. 3. 78)

FRANZÖSISCHE PIRATEREI – ODER: MACHT DEN ÄTHER ENDLICH FREI !

PARIS 28. Februar *Aus dem Unmut über die Schwierigkeiten bei der Wellenpiraterie, wobei die größte wohl ist, überhaupt wahrgenommen zu werden, organisierte die „Koordination der freien Radiosender" am 16. Februar einen „Tag der freien Radios", an dem im ganzen Land zu gleicher Zeit gesendet wurde. Das war noch kein voller Erfolg, da zu viele Programme aufgrund der gezielten Störungen nicht hörbar waren, aber es war der Auftakt zu der wahrscheinlich kommenden Strategie, die sich abzeichnet: offensiver zu werden, in dem, was man eigentlich will, nämlich senden, heraus aus dem Untergrund und sich hörbar machen.*

ZUR SITUATION DER PIRATENSENDER

„Das wichtigste für uns ist, daß wir gehört werden," meinte vor einiger Zeit das „Grüne Radio" (Radio verte) Fessenheim. Und das ist immer wichtiger geworden, denn es kommt immer seltener vor. Zumindest in Paris, wo es kaum Schwierigkeiten gibt, mit den inzwischen zahlreichen Initiatoren von freien Radios zu sprechen, wo man aber nie auf jemanden trifft, der jemals eine Sendung gehört hat ...

Nach einem Jahr jetzt ist es noch nicht ausgemacht, wer die Partie gewinnt: Räuber oder Gendarmen. Auch hier sind die Gendarmen besser ausgerüstet als die Räuber, und im Eifer des Spiels vergessen sie schon mal, daß sie nicht wirklich Gendarmen sind, sondern nur technische Angestellte, die freiwillig mal eine andere Rolle annehmen. Nur sind die Spielregeln nicht klar: Es gibt keine eindeutige gesetzliche Grundlage zur Verteidigung der Frequenzen, und das Recht der Inhaber des Monopols, dieses auch auf ihre Art zu wahren und sich selber zu Gendarmen zu machen, leiten sie aus der eigenen Interpretation des Monopolgesetzes ab.

Seit einem Jahr führen Hunderte von Sendern von 5 bis 400 Watt auf den Frequenzen von 88 - 108 den Krieg mit den Störern ihrer Sendungen, und es gelingt ihnen nur selten, eine zeitlang gehört zu werden. Manchen gelang es auf der Ebene der Technik zeitweise, von den Störern nicht aufgespürt zu werden, z.B. indem sie auf vier Frequenzen gleichzeitig sendeten oder einfach außerhalb der Arbeitszeit der Störer, nachts, wenn alle schlafen.

Aus all den technischen Gründen, die es den Sendern so schwer machen, auch gehört zu werden, ist es wohl zu verstehen, daß man gar nicht so genau weiß, was gesendet werden soll. Dieses Problem drückte ein Radiopirat so aus: „Das Schlimmste, was den freien Radios heute passieren kann, wäre, wenn die Störungen jetzt plötzlich aufhörten!"

Im Augenblick ist die Situation also blockiert. Um eine Vorstellung zu bekommen, was denn bisher gemacht wurde, folgt zunächst eine kurze Übersicht einiger bekannter Initiativen, die bisher überlebt haben und mehr oder weniger regelmäßig senden. Man kann die einzelnen Radios im wesentlichen drei Richtungen zuordnen:

1. freie, unabhängige (nach italienischem Vorbild),
2. Radio als „Mittel zur direkten Demokratie",
3. militante Radios in Kontext von Kämpfen (die alte Organisationsformen ersetzen sollen).

VOM GRÜNEN RADIO ÜBER DEN ROTEN BART ZUM BLAUEN DRAHT

PARIS:

Der Anfang war spektakulär, und niemals hörten wieder so viele Franzosen eine Sendung wie diese erste: vor den Kommunalwahlen im Frühjahr 1977 zog Brice Lalonde, Ökologie-Bewegter und-Beweger, während eines Fernsehinterviews einen Radioapparat aus der Tasche und stellte den Millionen von Fernsehzuschauern die erste Piratensendung von Radio Verte vor.

Radio Verte Paris (160 Watt-Sender) entstammt der Initiative Antoine Lefebures und der Medienzeitschrift „Interferences". Lefebure trug die Idee eines freien Radiosenders lange mit sich herum, ehe er sich damit an die Ökologisten wandte. RVP ist professionell und offensiv, rechnet darauf, angeklagt zu werden, und hat am systematischsten versucht, den Störern auszuweichen. Es sendet häufig und aus den verschiedensten Bereichen: Schule; Knast (einmal hat es für Gefangene, die einen Hungerstreik machten, in den am schwersten bewachten Gefängnistrakt gesendet); selbstverständlich Ökologie; Streiks; Armee. Allen Gruppen kann RVP einwandfreies technisches Material zur Verfügung stellen, damit sie sich Gehör verschaffen. Bekannt wurde es auch durch die Mitwirkung prominenter Leute wie z.B. Felix Guattari, der laut "Le Monde" erklärte: "Nicht nur gesprochen habe ich, sondern auch die Apparate betätigt."

Vom ursprünglichen RVP trennten sich verschiedene andere Projekte ab. Eines davon ist Radio Libre Paris. Es sendete anfangs vor allem für ethnische Minderheiten und versteht sich heute von den Themen her als politisches, lokal nicht beschränktes Radio. Resümé seiner Erfahrungen: „Die Schwie-

rigkeiten einer Sendung können immer gelöst werden, wenn man wirklich etwas zu sagen hat."

Ihre Sendungen kündigen die Radio-Libre-Leute kurz vorher durch ein telefonisches Schneeballsystem an. Sie wollen sich mit ihren Sendungen durchsetzen und scheren sich nicht um die Monopolfrage. Allerdings sind sie für die Gründung eines Unterstützungskomitees von Anwälten und prominenten Intellektuellen zum Schutz ihrer künftig verstärkten Sendeaktivität. Im Augenblick suchen sie nach einem öffentlichen Lokal. Vor kurzem wurden sie vom Westdeutschen Rundfunk eingeladen, ihre Sendungen vorzustellen. Zum Zeitpunkt der Ausweisung von Croissant ist es ihnen gelungen, einen Sender zu bekommen, um dagegen zu protestieren. Seit kurzem haben sie ihren eigenen (5 Watt, 1500 Mark). Als erstes wollen sie damit eine Sendung über „Tunix" machen. Neben den eigenen Sendungen überlassen sie ihren Sender allen Gruppen, die sich durch ihn mitteilen wollen; ihr Ziel ist die Praxis subversiver Kommunikation im Sinne von Radio Alice.

Radio Abesses-Echo sendet schon seit Monaten regelmäßig und ist im Umkreis von einigen hundert Metern zu hören. Die Leute von Abesses-Echo wollen das lokale Radio für ihren Stadtteil. Mitte Februar haben sie zum ersten Mal mit einem neuen Sender (15 W) das ganze Stadtviertel erreicht.

Bisher hielten sie sich weitgehend abseits von der „Koordination der freien Radios" aber nach sieben polizeilichen Durchsuchungen wollen sie jetzt trotz aller Meinungsverschiedenheiten nicht mehr isoliert bleiben. Sie haben als einziges Radio gegen die Störung und für die Anerkennung geklagt: sie beanspruchen das Recht, wie es abstrakt in der Monopolgesetzgebung vorgesehen ist, auf einen strikt lokalen Sendebereich für eine bestimmte Gruppe; es gibt noch keine Reaktion auf diese Klage.

Überwiegende Thematik ihrer Sendungen ist das Alltagsleben in ihrem Viertel, neben allgemeingehaltenen Reportagen greifen sie alle aktuellen Vorkommnisse auf, die ihnen eine Diskussion wert sind. Alle ca. 15 regelmäßig Mitarbeitenden stehen in Zusammenhängen wie Ökologie, Arbeitslosengruppen, Frauen, Emigranten, Homosexuelle etc. „Jeder hat das Recht, Radioprogramme vorzubereiten", meinen sie; und so kommen verschiedene Gruppen zu ihnen und machen Sendungen. Sie veranstalteten ein Straßenfest, stellten den Sender Passanten zur Verfügung und organisierten auf dem belebten Platz inmitten des Montmartre-Viertels kollektives Hören ihrer Programme. „Kommt ein Mädchen und teilt über den Sender mit, ich habe Lust, mit jemandem zu sprechen, so hört es bestimmt jemand und wird antworten", sagt ein Radiopirat (laut "Le Monde"). Und so ähnlich kommt es auch vor. Das entspricht ihrem Interesse an der Radio-Aktivität: den Kontakt der Leute im Stadtviertel intensivieren. Dazu hoffen sie auf Spenden und Zuschüsse, weil Mitgliederkarten malen lang-wierig und -weilig ist.

Die Leute von Radio Zone 93 (St. Denis, kommunistischer Vorort) stellen sich die Frage, wie man in diesem Stadtteil gegen kommunistische Partei und Fernsehen aufkommen kann. Es geht ihnen darum, „sich ein Ausdrucksmittel anzueignen, von dem man sonst ausgeschlossen ist – im Sinne des subversiven Vorgehens der Bewegung quer zur Politik." Anfang Dezember konnten sie einen neuen Sender in Betrieb nehmen. Sie organisieren Konzerte und Diskussionen über aktuelle Ereignisse.

Auszüge aus ihrer Selbstdarstellung: „Dies Radio ist unser Abenteuer. Wir haben keine besondere Mission, wir geben nicht vor, für andere an ihrer Stelle zu sprechen." Das Radio kann von denselben Leuten gemacht werden, die es hören. „Wir wenden die Waffe der Technik gegen die jetzige und künftige Technokratie. Wir meinen, daß jeder ein Radio machen kann, wie wir es bewiesen haben; die Mystifikation der Technik, die zu Passivität führt, muß abgebaut werden." „Wir kümmern uns nicht darum, ob wir eine realistische Perspektive haben; sollte auch das Monopol aufgehoben werden, so wird es durch andere Kontrollinstanzen ersetzt. Wenn wir Glück haben, erleichtert uns das die Arbeit, um so besser! Wichtig ist, daß die ständige Drohung von Widerstand und Ungehorsam die offiziellen Radios nie mehr wieder ihre sichere Ruhe finden lassen wird." „Wir überlassen nicht mehr dem Staat unser Glück und die Rettung unserer Seelen, wir behaupten, frei zu sein, frei zu anderen zu sprechen und unsere Isolation zu brechen. Es lebe der Aufstand der Frequenzen!"

Neben diesen Radios, die am längsten bestehen und am regelmäßigsten senden, entstehen ständig neue: Radio Bastille, Radio 11 Debrouille, Radio Generation 2000 (will jetzt jeden Abend nach zehn Uhr senden, wenn das Staatsprogramm schläft). Darüberhinaus gibt es auch kurzfristige Sender aus aktuellen Anlässen, so Radio CNAM, das während eines Streiks in der wichtigsten Institution zur Weiterbildung der Facharbeiter organisiert wurde.

Jetzt eine Auswahl von Sendern in anderen Städten:

LILLE: Radio Campus war eine Initiative von Studenten der Universität aus dem Jahr 1969; es hat sich auf mehrere Neugründungen verteilt, z.B. Radio Beau Delire, Radio Calamine etc. Die verschiedenen Radios in Lille senden abwechselnd auf derselben Frequenz und mit dem gleichen Apparat. Das neueste Sendeprogramm (überwiegend Musik) stammt von Radio Libre 59. Diese Station hatte sich in einem Keller installiert und richtete ihre Antenne gegen ein Gebäude mit Metallfassade, also mit starker Reflektion. Auf der Suche nach beschlagnahmbarem Material (die übliche Form, Sendungen zu stören) mußten die Spürhunde ohne Beute wieder abziehen. Beschlagnahmt wurde dagegen das Material von Radio Uylenspiegel, ebenfalls in Lille, das auf flämisch sendet. Piraterie auf französischem Boden, und dann noch nicht mal auf französisch – das war zuviel. – Radio Beau Delire sendet mit dem Interesse, die tatsächliche Situation in der Stadt auszudrücken. „Mindestens zehn Radios pro Stadt, ein politisches, ein pornographhisches, ein Rock-Radio – egal; wichtig nur, daß man auswählen kann!"

NANTES: Radio Libre 44 ist von Frauen gegründet und versucht auch, besonders Frauen anzusprechen zu lassen: Arbeiterinnen, Frauen von Arbeitern während Streiks und im Alltagsleben. Allgemein unterstützt es die Kämpfe von Bauern und Arbeitern in Westfrankreich sowie die Anti-Atom-Bewegung.

MULHOUSE: Die Leute von Radio Heckenrose wollen, daß „die Bewohner sich so ausdrücken können, wie sie atmen" (? !). Sie gehen aufs Land und befragen die Leute, beispielsweise was sie vom Bau des neuen Rheinkanals halten.

FESSENHEIM (s. auch ID 194) Radio Verte Fessenheim (60 km Reichweite) aus dem Dreiländereck Nordschweiz-Baden-Elsaß sendet auf französisch und elsäßisch. Mit seinem 100 Watt-Sender, günstig auf den Bergen placiert, ist es gut hörbar. Dieses Radio funktioniert am besten von allen freien Radios und ist in der Bevölkerung am stärksten verankert. Es entstand 1977 aus den Bedürfnissen der Anti-Atom-Bewegung und hat entscheidend zur Mobilisierung der Bevölkerung gegen die AKW's beigetragen. „Die Bewegung braucht ein Radio, auf die etablierten Medien können wir uns nicht verlassen."

Heute ist die überwiegende Thematik von RVF die Situation in diesem traditionell kulturell zusammengehörigen Dreiländereck. RVF will die eigene Sprache, die Lieder etc. bewußt hal-

ten gegenüber den Bestrebungen der Zentralisierung. Es kämpft gegen die Zerstörung der Umwelt durch die Invasion der Großindustrie, gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. „Lawe un schaffa in sim Land" nennen die Fessenheimer Radioleute ihre politische Linie. Neben dem illegalen Sender haben sie den legalen „Verein der Freunde RVF's",



der die dezentrale Organisation und das nötige Feedback garantiert, „um ein richtiges Band zu knüpfen zwischen der Bevölkerung und dem Radio". Die gute Kommunikation macht es ihnen möglich, auch z.B. bei Streiks immer gleich präsent zu sein. Sie gehören zur „Wellenbefreiungsfront", die für die Legalisierung der freien Radios kämpft.

TOULOUSE: Hier gibt es vor allem „Radio Rotbart" (Barbe Rouge), das sich gerade mit einem 400-Watt-Sender inmitten der Stadt einrichtet. Es will nach der Devise „Anders leben, anders produzieren" in neuer Form über Okzitanien und aus der Ökologiebewegung berichten.

MONTPELLIER: Radio Soleil wird von Leuten aus der sozialistisch-anarchistischen Bewegung (nicht wie der Name vermuten läßt, aus der Ökologie-Bewegung) betrieben. Radio Libre Montpellier ist von organisierten Gruppen aus der Frauenbewegung und der extremen Linken (Trotzkisten u.a.) eingerichtet.

Und zuletzt die professionellste Piraterie: „Radio Blauer Draht" (fil bleu). Es zeichnet sich durch enge Verbundenheit mit der Regierungspartei aus. Auch hier wurden die Sendungen wie bei den anderen Radios gestört. Nur drängt sich die Vermutung auf, daß diese Piraten geradezu darauf aus waren, sich mit den Gerichten über die Monopolfrage zu schlagen. Sie klagten also sofort nach der Störung die Monopolinhaber an, während diese Radio Fil bleu wegen Verstoßes gegen das Postgesetz verklagten. Die erste Runde ging an die Piraten. Damit war zum ersten Mal ein Piratensender offiziell anerkannt.

Im Gegensatz zur offensiven Strategie von Radio Abbesses-Echo, die ihr Recht zu senden parallel zu ihren Sendeaktivitäten einklagen wollen, ging hier die Verteidigung defensiv vor, indem sie sich in ihrer Argumentation auf die dem französischem Recht übergeordnete Europäische Konvention von 1974 beruft: garantierte Freiheit des Ausdrucks von Meinungen und Ideen mit allen technischen Mitteln der Kommunikation. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit , das französische Recht zu überprüfen, wurde der Prozeß eingestellt, aber weil Berufung eingelegt ist, wird er nach den Wahlen vom März wieder aufgenommen werden.

Initiator von Radio Fil bleu war ein professioneller Radiofan, dem sein Projekt wichtiger ist als die Verbundenheit seiner aktiven Unterstützer mit einer Partei - sollte es später nötig sein, wird er sicher mit der Zeit gehen. Jedenfalls hängt vom Ausgang dieses Prozesses ab, ob das Monopol fällt oder bleibt.

DAS MONOPOL, UND WIE MAN ES (FREIWILLIG) VERTEIDIGT

Die relative Zurückhaltung der Polizei gegenüber den Piraten erklärt sich zum Teil aus der nicht eindeutigen bzw. unvollständigen Monopolgesetzgebung in Frankreich. Daß das französische Recht die Freiheit der Meinungsäußerung enger ausgelegt als das europäische und darum angegriffen werden kann, ist eine Sache, aber auch auf der Grundlage des französischen Rechts gibt es noch Möglichkeiten, sich mit Aussicht auf Erfolg zu schlagen.

1974 gab die Post zu ihrer Entlastung den gesamten Wellenbereich für normale Radios an eine eigens dafür gegründete staatliche Gesellschaft ab, Télé diffusion Française (TDF), die damit zum Monopolinhaber wurde. Das Monopol wurde ihr allgemein zuerkannt, aber in den Gesetzestexten ist abstrakt die Möglichkeit von Ausnahmen formuliert, wie die Ausstrahlung von Programmen an ein genau bestimmtes Publikum (das ist auch die rechtliche Grundlage aller internen Sender wie in Universitäten etc.). Diese Leerstellen über Ausnahmemöglichkeiten in der Monopolgesetzgebung sind niemals gefüllt worden, und so kommt es zu der eigenständigen Interpretation von TDF, daß sie sich zur Wahrung ihres Monopols befugt glaubt, die neu entstandenen freien Radios stören zu können. Aber sie bewegt sich rechtlich auf wackligem Boden, indem sie ihre eigene Polizei spielt. Offiziell hat sie sich auch nie zur Ausübung dieser zusätzlichen Funktion bekannt, aber es ist anzunehmen, daß sie gute Rückendeckung von höherer Seite in ihrem Gendarmspiel hat.

Spaßig ist dabei, daß es ihr finanziell gar nicht gut geht und sie außer dem Freistellen von Leuten 12% ihres Budgets zur Störung von freien Radiosendern aufwenden muß, das sind ca. 27 Millionen Mark, für z.Zt. sieben ausgebaute Peilwagen. Dazu kommt die technische Begrenzung: je mehr Frequenzen alternativ vereinnahmt werden, desto weniger kann ihnen der Garaus gemacht werden. Dagegen hebt sich eine Summe von 1.000 Mark für einen durchaus akzeptablen Sender erfreulich ab.

Daß die eigenmächtigen Störaktionen von TDF selbst der Post zweifelhaft erscheinen, zeigt deren heftige Reaktion, als in Lille einige Radiopiraten dem Ausgangsort der Störung ihrer Sendungen nachgingen und die TDF-Techniker im Dachgeschoß des offiziellen Postgebäudes aufstöberten, wo sie sich eingeschlichen hatten. Einige Radiopiraten, so die von Radio Verte Fessenheim und die von Radio Verte Paris, haben die Störer bei TDF aufgesucht, um mit ihnen zu diskutieren. RVP (Radio Verte Paris) zeichnete eine Diskussion mit ihnen und Gewerkschaftlern von Bank und Post auf. Es zeigte sich, daß den Technikern nicht gerade wohl bei dieser Tätigkeit ist, sie aber Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

Es gibt sogar ein Urteil aus dem Jahre 1946, auf das sich die freien Radios berufen können, wenn sie TDF verklagen, wonach Störungen von Sendern in Friedenszeiten illegal seien! Das bezog sich auf einen Streit zwischen dem französischen Staatsrundfunk und Radio Andorra.

Wie gesagt, hat erst ein Radio (Abbesses-Echo) das Recht für sich beansprucht, im Sinne der Ausnahmeregelung für einen begrenzten Bereich, nämlich ihr Stadtviertel, zu senden. Die Frage, ob das Monopol bleibt oder fällt, ist für sie nicht weiter interessant.

Einige weitere Radios halten diese Zulassung lokal beschränkter Sender als Ausnahmen vom Staatsmonopol für akzeptabel. Das entspricht auch einem offiziellen Projekt mehrerer Stadträte und der Vorstellung kommerzieller Interessenten (Fil bleu schlägt einen Sendebereich von 30 km vor). Im gleichen Sinne argumentiert ein Kandidat der „Radikalen Linken Partei" (Parti radical de gauche - eine etablierte Partei), wenn er für lokale Sender (für seine Partei natürlich) unter Aufrechterhaltung des Monopols plädiert. Von den anderen Parteien haben die Sozialisten einen früheren Vorschlag, der Modifikationen des Monopols vorsah, wieder in die Schublade gesteckt. Sie warten erstmal ab. Die Kommunisten sind ganz für das Monopol, ebenso die Gaullisten, während die Republikaner (Giscard) sich eher mit einer Neufassung des Monopolgesetzes befassen wollen.

DAS MONOPOL – UND WIE MAN IHM EINEN HAKEN SCHLÄGT

Mit der Monopolfrage setzt sich die vor einiger Zeit gegründete „Assoziation zur Befreiung der Frequenzen" auseinander. Sie hält sich nicht bei der Ablehnung des Monopols auf, sondern fragt sich, durch welche Regelung es ersetzt wird, ob diese für die freien Radios günstig sein kann und was danach kommt. Denn das größte Problem nach einer Ausnahmeregelung zum Monopol wird sogleich die Gefahr der Übertönung durch kommerzielle Sender sein. Dagegen richtet sich ein Vorschlag der Assoziation: ein Jahr Schonfrist für Sender, die nicht auf „Gewinnerzielung" (nach der gesetzlichen Definition) aus sind.

Denn es gibt in Paris bereits zehn perfekt eingerichtete Studios, die darauf rechnen, bald senden zu können. In Montpellier gibt es einen Händler, der schlüsselfertige Studios für 9000 bis 18.000 Mark anbietet!

An Problemen wird's den freien Radios also nicht mangeln. Zur Zeit sprechen mehr und mehr Leute dafür, sich vom technischen und juristischen Terrain mehr auf das politische zu begeben. Das zeichnete sich in der letzten Versammlung der „Koordination der freien Radios" ab, die wöchentlich in Paris tagt. Auf der Versammlung wurde zunächst diskutiert, ob man als Assoziation mit oder ohne Unterstützung von Foucault, Guattari, Yves Montand (und wie sie alle heißen) die TDF wegen ihrer Störaktionen verklagen sollte. Dann wurde besprochen, wie man sich zum „Libération"-Artikel verhalten sollte, der bestimmte freie Radios als „bürgerlich" lächerlich machte. Schließlich setzte sich die Meinung durch: weniger auf den geschriebenen Worten herumreiten, mehr auf den Ätherwellen! Der Unmut über eine weitere Austüftelung von technischen und juristischen Finessen (gegen die Störung von Sendungen und für die Abschaffung des derzeitigen Monopols) wurde allgemein. Politisches Terrain hieße, aus dem Versteck herauszutreten und offensiv zu senden, sich „aufzuzwingen". Es würde auch bedeuten, eine breite Kampagne zur Solidarisierung mit den freien Radios zu starten und häufigere Beschlagnahmungen zu riskieren. Das war jedenfalls die Tendenz, wenn die Versammlung auch chaotisch verlief, weil sehr viele daran teilnahmen und sich nach guter französischer Art auch erstmal mehr abgrenzten als annäherten.

Als Beispiel für eine solche politische Strategie wurde der Kampf für die Freigabe der Abtreibung zitiert. Je offensiver die freien Radios vorgehen, um aus der Sackgasse herauszukommen, Radios ohne Hörer zu sein, desto schneller werden die heißgelaufenen Drähte der teuren TDF-Störsender durchschmoren.
„Macht den Äther grün, laßt tausend Sender blühn!" (RVF)

Kontaktadressen: Radio Abesses-Echo, Rue des Martyrs, 44, Paris 18e. Radio Verte Fessenheim, c/o „Was wir wollen", Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg.

Für andere freie Radios: Tel. 0611 / 61 31 86

HUNGERSTREIKS IN FRANZÖSISCHEN GEFÄNGNISSEN

PARIS/FRANKFURT 7. MÄRZ

Seit Januar 78 wird in Frankreich eine Kampagne gegen Isolationszellen (QHS) in Gefängnissen geführt, die als Gefängniskampf in ihrer Art bisher neu ist. Einleitung der Kampagne war ein Hungerstreik in der Woche vom 9. – 16. Januar in verschiedenen französischen Gefängnissen. Dieser Hungerstreik erfolgte auf einen Aufruf für eine kollektive Bewegung, wurde von den Gefangenen selbst vorbereitet und 10 Tage vorher angekündigt. Der Aufruf ging aus von Gefangenen der QHS (Quartier de Haute Securite). Es sind Isolationszellen innerhalb der normalen Gefängnisse, die 1975 (nach schweren Revolten) für ‚besonders gefährliche' Gefangene eingerichtet wurden. Die Gefangenen der QHS sind völlig isoliert, außer einer Stunde pro Tag, wo sie einen anderen QHS-Gefangenen sehen können. Sie können an keinerlei Aktivitäten teilnehmen, verbringen 23 Stunden isoliert in total sterilen Zellen, in denen sie keinerlei persönliche Dinge anbringen dürfen. Die Gefängnisadministration entscheidet willkürlich, wer in die QHS kommt, eine Kontrolle z. B. von Seiten der Anwälte darüber ist nicht möglich.

Der Aufruf zum Hungerstreik wurde von Gefangenen in verschiedenen Gefängnissen befolgt, (ca. 1000 Streikende), nicht nur QHS-Gefangenen nahmen teil. Viele von Ihnen hatten daran teilgenommen, trotz des Risikos, danach selbst in die QHS-Zellen verlegt zu werden. Außerhalb der Gefängnisse wurde der Streik von CAP (Comite action prisonniers), einer seit langem bestehenden Gefangenenorganisation und dem CTJ (Comite travailleurs Justice), einer Organisation von Anwälten, Sozialarbeitern und Justizbeamten unterstützt. Diese Organisationen initiierten Pressekonferenzen, Demonstrationen und informieren über die im März stattfindenden Prozesse gegen die Gefangenen, die am Hungerstreik teilgenommen haben. Zahlreiche weitere wichtige juristische Organisationen haben sich mit dem Hungerstreik solidarisiert, ebenso viele linke politische Gruppen. Die Regierung wird angegriffen, die Parteien der Opposition (PS und PC) zu Intervention und Stellungnahme aufgefordert.

Das Ziel ist die Abschaffung der QHS. Die Gefangenen sollen die gleichen Rechte wie alle Gefangene erhalten: Treffen in Gruppen, Gruppenarbeit, Anerkennung der Religion und der Nationalität, sportliche und intellektuelle Aktivitäten zur Erhaltung der Identität. Mit dieser Kampagne soll auch die Bevölkerung auf die Situation der Gefangenen aufmerksam gemacht werden. Einer der Hauptinitiatoren des Hungerstreikes: „.....unser Kampf gilt der fundamentalen Reform der Gefängnisse, denn wer zerstört ist, kämpft nicht mehr. Wir (die Gefangenen der QHS) sind der Kern der sich emanzipierenden Gefangenen."

Auszüge aus einem Interview mit einem der verteidigenden Anwälte:

„Wir unterstützen die Kampagne, weil es das erste Mal ist, daß die Initiative von den Gefangenen selbst ausgeht, sie selbst bestimmen, was für sie wichtig ist und was wir außerhalb des Gefängnisses zu tun haben. Neu ist auch das Ausmaß des Kampfes, noch nie wurde einem Aufruf zum Hungerstreik so zahlreich gefolgt, selbst nicht während der größten Revolte 1974..... Offiziell dienen die QHS dazu, die normalen Gefangenen vor den ‚besonders gefährlichen' zu schützen. Es besteht jedoch keinerlei Gesetz, daß die QHS legalisiert. Nur in einer ‚administrativen' Bemerkung wurde die Anweisung zur Schaffung dieser Zellen gegeben. In der Realität sieht es so aus, daß die Gefängnisadministration alle ihr unliebsamen Gefangenen dorthin auf unbegrenzte Zeit legen kann. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Gefangene, die in irgend einer Form revoltiert haben.

Außerdem ist diese Kampagne für uns als Anwälte sehr bedeutsam. Die rolle des Anwalts als politischer Anwalt wird klarer, man beschränkt sich mehr nur darauf, juristisch vorzugehen, man wird weiter in den Kampf einbezogen und versucht andere Formen zu finden. Innerhalb der juristischen Organisationen werden Bewußtseinsprozesse ausgelöst über die Erstarkung des Staates und über den Ausbau des juristischen Apparates, was zur Zeit nicht nur in Frankreich, sondern in vielen

anderen Ländern Europas stattfindet..... In diesen Zusammenhang fällt auch das Anti-Casseurs-Gesetz, das der Justiz das Recht gibt, gegen besonders auffällige Personen bei Streiks oder Demonstrationen vorzugehen. Sie sollen für alles haftbar gemacht werden können, was sich auf die Länge der Haftstrafe und die Höhe der Geldbußen usw. auswirkt."



UMWELTSCHÜTZER MIT DRUCKERN SOLIDARISCH

MÜNCHEN, 3. März 78 — *Die Bürgeraktion Umweltschutz München (B.A.U.M.), c/o HermannFischer, Volkartstr. 69/Rgb., 8000 München 19, Tel.: 198110 hat den streikenden Druckern geschrieben und sich so vorgestellt:*

Wir sind eine unabhängige, überparteiliche Bürgerinitiative. Wir haben z.B. versucht, etwas gegen die Beteiligung der Stadt München am geplanten Atomkraftwerk Isar 2 in Ohu auszurichten. Die Entscheidung für eine Beteiligung der Stadt München (Kostenpunkt: 1,3 Milliarden Mark für die Stadt allein) ist mit Hilfe der Gewerkschaftsführung zustande gekommen, obwohl die Nachteile für die Bevölkerung und die Arbeitnehmer auf der Hand liegen. Wir treffen uns jeden Montag, 19 Uhr, im Kaiserhof, Kaiserstr. 55/Ecke Römerstr.

Liebe Drucker,

wir vom BA.U.M. möchten Euch sagen, daß wir Eure schwierige Lage verstehen, uns mit Euch in Eurem Kampf für solidarisch erklären und Eure Forderungen unterstützen.

Wir hoffen, daß es Euch gelingt durch verstärkte Arbeit in der Öffentlichkeit die Bevölkerung von der Richtigkeit des Kampfes für Eure berechtigten Forderungen zu überzeugen. Den Verlegern soll es nicht wieder – wie schon in der Vergangenheit – gelingen, die Streikenden gegen die Nicht-Streikenden auszuspielen.

Denn schließlich ist nicht nur die Druckindustrie von dieser neuen Technik bedroht, sondern im Grunde jeder Arbeiter und Angestellte in allen Branchen. Darum ist es so wichtig, daß Ihr in Euerm Kampf Erfolg habt.

Wir Bürgerinitiativen, in unserem Kampf gegen die Atomkraftwerke, befinden uns gewißermaßen in einer ähnlichen Lage. Man versucht auch zwischen uns und der Bevölkerung einen Keil zu treiben. Die Gewerkschaftsführung betreibt selbst eine Politik, die Arbeitnehmer gegen die Bürgerinitiativen auszuspielen. Seit der Demonstration der Gewerkschaften in Dortmund am 11. November 1977 treten die Gewerkschaften offen für den verstärkten Ausbau der Atomenergie ein, obwohl wir alle wissen, daß mit dieser Energie Arbeitsplätze wegrationalisiert werden und kaum neue geschaffen werden.

Dagegen müssen wir uns wehren!

Die Lage der arbeitenden Bevölkerung wird in den nächsten Jahren sicher nicht leichter werden. Um überhaupt ertragbare Lebens- und Arbeitsbedingungen erhalten und sie verbessern zu können, werden wir auf unsere gegenseitige Unterstützung angewiesen sein.

Wir versichern Euch unsere Sympathie in Eurem Kampf und unserer Unterstützung für Eure Forderungen. Druckt diesen Brief in der nächsten Zeitung ab, die Leser sollen ruhig wissen, daß Ihr nicht allein steht.

Mit solidarischen Grüßen,

„ZYPERN IST DIE EINZIGE LUNGE, DURCH DIE WIR ATMEN KÖNNEN"

FRANKFURT/BONN, 9. März — *Um das Massaker von Larnaka auf Zypern besser begreifen zu können, haben uns palästinensische und deutsche Genossen die Beziehungen zwischen Zypern und den Palästinensern kurz dargestellt:*

Die Beziehungen zwischen den Palästinensern und Zypern sind gut, seit es den Kampf beider um die nationale Unabhängigkeit gibt. Beide waren früher britisches Mandatsgebiet. Zypern hat seine Unabhängigkeit gegen die türkische Invasion verteidigen müssen; die Palästinenser müssen ihre Unabhängigkeit überhaupt noch erkämpfen. Zypern hat während des Bürgerkriegs im Libanon, als die Palästinenser und die libanesische Linke liquidiert werden sollten, die Palästinenser unterstützt; fast ihr gesamter Nachschub ging über Zypern. Die Palästinenser treten für die Einheit Zyperns ein: genau wie im Libanon und in einem künftigen Palästina sollen verschiedene Volksgruppen in einem Land leben können. Diese „einzige Lunge" der Palästinenser, wie Arafat 1977 erklärte, bietet den Palästinensern eine politische Operationsbasis. In Zypern wurde für die Sache der Palästinenser demonstriert und gespendet, obwohl das Land noch unter den Folgen des Invasionskrieges leidet und bitter arm ist.

Mit dem Attentat auf den ägyptischen Schriftsteller und Regierungsberater Jussuf Al-Sibai und der Geiselnahme der Teilnehmer der afro-asiatischen Konferenz will die palästinensische Befreiungsorganisation PLO nichts zu tun haben - umso weniger, als vier ihrer eigenen Vertreter zu den Geiseln gehörten. Sie verurteilt die Aktion als Nahrung für die anti-palästinensische Propaganda und sie würde zudem nie die Beziehungen zu Zypern gefährden. Sie kann allerdings viele Aktionen kaum ganz unter Kontrolle bringen. Die Verantwortung für das Attentat hat bisher keine palästinensische Gruppe übernommen; eine hat es allerdings begrüßt.

Die PLO nennt alle Berichte, daß sie bewaffnete Einheiten in Zypern hat, Propagandalügen. Was sie hat, ist eine Art „Botschaft" mit vielen Leuten. Die Palästinenser hoffen jetzt, daß der Druck auf Zypern von Israel und den Großmächten aus nicht so stark sein wird, um die Kontakte zwischen ihnen und der zyprischen Bevölkerung zu gefährden, und nicht ausreichen wird, um die Palästinenser zu isolieren.

Nähere Informationen: Informationsstelle Palästina, Kaiserstr. 237, 5300 Bonn, Tel. 0221 / 21 34 39, und Palästinakomitee, c/o Zingelmann, Postfach 180 445, 6000 Frankfurt.

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer · **Horst Bingel**/Schriftsteller · **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer · **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller · **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller · **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer · **Christian Geissler**/Schriftsteller · **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe · **Holger Heide**/Hochschullehrer · **Otto Jägersberg**/Schriftsteller · **Yaak Karsunke**/Schriftsteller · **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller · **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer · **Helga M. Novak**/Schriftstellerin · **Jürgen Roth**/Schriftsteller · **Volker Schlöndorf**/Regisseur · **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller · **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger · **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID-Nummer	Exemplare

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen – sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag NR. 220

EXCLUSIV FÜR UNSERE LESER :

VIELFALTIGE VERWENDUNGSMOGLICHKEITEN AM REVERS UND AM EISSCHRANK ALS UNTERSETZER UND AM FENSTER BEIM KAUF MEHRERER ZEITUNGEN KONNEN SIE EIN ANSEHNLICHES MOBILE BASTELN

DIE SONNE VON HINTEN !

FÜR ALLE DIE'S NOCH NICHT WISSEN :

Da ja bekannterweise die BI Lübeck den ALLEINVERTRETUNGS-ANSPRUCH „hinsichtlich des Symbols der lachenden Sonne besitzt", sollen alle eine „UNTERWERFUNGSERKLÄRUNG" abliefern, daß sie das nicht noch mal tun, nämlich das geSCHÜTZte GEschmACKs-MUSter MISSbrauchen oder verUNstalten.